

Familie & Soziales:

Elternarbeit – Diskriminierung der Mütter 38

Europa:

Nach dem Brexit – quo vadis, EU? 40

Iran:

Missachtung der Menschenrechte 44



Das ÖDP-Journal

Nr. 172 November 2016

Ökologie Politik



RESSOURCENWENDE

UMSCHAU

| | |
|-----------------------------------|---|
| Ökolumne: Globale Handelsabkommen | 4 |
| Umwelt & Gesellschaft | 5 |
| Bücher | 8 |

TITELTHEMA: RESSOURCENWENDE

| | |
|--|----|
| Dematerialisierung: „Die Wurzel unserer Umweltprobleme anvisieren“ Interview mit Prof. Dr. Friedrich Schmidt-Bleek | 10 |
| Maßnahmen: „Mit Steuern Ressourcen steuern“ Interview mit Kai Schlegelmilch | 12 |
| Rohstoffe: Sand, ein knappes Gut von Kiran Pereira | 14 |
| Baumaterialien: Lösungen sind längst da von Günther Hartmann | 16 |
| Boden: Grundsteuer-Reform gegen Flächenfraß von Dr. Ulrich Kriese | 18 |
| Stadtentwicklung: Lernen von Neapel von Günther Hartmann | 20 |
| Biodiversität: Umsteuern mit Citizen Science von Dr. Anett Richter | 24 |
| Kreislaufwirtschaft: Ökonomie ohne Abfall von Annette Jensen | 26 |
| Reparatur-Initiativen: Längere Nutzung bedeutet weniger Verbrauch von Linn Quante | 30 |
| Geld: Eine knappe Ressource – oder doch nicht? von Günter Grzega | 32 |

FAMILIE & SOZIALES

| | |
|--|----|
| Kindererziehung und Beruf: „Für Mütter ist es schwerer geworden“ Interview mit Alina Bronsky und Denise Wilk | 36 |
| Elternarbeit und Rentenanspruch: Diskriminierung der Mütter von Dr. Johannes Resch | 38 |

AUSLAND

| | |
|---|----|
| Brexit: Quo vadis, EU? von Paul Holmes | 40 |
| Iran: Wo Menschenrechte nicht geachtet werden von Prof. Dr. Klaus Buchner | 44 |

ÖDP INTERN

| | |
|---|----|
| An alle Mitglieder von Gabriela Schimmer-Göresz | 46 |
| Neues aus dem Bundesverband von Dr. Claudius Moseler | 47 |
| Neues aus dem Europaparlament von Prof. Dr. Klaus Buchner | 48 |
| Verbände | 50 |
| Neues aus der ÖDP | 57 |
| Presseticker | 68 |
| Leserbriefe | 70 |
| Impressum | 65 |

Foto: Günther Hartmann
Titelfoto: Florentine/pixelio.de

Liebe Leserinnen und Leser,

immer häufiger fallen in letzter Zeit die Begriffe "Ressourceneffizienz" und "Ressourcenwende". Das liegt zum einen an der Angst bestimmter Industriebranchen, in absehbarer Zeit nicht mehr genügend Rohstoffe zur Verfügung zu haben, zumal wenn sie importiert werden müssen, denn weltweit tobt um die Vorkommen ein harter Kampf. Zum anderen setzt sich in Umweltwissenschaft und Umweltpolitik die Auffassung durch, dass unser hoher Rohstoffverbrauch ursächlich ist für unseren hohen Energieverbrauch, unsere Müllberge und zahlreiche Umweltprobleme. Und der Rohstoffverbrauch nimmt zu. OECD und Weltressourcenrat warnen, dass bis 2050 weltweit mindestens mit seiner Verdopplung zu rechnen sei, wenn sich der derzeitige Trend weiter fortsetzt.

Höchste Zeit also, der Ressourcenwende eine ÖkologiePolitik-Ausgabe zu widmen. Bei der Konzeption zeigte sich dann schnell, wie schwierig ein so vielfältiges Themenspektrum in den Griff zu kriegen ist. Doch auch hier gilt: Weniger ist mehr! Statt alles abdecken zu wollen, statt sich in der Überfülle an Themen zu verzetteln, müssen Prioritäten gesetzt werden. Das gilt für die Ressourcenwende selbst und für dieses Heft gleichermaßen.

Den Auftakt unserer Wanderung durch die Welt der Ressourcen bilden zwei Interviews zur Dematerialisierung: Friedrich Schmidt-Bleek erläutert, warum sie notwendig ist, Kai Schlegelmilch, mit welchen Maßnahmen sie sich am besten umsetzen lässt. Angesichts der Vielzahl an Rohstoffen beschränken wir uns auf einen, und zwar den meistverbrauchten: Sand. Hauptverbraucher ist die Bauwirtschaft, weshalb wir diese intensiver beleuchten: ihre Baumaterialien. Und die von ihr verbrauchte Ressource Bodenfläche. Dieser Aspekt führt zur Frage nach Leitbildern in der Stadtentwicklung. Zur Beantwortung ist auch ein Seitenblick auf die Natur hilfreich. Und auf die Natur selbst werfen wir logischerweise auch einen intensiven Blick, denn sie stellt ebenfalls eine wichtige Ressource dar: Biodiversität sorgt für ökologische Stabilität und erbringt zahlreiche für uns kostenfreie Leistungen – auch wenn Monsanto und Bayer das sicher bestreiten. Den Abschluss bilden Abhandlungen über Kreislaufwirtschaft, über Reparatur-Initiativen und über eine etwas seltsame Ressource: Geld. Inwieweit ist es überhaupt ein knappes Gut? Eine interessante Frage.

Viel Spaß beim Lesen, Mitdenken und Diskutieren

Günther Hartmann

Pablo Ziller



Günther Hartmann
Verantwortlicher
Redakteur



Pablo Ziller
Stellv. Verantwortlicher
Redakteur



Ökolumne von Ulrich Brehme

Globale Handelsabkommen

In sieben Städten Deutschlands demonstrierten Mitte September insgesamt 320.000 Menschen gegen die geplanten Freihandelsabkommen TTIP (mit den USA), CETA (mit Kanada) und TiSA (zu Dienstleistungen). Beim EU-Kanada-Gipfel Ende Oktober 2016 soll das CETA-Abkommen unterschrieben werden. Wenn das EU-Parlament Anfang 2017 zustimmt, könnte CETA zwei Jahre später angewandt werden. Aus politischen Gründen will die EU auch alle nationalen Parlamente abstimmen lassen. Theoretisch kann also ein einziges nationales Parlament CETA kippen. Gegen CETA reichten mehr als 125.000 Kläger Verfassungsbeschwerden ein. „Nein zu CETA“ ist damit die größte Verfassungsbeschwerde, die es bisher gab.

Im Rahmen des seit 1994 bestehenden NAFTA-Abkommens (zwischen den USA, Mexiko und Kanada) wurden Schiedsstellen für Investorenklagen durchgesetzt, die inzwischen reformiert wurden, da Unternehmen das Abkommen missbrauchten, um unliebsame Gesetze oder Auflagen zu verhindern. Solche umstrittenen privaten Schiedsstellen standen auch zunächst im CETA-Entwurf. Sie wurden nun aber in einen „internationalen Gerichtshof“ umgewandelt, der öffentliche Verfahren durchführen soll. Diese Strukturen sind aber weiterhin eine Paralleljustiz,

die gegen das Prinzip der Gewaltenteilung verstößt. Die unabhängige staatliche Rechtsprechung im Wirtschaftsrecht würde den Staaten so weitgehend entzogen werden. Das internationale Wirtschaftsrecht versucht sich damit über das nationale Verfassungsrecht zu stellen. Dies ist grundsätzlich abzulehnen.

Werden soziale, gesundheitliche oder ökologische Standards, Auflagen und Vorschriften nach Abschluss dieser Abkommen weiter verschärft, könnten Unternehmen gegen den Staat klagen. Die Schiedsstellen könnten den Klägern Schadenersatz zusprechen, wenn sich zeigt, dass ihre Gewinnerwartungen wegen angeblich ungerechtfertigter politischer Entscheidungen niedriger ausfallen. Nach Walter Euckens Prinzipien der Wirtschaftspolitik muss aber der Staat auch die Korrektur externer Effekte durchsetzen. Dies ist eines der Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und würde in der Zukunft unmöglich werden. Die Ordnung der Wirtschaft setzt einen starken Staat voraus, der genug Macht besitzt, um bestimmte, genau umschriebene Ordnungsaufgaben zu erfüllen.

Das Vorsorgeprinzip in der EU ist dazu eigentlich besser geeignet als das alleinige Haftungsprinzip wie in den USA. Mit dem Vorsorgeprinzip vermeidet man langfristig unlösbare Zerstörungsprozesse und

Sackgassen (z. B. genveränderte Pollen, Atommüll, Klimawandel, Umgang mit gefährlichen Chemikalien, Finanzprodukte, Datenschutz). In CETA ist das Vorsorgeprinzip nicht festgeschrieben worden. Andererseits führen erst Gerichtsklagen und hohe Strafen wie in den USA zu einer wirksamen Beendigung von Korruption und Betrug. Nach dem CETA-Abkommen darf es nur Importe von hormonfreiem Fleisch geben. Kanada baut dafür jetzt eine eigene Produktion auf. Das ist eine positive Entwicklung. Nach dem EU-Vorsorgeprinzip lässt die EU gentechnisch veränderte Organismen im Zweifel nicht zu. Dieses Prinzip hat in CETA aber keinen Einzug gefunden. Die Kennzeichnung von genveränderten Produkten kann dann in der Zukunft mit neuen Technologien unterlaufen werden.

In diesen Handelsabkommen geht es aber nicht allein um den Abbau von Zöllen, sondern auch um Dienstleistungen und öffentliche Aufträge. Dafür wollen die Staaten enger kooperieren. Regulierungsbehörden sollen in Zukunft Gesetze prüfen, bevor sie zur Beschlussfassung ins Parlament gelangen, ob diese mit den Freihandelsabkommen vereinbar sind. Einmal privatisierte Dienstleistungen dürfen nach dem TiSA-Abkommen nicht wieder rekommunalisiert werden. Privatisierungen sind damit unumkehrbar. Die Idee hinter dem globalen Freihandel ist die falsche Außenhandels-theorie von David Ricardo, der meinte, Freihandel würde längerfristig zu allseitigen Wohlstandsgewinnen führen. Dabei ist es aber entscheidend, die ungleichen Rahmenbedingungen zwischen den handelnden Staaten zu berücksichtigen, was nicht geschieht. ■

Umwelt & Gesellschaft von Ulrich Brehme

Erderwärmung erreicht neues Rekordniveau

Das Jahr 2015 ist das bisher wärmste Jahr seit der Aufzeichnung der Erdtemperatur und in fast allen Weltregionen wurden die Temperaturrekorde gebrochen. Das ist das Ergebnis des am 3. August 2016 vom US-Wetterdienst (National Weather Service) veröffentlichten Sachstandsberichts über den Klimazustand der Erde. Die Zunahme der mittleren Erdtemperatur hat sich enorm beschleunigt. Seit 2015 ist sie in einem Rekordsprung um 0,1° auf rund 16° C gestiegen, was eine Erwärmung um rund 1° gegenüber dem vorindustriellen Niveau bedeutet. Sollten solche Erwärmungsschritte auch in den nächsten Jahren erfolgen, wird das Pariser Klimaschutz-Ziel bereits 2020 erreicht sein – also just in dem Jahr, in dem die Vereinbarungen in Kraft treten.

» <http://tinyurl.com/z977rxn>

Industrie von 3,4 Mrd. Euro EEG-Umlage befreit

Im Jahr 2015 wurden 717 Anträge von stromintensiven Unternehmen auf teilweise Befreiung von der Umlage nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) genehmigt. Gestellt worden waren 775 Anträge. Die fi-



Foto: Dieter Schütz/pixelio.de

nanzielle Entlastung der Industrie lag 2015 bei 3,4 Mrd. Euro, 2014 waren es 3,3 Mrd. Euro gewesen. Die am meisten begünstigte Branche war die Chemieindustrie mit Entlastungen in Höhe von 1,3 Mrd. Euro, gefolgt von der Papierindustrie mit 0,6 Mrd. Euro und der Metallindustrie mit 0,2 Mrd. Euro.

» <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/091/1809112.pdf>

Bundeskanzleramt bremst beim Klimaschutz

Das Bundeskanzleramt plant, den Entwurf des Bundesumweltministeriums für einen Klimaschutzplan bis zum Jahr 2050 deutlich aufzuweichen. Konkrete Vorschläge zur energetischen Gebäudesanierung, zum



Dokumentarfilm „Thank you for calling“ nun in deutschen Kinos

Der Mobilfunk hat sich weltweit als Kommunikationstechnologie durchgesetzt. Die Warnungen einzelner Wissenschaftlicher vor Gesundheitsrisiken spielen bislang in der öffentlichen Meinung keine Rolle. Der 85-minütige Film zeigt den Grund: eine groß angelegte Verschleierungstaktik der Hersteller und Netzbetreiber. In einem Strategiepapier gab eine Lobbying-Agentur bereits 1994 Regieanweisungen für den weltweiten Umgang mit kritischer Wissenschaft. Die Veröffentlichung von Forschungsergebnissen wurde systematisch verhindert und deren Urheber massiv eingeschüchtert und verunglimpft. Der Filmemacher Klaus Scheidsteger recherchierte für seine Dokumentation 10 Jahre lang und produzierte sie unabhängig ohne staatliche Fördergelder und ohne Senderbeteiligung. Seit September 2016 läuft der Film in Deutschland. Anschauen! Und weitersagen!

» www.filmladen.at/film/thank-you-for-calling

» www.nachdenkenseiten.de/?p=35341

Verkehr und zur Zukunft der deutschen Braunkohle-Verstromung wurden gestrichen. In den im Juni 2016 vorgelegten Entwurf hatte bereits das Bundeswirtschaftsministerium stark eingegriffen. Nun will das Bundeskanzleramt selbst noch Verweise auf den Bericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) streichen.

» <http://tinyurl.com/z2apo75>

Windkraft stellt keine Gefahr für Vogelarten dar

Der Abschlussbericht des Forschungsprojekts „Progress“, die bisher umfassendste Untersuchung über Kollisionsrisiken von Vögeln mit Windkraftanlagen, kann keine Bestandsgefährdung von Vogelarten feststellen. Für wenige Vogelarten, vor allem für Mäusebussard und Rotmilan, gibt es Anzeichen dafür, dass durch den



Foto: Luise/pixelio.de

derzeitigen Ausbauzustand bereits Kollisionsraten auftreten, die zu einem Bestandsrückgang führen können, doch eine Bestandsgefährdung sei nicht der Fall.

» <http://tinyurl.com/zqrq4t>

Viele Lebensmittel durch Mineralöle belastet

Jedes vierte bei amtlichen Kontrollen getestete Lebensmittel ist mit krebserregenden Mineralölen belastet, ergab eine Auswertung von Behördenmessungen für die Jahre 2011 bis 2015. In Nordrhein-Westfalen z.B. waren 34,5 % von 206 untersuchten Produkten belastet. Eine vollständige Übersicht über Herstellernamen oder genaue Produkt-Bezeichnungen mit Chargennummern teilten die Behörden nicht mit, doch unter den belasteten Produkten waren die Gemelli-Nudeln von Barilla,

Risotto-Reis von Uncle Ben's und Weizengrieß von Edeka. Mineralöle gelangen auf unterschiedlichen Wegen in Lebensmittel, oft über Altpapier-Verpackungen, aber auch über in der Produktion verwendete Maschinenöle oder Abgase.

» <http://tinyurl.com/zqbptvf>

Deutsche Rüstungsexporte auf Rekordniveau

Deutschland war 2015 hinter den USA und Russland der drittgrößte Waffenlieferant weltweit, berichtet der britische Militär-Informationdienst Jane's. Demnach haben deutsche Rüstungskonzerne Kriegsgerät im Wert von 4,2 Mrd. Euro ins Ausland verkauft – den Wert von Kleinwaffen und Munition nicht mitgerechnet. Die weltweiten Rüstungsexporte stiegen insgesamt von 2014 bis 2015 um mehr als 11 % an. Zwei Drittel der globalen Ausfuhr von Kriegsgerät geht in den Nahen und Mittleren Osten sowie in das Gebiet rings um das Südchinesische Meer.

» www.lebenshaus-alb.de/magazin/009854.html

Zersiedelung nimmt in Europa kontinuierlich zu

Ein internationales Wissenschaftlerteam unter Leitung der Eidgenössischen Forschungsanstalt WSL veröffentlichte eine Untersuchung über die Zersiedelung in 32 Ländern Europas. Da sich die Landschaft nur schleichend verändert, wird diese Entwicklung kaum wahrgenommen und unterschätzt. Eine Ursache ist der wachsende Lebensstandard, vor allem die hohe Nachfrage nach Einfamilienhäusern mit Garten. Durch die Zerschneidung der Landschaft mit Siedlungsflächen und Straßen werden die Lebensräume vieler Tierarten kleiner. Oft profitieren davon invasive Organismen.



Foto: Detlef Menzel/pixelio.de

Auch die Treibhausgas-Emissionen nehmen zu, da die Transportwege länger werden.

» http://www.wsl.ch/medien/news/urban_sprawl

Mega-Konzern: Bayer übernimmt Monsanto

Der deutsche Chemiekonzern Bayer übernimmt für 66 Mrd. US-Dollar den US-amerikanischen Biotechnologie-Konzern Monsanto. Bei den Pestiziden erreichen beide zusammen einen Marktanteil von rund 25 %,



Foto: Bayer AG

beim Saatgut für gentechnisch veränderte und konventionelle Ackerfrüchte einen von rund 30 %, bei den Gen-Pflanzen einen von weit über 90 %, also eine klare Monopol-Stellung. Der neue Riesenkonzern dominiert nicht nur den Markt, sondern hat künftig noch größeren Einfluss auf die Gesetzgebung. Unklar ist derzeit noch, ob das von der Weltgesundheitsorganisation als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestufte Totalherbizid Glyphosat in Europa weiterhin eingesetzt werden darf.

» www.cbgnetwork.org

Plastikteilchen im Sediment bilden Giftcocktails

Eine Untersuchung von Mikroplastik im Sediment von Elbe, Weser, Trave, der Boddengewässer sowie der Nord- und Ostsee kommt zu alarmierenden Ergebnissen: Es bindet deutlich mehr Schad- und Giftstoffe als bisher vermutet. Die kleinen Plastikteilchen sind um das Drei- bis Vierfache stärker belastet als das ohnehin schon kontaminierte Sediment. Die kleinen Plastikteile wirken auf Schadstoffe wie Magnete. Durch Würmer, Muscheln und Fische können sie in die menschliche Nahrungskette gelangen.

» <http://tinyurl.com/zxg7xvj>

Mehr Flüchtlinge in armen als in reichen Ländern

In den sechs reichsten Ländern der Welt – Frankreich, Deutschland, Großbritannien, USA, China und Japan – leben insgesamt 2,1 Mio. Flüchtlinge. Das sind bei mehr als 50 % der Weltwirtschaftsleistung nur 9 % aller Flüchtlinge. Die meisten Flüchtlinge kommen in Entwicklungsländern unter. Jordanien, Türkei, Pakistan, Libanon, Südafrika und Palästina erreichen zusammen nur 2 % der Weltwirtschaftsleistung, nehmen aber rund 50 % aller Flüchtlinge auf.

» <http://tinyurl.com/juzfjey>

BITTE PROTESTIEREN! von Edgar Guhde

Tierquälerischer Lederhandel

Zur Lederherstellung werden in Indien Kühe unter grausamen Bedingungen für die Herstellung hochwertigen Leders gefangen, transportiert und umgebracht. Ein großer Abnehmer in Deutschland ist ein bekannter Schuhhersteller. Schreiben Sie bitte an ihn:

Gabor Shoes AG
Herrn Achim Gabor, Vorstandsvorsitzender
Marienberger Straße 31
83024 Rosenheim

Sehr geehrter Herr Gabor,

die Marke Gabor ist für die Herstellung hochwertiger Schuhe bekannt. Als Material verwenden Sie hauptsächlich Leder, das Sie unter anderem aus Indien beziehen. Ermittlungen vor Ort zeigten, dass die angeblich „heiligen“ Kühe dort teils auf offener Straße gefangen und in illegale Schlachthäuser transportiert werden.

Die Tiere werden dabei geschlagen und auf Lastwagen so zusammengewürfelt, dass sie sich gegenseitig mit ihren Hörnern verletzen oder gar zerquetschen. Der Kehlschnitt erfolgt ohne Betäubung, sodass die Tiere bei vollem Bewusstsein verbluten. Ihre Häute werden oft als „Büffel“ deklariert und zur Lederherstellung an Gerbereien weiterverkauft.

Bitte verhindern Sie dieses Tierleid und setzen Sie bei künftigen Kollektionen auf vegane Lederwaren aus qualitativ hochwertigem Kunstleder oder Pflanzenfasern.

Vielen Dank und freundliche Grüße

Bücher

Arbeitswelt & Sozialstaatlichkeit

Oliver Nachtwey

Die Abstiegs-gesellschaft

Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne
Suhrkamp, Mai 2016
264 Seiten, 18,00 Euro
978-3-518-12682-0



Wer sich früher im Beruf etwas anstrenge, stieg auf. Das ist heute nicht mehr so. Die Wirtschaft wächst, aber vom zunehmenden Wohlstand profitieren immer weniger. Die Arbeitswelt wird immer unsicherer und frustrierender. Seit die SPD ihre Agenda 2010 umsetzte, droht bei Arbeitslosigkeit der schnelle soziale Abstieg. Das hat für unsere Gesellschaft gefährliche Konsequenzen. Das Gefühl, von den demokratischen Institutionen im Stich gelassen zu werden, führt zu autoritärem Ressentiment: Wut staut sich auf, Fremdenfeindlichkeit nimmt zu, Rechtspopulisten erhalten ungeahnten Zuspruch – auch weil sich bisher noch keine demokratische Gegenbewegung zum politischen Establishment entwickelt hat. (gh)

Digitalisierung & Narzissmus

Byung-Chul Han

Die Austreibung des Anderen

Gesellschaft, Wahrnehmung und Kommunikation heute
S. Fischer, Juli 2016
112 Seiten, 20,00 Euro
978-3-10-397212-2



Die digitale Welt liefert alles, was der Konsument sich wünscht, rund um die Uhr. Er wird gemästet mit dem immer neuen Gleichen, stumpft dadurch ab, erblindet, entwickelt sich zum blutleeren Zombie. Der „Terror des Gleichen“ erfasst alle Lebensbereiche – auf Kosten von Begegnungen und Auseinandersetzungen mit anderem. Man macht keine Erfahrungen mehr. So wird unsere Gesellschaft immer narzisstischer und in der Folge selbstzerstörerischer. Das Buch des in Berlin lehrenden Philosophie-Professors irritiert – teilweise liefert es groteske Übertreibungen, teilweise sind seine Gedanken aber auch klug und zeugen von einer brillanten Beobachtungsgabe. (gh)

Klimawandel & Klimaschutz

Le Monde diplomatique (Hrsg.)

Warmzeit

Klima, Mensch und Erde
taz, Oktober 2016
112 Seiten, 8,50 Euro
978-3-937683-62-1



Der Pariser Klimagipfel 2015 mit seinen ambitionierten Zielen lässt nach zwei Jahrzehnten der Lähmung neue Hoffnung aufkeimen. Aber wie geht es nun weiter? In der Edition beleuchten verschiedene Experten die Thematik umfassend, erläutern Ursachen, mögliche Folgen, Konzepte und Maßnahmen. Ergänzt werden diese Ausführungen durch Erklärungen von Papst Franziskus, dem Dalai Lama und anderen Religionsführern. (gh)

Wirtschaftsinteressen & Militäreinsätze

Daniele Ganser

Illegale Kriege

Wie die NATO-Länder die UNO sabotieren – Eine Chronik von Kuba bis Syrien
Orell Füssli, Oktober 2016
370 Seiten, 24,95 Euro
978-3-280-05631-8



Die 1945 unterzeichnete Charta der Vereinten Nationen verbietet Kriege und lässt nur zwei Ausnahmen zu: Selbstverteidigung und Kampfhandlungen mit einem Mandat des UNO-Sicherheitsrats. Die Realität sah jedoch immer ein wenig anders aus. Das Buch des Schweizer Historikers schildert Kriege, an denen NATO-Staaten beteiligt waren und sind, um westliche Wirtschaftsinteressen durchzusetzen: Iran 1953, Guatemala 1954, Ägypten 1956, Kuba 1961, Vietnam 1964, Nicaragua 1981, Serbien 1999, Afghanistan 2001, Irak 2003, Libyen 2011, Ukraine 2014, Jemen 2015, Syrien. (gh)

Neoliberalismus & Realität

Ulrike Herrmann

Kein Kapitalismus ist auch keine Lösung

Die Krise der heutigen Ökonomie oder Was wir von Smith, Marx und Keynes lernen können
Westend, September 2016
288 Seiten, 18,00 Euro
978-3-86489-141-0



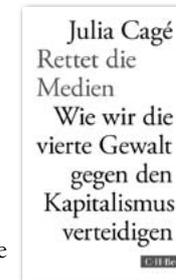
Als die Finanzkrise ausbrach, überraschte das sowohl die Politik als auch renommierte Wirtschaftswissenschaftler. Selbst Laien fällt auf, dass die herrschenden Wirtschaftstheorien nicht funktionieren, dass ihre Rechenmodelle nicht stimmen, dass sie einfache Fragen nicht richtig beantworten können. Obwohl sie realitätsfern sind, halten die meisten Wissenschaftler an ihnen unbeirrbar fest – und beraten weltweit die Regierungen. Als Gegenmittel empfiehlt die Autorin drei Klassiker der Wirtschaftswissenschaft, die zwar an den Universitäten kaum oder gar nicht mehr behandelt werden, aber noch heute treffende Analysen und intelligente Lösungsansätze bieten. (gh)

Demokratie & Meinungsbildung

Julia Cagé

Rettet die Medien

Wie wir die vierte Gewalt gegen den Kapitalismus verteidigen
C. H. Beck, März 2016
134 Seiten, 12,95 Euro
978-3-406-68938-3



Die Medien gelten in der Demokratie als vierte Gewalt, sind aber gleichzeitig auch profitorientierte Wirtschaftsunternehmen. Qualität und Umfang der Berichterstattung sinken, die Beeinflussung durch Eigentümer und Anzeigenkunden steigt. Das aufrüttelnde Buch schildert die jüngsten Entwicklungen, die sich in der Medienlandschaft weltweit ähnlich vollzogen haben, und liefert ein flammendes Plädoyer zur Rettung des Qualitätsjournalismus. Durch ein Nachplappern des allzu Bekannten verlieren die Medien an Glaubwürdigkeit und Attraktivität. Ohne Unabhängigkeit und Authentizität werden sie untergehen. (gh)

Information & Manipulation

Ulrich Teusch

Lückenpresse

Das Ende des Journalismus, wie wir ihn kannten
Westend, September 2016
224 Seiten, 18,00 Euro
978-3-86489-145-8



Der Autor, Träger des Roman-Herzog-Medienpreises, wirft den Massenmedien nicht Lügen, sondern eine lückenhafte und einseitige Berichterstattung vor. Er analysiert das System, in dem Journalis-

ten arbeiten müssen. Die Überfülle an Informationen können sie nicht abbilden, fragwürdig sind aber oft die Kriterien, nach denen sie auswählen und gewichten. Dabei verstärken sich Journalisten gegenseitig und erzeugen so seltsam gleichförmige Nachrichten, die sich manchmal zur Propaganda ausweiten. Belegt wird das mit einer Fülle von Beispielen, darunter so prominenten wie Marietta Slomka oder Caren Miosga. (gh)

Kulturverfall & Paranoia

Götz Eisenberg

Zwischen Arbeitswut und Überfremdungsangst

Zur Sozialpsychologie des entfesselten Kapitalismus (Band 2)
Wolfgang Polkowski, Juli 2016
320 Seiten, 24,90 Euro
978-3-9818195-1-9



Das Buch ist eine bunte Collage aus längeren Essays und kurzen Alltagsbeobachtungen. Themen der Essays sind Ereignisse und gesellschaftliche Entwicklungen: freiwillige digitale Knechtschaft, Flucht und Flüchtlinge, Griechenland-Bashing und Flugzeugamok, Psychopathen, Pegida und AfD, Geld und Terrorismus. Was in ihrer Gesamtheit sichtbar wird, ist ein gesellschaftliches Klima, in dem das Leben langsam zu ersticken droht. Doch ist der Autor nicht nur darum bemüht, uns die Augen für eine drohende Barbarei zu öffnen, sondern auch darum, Abwehrkräfte dagegen zu mobilisieren. (gh)

Flucht & Integration

Gerd Pfitzenmaier

Wir schaffen das – aber so nicht

Wie Deutschland und seine Gesellschaft durch die Flüchtlingskrise gespalten wird
CBX, April 2016
285 Seiten, 16,95 Euro
978-3-945794-85-2



Die Reaktionen der Politik auf den Flüchtlingsstrom sind mehr als fragwürdig. Abschottung und Abschiebung lösen nicht das humanitäre Problem, das die Politik mit verursachte. Die Konzeptlosigkeit der Politik und die Gefahr des Terrors erzeugen in der Bevölkerung Unsicherheit und Unmut. Dringend geboten ist deshalb der Wille zur Gemeinsamkeit und ein offenes Aufeinander-Zugehen, um der Radikalisierung die Basis zu entziehen. (gh)

Dematerialisierung

„Die Wurzel unserer Umweltprobleme anvisieren“

Viele Umweltschutzmaßnahmen bleiben wirkungslos, manche verschärfen sogar die Probleme. Das liegt daran, dass wir keine konsequente Vorsorge betreiben, nur an den Symptomen herumdoktern und nicht an den Ursachen, sagt einer der führenden deutschen Umweltwissenschaftlicher. Und die Hauptursache ist: unser verschwenderischer Ressourcenverbrauch.

Interview mit Prof. Dr. Friedrich Schmidt-Bleek

ÖkologiePolitik: Herr Prof. Schmidt-Bleek, warum brauchen wir eine Ressourcenwende?

Prof. Dr. Friedrich Schmidt-Bleek: Weil ohne sie weder nachhaltiges Wohlergehen für uns Menschen noch Zukunftsfähigkeit für die Industrie möglich sind. Seit 25 Jahren fordere ich sie. Aber noch immer bedeutet Umweltpolitik das nachträgliche Reparieren einzelner ausgewählter Fehlentwicklungen, nachdem das Kind bereits in den Brunnen gefallen war – Beispiel: Klimawandel. Die Ressourcenwende ist Umwelt-Vorsorgepolitik, weil sie die Wurzel unserer Umweltprobleme ins Visier nimmt: die ungehemmte Ressourcenausbeutung, die natürlich auch zur wachsenden Müllproduktion und zu wachsenden Emissionen führt. Hier ein milliardenfaches Beispiel der Verschwendung: Um eine Person von 75 kg Gewicht von A nach B zu bewegen – in nur 20 % der Fälle auch weitere Personen –, bauen wir Autos, die zwischen 40.000 und über 100.000 kg Material aus der Natur „kosten“, Wasser gar nicht gerechnet. Darüber hinaus verbraucht das Auto um die 15.000 kg während seiner Nutzung und produziert klimawirksame und gesundheits-

schädliche Emissionen. In meinem Buch „Grüne Lügen“ habe ich beschrieben, wie man 80 % des Mobilitätsbedarf mit 10- bis 20-fach weniger Ressourcenbedarf decken kann. Heute vernutzt der Durch-

„Heute vernutzt der Durchschnittsdeutsche jährlich etwa 70 t Material. Wissenschaftler sagen, die ökologisch nachhaltige Obergrenze läge bei 5 bis 7 t.“

schnittsdeutsche jährlich etwa 70 t Material. Wissenschaftler sagen, die ökologisch nachhaltige Obergrenze läge bei 5 bis 7 t.

Wenn Energie teurer wird, sinkt dann nicht der Ressourcenverbrauch automatisch?

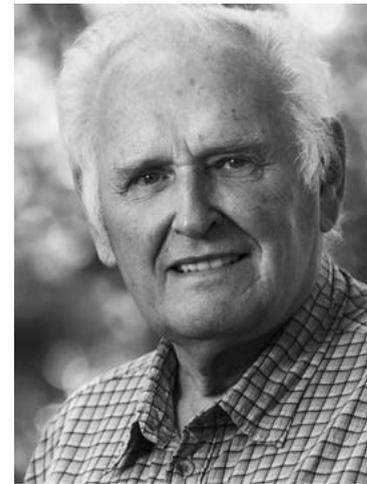
Ich sehe das umgekehrt. Alle Energie, die wir in unserer technischen Welt benutzen, ist „technische Energie“. Sie wird mittels technischer Anlagen gewonnen, transportiert und genutzt. Das ist ein ressourcenintensives Geschäft. Je mehr Ressourcen pro Einheit technischer Energie verbraucht werden, desto schlimmer für die Umwelt. 1 kWh aus dem Braunkohlekraftwerk „kostet“ über 1 kg Material, das aus einer Windanlage weniger als 30 g. Nur mittels

Ressourcenwende kann technische Energie nachhaltig werden. Und je mehr die Ressourcenproduktivität der Wirtschaft insgesamt wächst, desto weniger technische Energie wird für ihren Stoffwechsel benö-

tigt. Die Energiewende kann also nur dann ökologisch funktionieren, wenn sie in eine umfassende Ressourcenwende eingebettet wird. Je teurer natürliche Ressourcen werden, desto mehr Interesse wird bestehen, mit ihnen sparsam umzugehen.

Droht bei der Vielfalt des Themas nicht eine „Verzettelung“?

Verzettelung im Umweltschutz haben wir heute überall. Umweltproblemen wird zumeist einzeln und isoliert nachgegangen. Bewertungsmethoden gehen durcheinander. Eine Waschmaschine wird ökologisch nach ihrem Wasserverbrauch bewertet, eine Wohnung nach ihrem Wärmebedarf, Rasenmäher nach Lärm, Lebensmittel nach gesundheits-



Prof. Dr. Friedrich Schmidt-Bleek, Jahrgang 1932, studierte Chemie, promovierte in Kernphysik, forschte und lehrte anschließend an amerikanischen und deutschen Universitäten. In den 1980er-Jahren hatte er leitende Funktionen bei der OECD und beim IIASA inne. Von 1991 bis 1997 war er Gründungsvizepräsident des „Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt, Energie“, seit 2011 ist er Gründungspräsident des „Factor 10 Institut“ in Carnoules (Frankreich).

www.factor10-institute.org

gefährlichen Chemikalien. Transportgeräte, Produkte, Investitionen, Produktionsanlagen und ganze Städte werden neuerdings nach ihrem „CO₂-Fußabdruck“ eingestuft, was ja bedeutet, dass Stradivaris und Kernreaktoren in die gleiche Umwelt-Güteklasse kommen. Und wirtschaftlich wird alles in Euro bewertet. Da soll sich mal einer zurechtfinden! Solange die ökologische Qualität nicht für alle Güter und Dienstleistungen einheitlich und verlässlich geregelt ist, können Lisa und Otto Normalverbraucher zur ökologischen Stabilität unseres Planeten wenig beitragen. Eine sinnvolle Kennzeichnung ist die Materialproduktivität: der „materielle Fußabdruck“, englisch „Mate-

rial-Input-Per-Service“ (MIPS), den den lebenslangen Materialbedarf für ein Gerät pro leistbarem Nutzen angibt. Beim VW Golf zum Beispiel liegt MIPS bei 500 g Materialverbrauch pro gefahrenem km, beim HEV Prius wesentlich höher.

Bei welchen Ressourcen besteht der dringendste Handlungsbedarf?

Erstens bei denen, die weltweit in großen Mengen vernutzt werden: Wasser, Nahrungsmittel, kohlenstoffreiche Fossile wie Kohle, Sand, Kupfer, Aluminium und Bodenfläche. Zweitens solche Güter, deren Produktion und Nutzung hohe MIPS-Werte aufweisen, also „ressourcen-ineffizient“ sind, zu finden insbesondere in Bereichen wie Generierung technischer Energie, Informations- und Kommunikationstechnik, Transport und Gesundheitswesen. Drittens solche Stoffe, die für wichtige Techniken gebraucht werden, aber besonders große ökologische Rucksäcke tragen, z.B. Gallium, Germanium, Beryllium und Indium.

Wie können wir den Ressourcenverbrauch reduzieren?

Um mit Pavan Sukhdev, dem bekannten Ökonomen zu reden: Es ist höchste Zeit, Signale zu setzen, um die Profitmaximierung vom

„Je mehr die Ressourcenproduktivität der Wirtschaft insgesamt wächst, desto weniger technische Energie wird für ihren Stoffwechsel benötigt.“

Ressourcenverbrauch abzukoppeln. Nur so, sagt er, könne der Übergang in eine „green economy“ und zu einer nachhaltigen Entwicklung gelingen. Für die Regierung bedeutet dies eine Transformierung des Steuersystems, weg von der Besteuerung von Gewinnen hin zur Besteuerung des Ressourcenverbrauchs. Höchste

BUCHTIPPS

Friedrich Schmidt-Bleek
Die 10 Gebote der Ökologie

Ludwig, Oktober 2016
272 Seiten, 19,99 Euro
978-3-453-28086-1



Friedrich Schmidt-Bleek
Grüne Lügen

Nichts für die Umwelt, alles fürs Geschäft – wie Politik und Wirtschaft die Welt zugrunde richten
Ludwig, Mai 2014
304 Seiten, 19,99 Euro
978-3-453-28057-1



Zeit ist es auch, in Medien und in der Lehre sehr viel mehr über die ökologischen Konsequenzen unseres Umgangs mit natürlichen Ressourcen zu berichten.

Warum ist die Ressourcenwende bisher kein großes politisches Thema?

Dafür gibt es viele Gründe. Wesentlich scheint mir: Erst wenige verstehen, dass es für den Umweltschutz ein „zu spät“ gibt, denn die

von der Wirtschaft platt gemachten, für den Menschen aber überlebensnotwendigen Funktionen und Leistungen der Natur kann Technik nicht ersetzen. Den Regenwald kann niemand nachbauen.

Herr Prof. Schmidt-Bleek, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

Maßnahmen

„Mit Steuern Ressourcen steuern“

Sowohl die Bundesregierung als auch die EU-Kommission entwickelten umfangreiche Maßnahmenpakete, um unseren Ressourcenverbrauch zu senken. Doch es zeigt sich, dass diese bei Weitem nicht ausreichen. Welche Maßnahmen würden tatsächlich etwas bewirken? Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) beschäftigt sich schon lange mit dieser Frage.

Interview mit Kai Schlegelmilch

ÖkologiePolitik: Herr Schlegelmilch, wie lässt sich unser Ressourcenverbrauch am besten senken?

Kai Schlegelmilch: Mit einer konsequenten Besteuerung. Steuern sind eine einfache und wirksame Methode, um das Kosten-Nutzen-Kalkül von Unternehmen und Verbrauchern zu beeinflussen und in die richtige Richtung zu lenken. Wichtig ist dabei vor allem ein langfristig angelegtes Konzept, ein langsamer, aber kontinuierlicher Anstieg der Steuern, kein kurzfristiges Rauf und Runter. Nur wenn hier Verlässlichkeit und Berechenbarkeit bestehen, werden Unternehmen und Verbraucher gezielt in Effizienzmaßnahmen investieren. Steuern sind ein hervorragendes Mittel, um ökonomische Anreize für ökologisches Handeln zu setzen. Und sie lassen den Akteuren den größtmöglichen Handlungsfreiraum und sind daher bestens mit einer Marktwirtschaft vereinbar.

Steuererhöhungen sind extrem unpopulär und damit schwer durchsetzbar.

Steuern sind eine marktwirtschaftliche Lösung. Sie sorgen für einen Effizienz-Wettbewerb und halten restriktive Verbote und eine aufwendige Bürokratie in einem

vertretbaren Umfang. Was will man mehr? Wichtig für eine hohe Akzeptanz wäre, dass die Steuerlast insgesamt nicht steigt: Was durch Ressourcensteuern eingenommen wird, sollte durch Senkung anderer

ment in Deutschland eigentlich gar nicht mehr einführen müssen, sondern schon lange haben: Das Bundesberggesetz schreibt fest, dass auf alle „bergfreien“ Bodenschätze – darunter metallische

„Steuern lassen den Akteuren den größtmöglichen Handlungsfreiraum und sind daher bestens mit einer Marktwirtschaft vereinbar.“

Steuern wieder zurückgegeben werden. Als Begründung für Ressourcensteuern ist immer das zweifache Marktversagen bei der Ausbeutung von endlichen Bodenschätzen zu betonen: Erstens fließen in die Marktpreise nur heutige Nachfragepräferenzen und Zahlungsbereitschaften ein, dabei bedeutet unser Verbrauch heute den Nichtverbrauch künftiger Generationen. Zweitens fließen in die Marktpreise nicht die negativen, nicht internalisierten Umwelteffekte ein, da die Verursacher sie einfach auf die Allgemeinheit, auf andere Regionen und auf zukünftige Generationen abwälzen.

Wie sollte die Einführung von Ressourcensteuern geschehen?

In kleinen, überschaubaren Schritten! Wobei wir das Instru-

Rohstoffe – ein Regelsatz von 10 % des Marktwertes erhoben wird. Im Gegensatz dazu ist für die Förderung der „grundeigenen“ Bodenschätze keine Abgabe zu zahlen – dazu gehören Steine und Erden sowie einige Industriemineralien. Die Bundesländer sind aber grundsätzlich ermächtigt, andere Sätze zu bestimmen und Ausnahmen festzulegen. Davon wird häufig Gebrauch gemacht, wobei als Gründe meist Wettbewerbsaspekte, das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht und die Sicherung der Rohstoffversorgung herhalten müssen. Dadurch verzichteten die Bundesländer auf Hunderte Millionen Euro Steuereinnahmen. Entscheidend ist aber, dass bereits eine Gesetzesgrundlage für Ressourcensteuern existiert. Die



Kai Schlegelmilch, Jahrgang 1965, machte eine Banklehre und ist Diplom-Volkswirt. Er war von 1993 bis 1998 am „Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie“ und 1998 für den Deutschen Bundestag tätig. Seit 1999 arbeitet er im Bundesumweltministerium. Er ist Gründungsmitglied des „Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft“ (FÖS) und seit 2016 dessen Vorsitzender. Mitte der 1990er-Jahre war er finanz- und wirtschaftspolitischer Sprecher der ÖDP.

www.foes.de

gilt es nun, Schritt für Schritt weiterzuentwickeln.

Was wäre der erste Schritt?

Grundsätzlich sollten die Lücken und Ausnahmen abgeschafft oder zumindest deutlich verkleinert werden. Schon jetzt könnte der nächste große Schritt die Einführung einer Primärbaustoffsteuer im Bausektor sein. Im Bausektor, weil dieser den stärksten Rohstoffverbrauch, aber auch die größten Effizienzpotenziale aufweist. 2010 dienten in Deutschland zwei Drittel der abgebauten mineralischen Rohstoffe zum Herstellen von Baumaterialien, vor allem von Beton und Ziegeln – Tendenz: steigend. Diese gigantischen Mengen haben teilweise gravierende Eingriffe in

die Umwelt zur Folge, denn ihr Abbau geschieht im Tagebau. Eine Steigerung der Ressourceneffizienz ist daher dringend geboten. Das bedeutet zum einen eine deutliche Steigerung der Recyclingquote, d. h. eine vielfach höhere Verwendung von Bauschutt als Zuschlagstoff bei der Betonherstellung. Zum anderen bedeutet das ein Umdenken bei Architekten und Projektentwicklern: weniger Massiv- und mehr Leichtbauweise, weniger Einweg- und mehr Kreislauf-Materialien aus nachwachsenden Rohstoffen.

Das wird den Widerstand der betroffenen Industrien auslösen.

Sicherlich. Aber zum einen gibt es auch Industrien, die dabei gewinnen und nur auf eine solche Steuer warten. Zum anderen greift das allzu gern vorgebrachte Argument „Wettbewerbsfähigkeit“ hier nicht wirklich, denn Baumineralien sind relativ schwer, haben einen geringen massenspezifischen Wert und können daher nur in einem engen Umkreis von der Abbaustätte aus wirtschaftlich transportiert werden. Erfahrungen mit Primärbaustoffsteuern gibt es vor allem in Dänemark, Schweden und Großbritannien. Auch in Deutschland wären sie vergleichsweise einfach umzusetzen, würden dann einen Großteil des gesamten Ressourcenstroms abdecken und könnten Ausgangspunkt für den Einstieg in eine umfassendere Ressourcenbesteuerung sein.

Was wäre der nächste Schritt?

Die Ausweitung der Besteuerung auf möglichst alle nicht erneuerbaren Rohstoffe. Dazu müssen offene Fragen durch gezielte Forschungsprojekte zügig beantwortet und die Erfassbarkeit des Rohstoffverbrauchs in Vorketten verbessert werden. Eine umfassende Ressourcenbesteuerung lässt sich also erst mittel- bis langfristig einführen.

ONLINETIPPS

AK Rohstoffe deutscher Nichtregierungsorganisationen
Für eine demokratische und global gerechte Rohstoffpolitik

Handlungsempfehlungen an Bundesregierung und Bundestag
September 2013

<http://tinyurl.com/hxwagam>

Eike Meyer

Der Beitrag von Ressourcensteuern zu wirksamer Ressourcenschonung

FÖS-Diskussionspapier

August 2012

<http://tinyurl.com/gpql5xe>

Damian Ludewig, Eike Meyer

Ressourcenschonung durch die Besteuerung von Primärbaustoffen

FÖS-Diskussionspapier

März 2012

<http://tinyurl.com/z4srrmd>

Weitere Veröffentlichungen, Regierungsprogramme, Rohstoffstrategien der deutschen Parteien und Veranstaltungsdokumentationen

www.foes.de/themen/ressourceneffizienz

Wir sollten uns aber davor hüten, etwas erst dann einzuführen, wenn es perfekt ist, wenn es die ökologische Wirklichkeit zu 100 % erfasst. Für die Umwelt ist die tatsächliche Wirkung entscheidend. Und eine Primärbaustoffsteuer würde bereits eine große Wirkung entfalten, weil sie einen Großteil des Rohstoffverbrauchs erfasst. Hierzu liegt ausreichend Wissen vor.

Herr Schlegelmilch, herzlichen Dank für das sehr interessante Gespräch.

Rohstoffe

Sand, ein knappes Gut

Unsere Rohstoffe sind nur begrenzt vorhanden. Ihre Vorkommen gehen irgendwann zur Neige – und dann wird es problematisch. Das gilt auch für einen Rohstoff, bei dem man dies gar nicht vermutet: Sand. Er wird von vielen Branchen benötigt, vor allem aber von der Bauindustrie zur Herstellung von Beton. Sein Abbau wird immer aufwendiger und umweltschädlicher.

von Kiran Pereira

Was ist der meistgebrauchte Rohstoff der Erde? Die Antwort mag überraschen und ist doch naheliegend: Sand und Kies. Diese Zuschlagstoffe, wie sie in der Baubranche genannt werden, haben in puncto

Seit jeher gilt Sand als Symbol für unendliche Mengen: „wie Sand am Meer“. Doch nicht alle Sande sind wirtschaftlich nutzbar. Die Körnchen des Wüstensands sind zu rund und zu glatt zum Bauen und der von Meerwasser überspülte

*Nicht alle Sandarten
sind für alle Nutzungsformen geeignet.*

Ressourcenverbrauch inzwischen sogar das Wasser überholt. Die Menschen denken über Sand nicht viel nach, es sei denn, sie planen gerade ihre nächsten Ferien am Meer. Und doch ist dieser Rohstoff so dominant und allgegenwärtig wie kein anderer. Sand wird nicht nur zur Herstellung von Glaswaren, Fensterscheiben und natürlich Beton verwendet, er steckt auch in Zahnpasta und Kreditkarten, in Mobiltelefonen, Computern und anderen Geräten, die unsere hypervernetzten Gesellschaften am Laufen halten.

Sand muss erst aufwendig aufbereitet und vollständig entsalzt werden. Da aber der Sand aus Flussbetten und Kiesgruben allmählich zur Neige geht, deckt die boomende Bauwirtschaft ihren Bedarf auch zunehmend mit Meeressand.

Sandbau am Beispiel Australien

Zu den bekanntesten Abbaustätten gehört North Stradbroke Island im Nordosten Australiens. Die zweitgrößte Sandinsel der Welt (die größte ist die nahe gelegene Fraser Island, die zum Naturwelterbe gehört) liegt nur 40 km von Brisbane

entfernt und ist ein beliebtes Touristenziel. North Stradbroke Island ist größtenteils Naturschutzgebiet und besteht zur Hälfte aus Feuchtgebieten, die eigentlich durch die Ramsar-Konvention geschützt sind. Hier liegen aber auch die beiden größten Sandabbaugebiete der Welt, ausgebeutet von Sibelco, einem belgischen Multi für mineralische Rohstoffe, der im Jahr 2000 seine Tätigkeit in Australien und Neuseeland aufgenommen hat.

Aus dem Sand von North Stradbroke Island werden vor allem die Mineralien Rutil, Zirkon und Ilmenit (Titaneisen), aber auch Silika (Siliziumdioxid) gewonnen. Die Minen reichen bis in 100m Tiefe und damit weit unter den Grundwasserspiegel, graben also den angrenzenden Feuchtgebieten buchstäblich das Wasser ab. Die Inselbewohner beklagen, dass die Regierung von Queensland die Umweltschutzbestimmungen nie durchgesetzt hat. Die Proteste der indigenen Bevölkerung haben in der Gegend eine lange Tradition, doch der Druck der Industrie ist stärker.

Hoher Bedarf, niedriger Preis

Sand ist ein „hegemonialer“ Rohstoff, zu dem es gegenwärtig praktisch keine Alternativen gibt. Auch

FILMTIPP

Denis Delestrac
Sand – Die neue Umweltzeitbombe
Der Kampf um eine unterschätzte Ressource
arte Doku, 2013, 74 Minuten
www.youtube.com/watch?v=n568A_C-BJQ

fehlen die Anreize zur Entwicklung solcher Alternativen, weil ökonomisch nutzbarer Sand nach heutigen Marktpreisen stark unterbewertet ist. Die wichtigsten Kostenfaktoren bei der Sandge-

neue Sandquellen offshore, also auf dem Meeresboden, erschlossen. Diese Abbaumethode ist extrem teuer, aber technisch möglich. Ihre Auswirkungen auf die Umwelt sind dagegen völlig unerforscht.

In Dubai sind die Vorkommen an Meeressand erschöpft, das Emirat importiert seinen Bausand derzeit aus Australien.

winnung betreffen die Maschinen für den Abbau, den Transport, die Löhne sowie Lizenzgebühren und Pachtzahlungen für das genutzte Gelände (zumindest im Fall legaler Gewinnung). Der Sand selbst kostet dagegen nichts – er ist ein „high volume low value“-Rohstoff. Wenn er knapp wird, holt man ihn sich eben woanders. Das Problem wird lediglich geografisch verschoben. So läuft es überall – ob in den USA, Australien oder Indien – ähnlich ab, wenn die lokalen Behörden von Politikern und Interessenvertretern derart eingeschüchtert werden, dass sie am Ende den unbegrenzten Sandabbau zulassen – alles im Interesse von Wirtschaftswachstum, nationaler Sicherheit, Fortschritt oder Arbeitsbeschaffung, versteht sich.

Hier ist allerdings anzumerken, dass nicht alle Sandarten für alle Nutzungsformen geeignet sind. Denn Sand muss häufig strenge Kriterien erfüllen – und dann wird das Verhältnis von Angebot und Nachfrage in der Regel sehr volatil. Insgesamt ist davon auszugehen, dass der Sandbedarf aus den drei Bereichen Bau, Mineralindustrie und Fracking in den nächsten Jahrzehnten stabil bleiben wird. Deshalb werden derzeit auch vielerorts

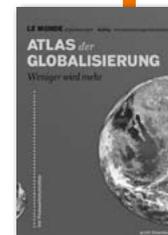
Nehmen wir das Beispiel Dubai. Hier sind die Vorkommen an Meeressand erschöpft, das Emirat importiert seinen Bausand derzeit aus Australien. Dabei hat der maßlose Abbau von Meeressand das maritime Ökosystem stark geschädigt. Das beeinträchtigt die Lebensgrundlage der Fischer, weil der Sand am Meeresboden zugleich Substrat und Nährboden für die Mikroorganismen ist, von denen sich die größeren Fische ernähren.

Ökologische Bedeutung

Für Sand gilt – wie für alle natürlichen Rohstoffe –, dass wir seinen Wert für den Erhalt des gesamten Ökosystems in Betracht ziehen müssen. Denn Sand erfüllt Funktionen, die nicht ohne Weiteres zu ersetzen sind, zum Beispiel für die Nahrungsmittelsicherheit in Regionen, wo er als Puffer zwischen den Landmassen und den Ozeanen dient und so agrarische Anbaugelände vor Sturmfluten schützt – und angesichts des Klimawandels auch vor einem Ansteigen des Meeresspiegels. In vielen Regionen wirkt der Sand als Filter für Wasseradern, die für den Erhalt der Artenvielfalt so unentbehrlich sind wie für die Nahrungsketten in der ozeanischen und terrestrischen Biosphäre.

BUCHTIPP

Le Monde diplomatique (Hrsg.)
Atlas der Globalisierung
Weniger wird mehr
taz, Juli 2015
176 Seiten, 16,00 Euro
978-3-937683-57-7



Immerhin gibt es schon vereinzelte Alternativen zum Sand als Zuschlagstoff bei der Betonherstellung: etwa Schlacken, die bei der Stahlproduktion anfallen, Flugasche, Steinbruchstaub oder aufbereiteter Bauschutt. Zudem laufen Forschungen über Bautechniken, die ganz ohne Beton auskommen. Dass diese Stoffe heute noch nicht verwendet werden, liegt allein daran, dass Sand praktisch umsonst zu haben ist. ■

Dieser Artikel stammt aus dem „Atlas der Globalisierung“ und darf hier mit freundlicher Genehmigung des Verlags in einer gekürzten Fassung veröffentlicht werden.

Kiran Pereira, Jahrgang 1979, studierte Umweltwissenschaften und Entwicklung am King's College in London und arbeitet dort seither als Umweltwissenschaftlerin. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören die Schnittstellen von Wissenschaft, Politik und Industrie. Zudem ist sie eine führende Expertin zum Thema „Sand“ und Autorin zahlreicher Fachartikel. Demnächst erscheint ihr erstes Buch.



kiran@sandstories.org

Baumaterialien

Lösungen sind längst da

Die Baubranche gehört zu den größten Ressourcenfressern: Sie verbraucht viel Energie und Rohstoffe. Und sie erzeugt viel Müll. Glücklicherweise weist sie aber auch hohe Einsparpotenziale auf. Dass die nicht konsequent erschlossen werden, liegt daran, dass es der Politik bisher an Mut fehlt, eine wirkliche Kurskorrektur einzuleiten. Dabei wäre die gar nicht schwierig.

von Günther Hartmann

Mit seinem „Gleichnis der Äquatorwand“ veranschaulicht der Stuttgarter Architektur-Professor Werner Sobek, warum die Baubranche bald ein großes Ressourcen-Problem kriegt: Wenn wir das derzeitige Weltbevölkerungswachstum von 125 Mio. Menschen pro Jahr mit den 490t mineralischer Baustoffe, die auf jeden Deutschen durchschnittlich entfallen, multiplizieren, dann erhalten wir einen weltweiten Bedarf von 60 Mrd.t mineralischer Baustoffe pro Jahr. Rechnen wir das

um auf eine 30cm dicke Wand, die entlang des Äquators einmal um die Erde läuft, also 40.000 km lang ist – wie hoch wäre die dann? Die verblüffende Antwort: 2 km! Pro Jahr!

Wir müssen unsere Wirtschaft konsequent zu einer Kreislaufwirtschaft umbauen.

Der Bedarf an mineralischen Baustoffen ist also sehr hoch, vor allem an Sand für die Betonherstellung. Allerdings ist nicht jeder Sand dafür geeignet. Die Körnchen des Wüstensandes z.B. sind zu rund und zu glatt, weshalb das boomen-de Dubai seinen Sand aus Australien importiert. Dort wird er an den Küsten vom Meeresboden abgebaut – mit katastrophalen Folgen für die Tier- und Pflanzenwelt.

Leichtbau statt Massivbau

Was tun? Wir können entweder weniger bauen. Oder wir steigen verstärkt auf Bauweisen um, die den Ressourcenverbrauch erheblich reduzieren. Der Materialaufwand der sogenannten „Leichtbauweise“ be-

trägt nur einen Bruchteil von dem der mineralischen „Massivbauweise“. Das rührt daher, dass bei ihr die Tragkonstruktion – ähnlich wie bei historischen Fachwerkhäusern – auf ein Skelett schlanker Stäbe reduziert ist. Da deren Zwischenräume mit Dämmmaterial gefüllt sind, sinkt als Nebeneffekt auch der Heizenergiebedarf deutlich.

Für die Stäbe kommen zwei Baumaterialien infrage: Metall und Holz. Beide sind auch gut recycelbar. Da Bauschutt heute über die Hälfte unseres Müllaufkommens ausmacht, ist dieser Aspekt durchaus wichtig. Zwar lassen sich auch mineralische Bauteile zu Straßenschotter verarbeiten, doch das ist nur krasses „Downcycling“ mit einem weitgehenden „Verlust“ der ursprünglich ins Material hineingesteckten Energie. Metall dagegen lässt sich ideal recyceln, allerdings ist sein Ein-

schmelzen mit hohem Energieaufwand verbunden. Holz dagegen lässt sich mit geringem Energieaufwand wiederverwerten oder zu Holzwerkstoffen verarbeiten.

Nachwachsende Rohstoffe

Holz hat noch eine weitere Besonderheit: eine völlig andere CO₂-Bilanz. Das kommt daher, dass im Holz große Mengen CO₂ gebunden sind. Genauer gesagt: Die Bäume haben CO₂ eingeatmet, den Kohlenstoff (C) in ihre Molekularstruktur eingebaut und Sauerstoff (O₂) ausgeatmet. Durch Verrotten oder Verbrennen würde genau die Menge CO₂, die gebunden wurde, wieder frei. Für den Klimaschutz ist jedoch wichtig, dass sie lange ge-



Foto: Günther Hartmann

bunden bleibt. Genau das geschieht bei der stofflichen Nutzung – nicht für ewig, aber für viele Jahrzehnte. Und diese Zeitspanne ist entscheidend, denn es gilt, den Anstieg des CO₂ in der Erdatmosphäre möglichst schnell möglichst stark zu bremsen.

War das jetzt eine Abschweifung? Nein, denn Ressourcenwende und Klimaschutz hängen eng zusammen. CO₂ wird ja nicht bewusst erzeugt, sondern ist sozusagen gasförmiger Müll, der beim Verbrennen fossiler Energieträger freigesetzt wird. Unsere CO₂-Emissionen sind also ein Teil unseres Müllproblems. Das können wir nur lösen, wenn wir unsere Wirtschaft konsequent zu einer Kreislaufwirtschaft umbauen. In der rohstoffintensiven Baubranche bedeutet das: Holz. Metall lässt sich zwar auch hervorragend recyceln, aber statt stofflichem Müll wird dabei viel gasförmiger Müll freigesetzt.

Nationale Holzbaustrategie

„Die Bundesregierung plant keine nationale Holzbaustrategie nach schwedischem Vorbild. Die Bundesregierung ist der grundsätzlichen Überzeugung, dass auch Holz als Baustoff sich sein Marktpotenzial

in Konkurrenz selbst erschließen soll“, lautet im August 2016 die Antwort auf eine Kleine Anfrage im Bundestag. Das bedeutet letztlich: Gelingt es dem Holzbau, sich auf dem Markt durchzusetzen, hat das Klima Glück, setzt er sich nicht durch, hat es eben Pech – und die Menschheit auch. Das ist fatalistisch und zynisch.

„Die Bundesregierung ist der grundsätzlichen Überzeugung, dass Baustoffe sich ihre Marktpotenziale auch ohne finanzielle Förderungen in Konkurrenz selbst erschließen sollten“, heißt es in der Antwort. „Nachwachsende Baustoffe sollen an einem unverfälschten Preis- und Qualitätswettbewerb teilnehmen und so ihre Marktposition dauerhaft subventionsfrei besetzen können.“ In dieser Auffassung stecken zwei große Fehler: Erstens ist der Preiswettbewerb schon lange massiv verfälscht – zulasten des Holzbaus, denn die Hersteller mineralischer und metallischer Baustoffe sind aufgrund ihres hohen Energieverbrauchs von der EEG-Umlage befreit und dürfen die Folgekosten ihrer CO₂-Emissionen komplett der Allgemeinheit aufbürden. Zweitens ist die Politik nicht dazu verpflichtet, sich aus dem Marktgeschehen

AUSSTELLUNGSTIPP

Martin-Gropius-Bau Berlin
**Bauen mit Holz –
 Wege in die Zukunft**
 21.10.2016 – 15.01.2017
www.bauenmitholz.berlin

herauszuhalten, sondern es im Sinne des Gemeinwohls zu regeln.

„Stellschrauben“ im Bauwesen

Um den Ressourcenverbrauch deutlich zu senken, gibt es drei „Stellschrauben“: (1) Senken des Ressourcen-Bedarfs, (2) Steigern der Ressourcen-Effizienz und (3) Senken des Müllaufkommens. Dies auf die ressourcenintensive Baubranche anzuwenden, bedeutet: (1) Modernisierung, Umbau und Erweiterung statt Abriss und Ersatzneubau, (2) Leichtbauweise statt Massivbauweise, (3) Verwendung von Baumaterialien aus nachwachsenden Rohstoffen – sprich: Holz. Die Einführung einer Primärbaustoffsteuer und einer CO₂-Steuer wären sinnvolle Maßnahmen, um dies effizient zu erreichen. Der Markt versagt bei Ressourcenwende und Klimaschutz – allerdings nur, wenn ihn die Politik nicht entschlossen steuert. ■

ONLINETIPPS

Werner Sobek

Das Triple-Zero-Haus

ARD-alpha, 08.06.2016

<http://tinyurl.com/h4al32z>

Antwort der Bundesregierung auf Kleine Anfrage

Holzbau und andere nachwachsende Rohstoffe im Baubereich

Bundesdrucksache 18/9322

<http://tinyurl.com/jduhgln>

Günther Hartmann,
 Jahrgang 1965,
 studierte Architektur
 und war nach dem
 Diplom zunächst
 in verschiedenen
 Architektur- und
 Stadtplanungsbüros tätig. Seit 2008



arbeitet er hauptberuflich als Journalist. In die ÖDP trat er 1998 ein und ist seit 2006 Verantwortlicher Redakteur der ÖkologiePolitik.

www.guenther-hartmann.de

Boden

Grundsteuer-Reform gegen Flächenfraß

Jeden Tag werden in Deutschland rund 700.000 m² freie Landschaft zu Siedlungs- und Verkehrsflächen umgewandelt. Dabei ist Boden eine endliche Ressource. Doch weil sein Verbrauch schleichend geschieht, wird er kaum wahrgenommen. Es mangelt an Problembewusstsein und so wird fast nichts dagegen unternommen. Dabei gäbe es einen breitenwirksamen Lösungsansatz mit viel Potenzial.

von Dr. Ulrich Kriese

Die Ressource Boden ist uns eher wenig als bedrohte Lebensgrundlage im Bewusstsein. Flächenverbrauch und -versiegelung, Bodenverunreinigungen und -degradation, Humusverlust und andere Probleme werden mehr in Fachkreisen als in der breiten Öffentlichkeit thematisiert. Ein Grund dafür dürfte sein, dass Land seit jeher fast überall in der Welt erworben und vererbt werden kann und dementsprechend auf viele private Eigentümer verteilt ist. Boden gilt schon lange nicht mehr als Allgemeingut. Dementsprechend gering fallen das Allgemeininteresse an Bodenzustandsfragen und das politische Interesse an systematischen Veränderungen aus. Dabei gibt es mit Blick auf die Ressourcenwende viele gute Gründe, den Gemeingutgedanken insbesondere bezüglich des Bodens wieder aufleben zu lassen. Denn vom privaten Bodeneigentum führt ein direkter Weg zur Bodenspekulation und Privatisierung der Bodenrente sowie zur sogenannten „Gefangenahme“ des Staates zwecks Durchsetzung eigener privater Interessen wie z.B. eine Einflussnahme auf

die räumliche Planung zwecks Baulandausweisung.

Reine Bodensteuer würde Flächenverbrauch reduzieren

Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung geht für Deutschland von mindestens 165.000 ha Innenentwicklungspotenzial aus, das sind 20 m² pro Einwohner. Baulücken unter 500 m²

wegen ist der Flächenverbrauch in Deutschland mit rund 70 ha pro Tag viel zu hoch. Ein in seiner Wirkung wohl unterschätztes Instrument zur Reduzierung des Flächenverbrauchs wäre die Umwandlung der Grundsteuer B in eine reine Bodensteuer. Mit einer Bodensteuer würde ein Teil der Bodenrente abgeschöpft und den Kommunen zugutekommen, deren Investitio-

*Boden gilt schon lange nicht mehr als Allgemeingut.
Dementsprechend gering fällt das
Interesse an systematischen Veränderungen aus.*

Größe und viele Nachverdichtungspotenziale sind dabei noch gar nicht berücksichtigt. Ein großer Teil solcher Flächen, obwohl Baurecht besteht, wird jahre- oder gar jahrzehntelang von den Eigentümern ungenutzt liegen gelassen und dem Markt vorenthalten. Selbst in neu erschlossenen Baugebieten lässt sich dies immer wieder und vielerorts beobachten. Das hat zur Konsequenz, dass die Kommunen mehr Bauland ausweisen als eigentlich nötig. Nicht zuletzt des-

sen die Bodenwerte erst geschaffen haben. In der Folge würden teil- und unbebaute Grundstücke effizienter genutzt, Brachen und Leerstände schneller als bisher wieder

ONLINETIPP

NABU, ZBF-UCB
„Grundsteuer: Zeitgemäß!“
Bundesweiter Aufruf
www.grundsteuerreform.net



Foto: Werner Kuhnle

in Nutzung gelangen, Baulücken geschlossen, kompaktere Baustrukturen realisiert, das Angebot an innerörtlichem Wohnraum erhöht, der Flächen- und Landschaftsverbrauch reduziert.

Mehrheit der Bundesländer will Gebäude-Neubewertung

Doch die Politik marschiert zurzeit in die gänzlich entgegengesetzte Richtung: Eine Mehrheit der Bundesländer beabsichtigt eine Neubewertung aller Gebäude zu Zwecken der Grundsteuer. Seit September 2016 verhandelt der Bundesrat eine entsprechende Gesetzesinitiative, einzig Bayern und Hamburg sind dagegen. Soweit bisher bekannt, ist unter anderem an eine satellitengestützte Ermittlung von Gebäudeflächen und -höhen in Kombination mit einer Steuererklärung des Grundstückseigentümers gedacht. Die eigentliche Bewertung soll im Finanzamt anhand von nach Gebäudeart und Baualterklassen unterschiedenen, pauschal angenommenen Herstellungskosten erfolgen. Bauliche Investitionen wären zu Fortschreibungszwecken künftig meldepflichtig. Die bundesweite Ge-

bäudebewertung würde die Finanzämter Jahre lang beschäftigen und hätte fatale Konsequenzen:

*Ein in seiner Wirkung unterschätztes
Instrument zur Reduzierung des Flächenverbrauchs
wäre die Umwandlung der
Grundsteuer in eine reine Bodensteuer.*

■ Jede effizientere Grundstücksausnutzung (wie z.B. die Schließung einer Baulücke, ein Anbau oder ein Dachgeschossausbau) würde künftig mit einer höheren Grundsteuer bestraft. Umgekehrt bliebe das Liegenlassen erschlossener, aber unbebauter und teilbeauter Grundstücke oder das Halten von Leerständen steuerlich attraktiv. ■ Neubauten würden gegenüber modernisierten Altbauten vergleichbarer Wertigkeit steuerlich deutlich schlechter gestellt. Darüber hinaus käme es zu einer generellen Umschichtung der Grundsteuerbelastung weg von Grundstücken in zentraler Lage hin zu solchen in Stadtrandlage und im ländlichen Raum. Der Vorschlag der Länder-

mehrheit dürfte damit gegen den Gleichheitssatz und das Prinzip der Leistungsfähigkeit verstoßen.

■ Die Mieten würden insgesamt steigen, weil Wohnraum in nennenswertem Umfang weiterhin dem Markt vorenthalten würde, zu wenig neuer Wohnraum erstellt würde und die höhere gebäudelastrige Grundsteuer gänzlich auf die Miete umgelegt werden kann.

Mit einer Umwandlung der Grundsteuer in eine reine Bodensteuer haben sich die Bundesländer offensichtlich nicht näher befasst. Vielmehr bezeichnen sie ihren Ansatz als alternativlos. Dabei wäre eine reine Bodensteuer die richtige Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit. Sie wäre neutral gegenüber Ausmaß, Art und Alter einer

Überbauung. Ungleichbehandlungen und damit verknüpfte verfassungsrechtliche Probleme wären von vornherein ausgeschlossen. ■

Dr. Ulrich Kriese, Jahrgang 1967, studierte Landschafts- und Freiraumplanung, Verwaltungswissenschaft und Ökonomie. Nach beruflichen Tätigkeiten in Stadtplanung und Politikmanagement arbeitet er seit 2009 bei einer gemeinnützigen Stiftung. Beim Naturschutzbund Deutschland (NABU) ist er seit 1999 Siedlungspolitischer Sprecher.



ulrich.kriese@nabu.de

Stadtentwicklung

Lernen von *Neapel*

Städte verbrauchen Bodenfläche, Baumaterial und Energie. Und sie prägen das Leben der Menschen. Eine nachhaltige Stadtstruktur muss also vielfältigen Anforderungen genügen. Muss sie neu erfunden werden? Oder gibt es Vorbilder? An das verrufene Neapel denkt in diesem Zusammenhang kaum jemand, dabei lässt sich hier bei genauem Hinsehen viel Positives entdecken.

von Günther Hartmann

Wenn ein Gast in der Trattoria da Nennella Trinkgeld gibt, lässt der Kellner einen an der Decke hängenden Korb herunter, wirft es hinein und ruft dabei etwas, worauf alle anderen Kellner im Chor mit einem kräftigen „Grazie!“ antworten. Die Unterhaltung, die Show, die ist hier genauso wichtig wie das gute Essen. Der Chef geht von Tisch zu Tisch, erzählt Witze und Anekdoten, die Kellner erledigen ihre Arbeit äußerst flink, schreiend und singend. Es geht hier den ganzen Abend hektisch und laut zu, doch das ist durchaus angenehm, weil Ausdruck von Lebensfreude. Für die ist Neapel berühmt. Faszinierend und inspirierend ist aber auch seine Stadtstruktur. Hängen beide zusammen? Wahrscheinlich.

„Neapel ist die geheimnisvollste Stadt Europas, die einzige Stadt der Antike, die nicht untergegangen ist wie Ilion, wie Ninive, wie Babylon“, schrieb der italienische Schriftsteller Curzio Malaparte Ende der 1940er-Jahre. „Es ist die einzige

„Neapel ist die geheimnisvollste Stadt Europas, die einzige Stadt der Antike, die nicht untergegangen ist.“

Curzio Malaparte

Stadt, die nicht in dem ungeheuren Schiffbruch der antiken Zivilisation versunken ist. Neapel ist ein Pompeji, das nie verschüttet worden ist. Es ist keine Stadt, sondern eine Welt.“

Wenn im Folgenden von Neapel die Rede ist, dann ist immer die

Altstadt gemeint: das riesige *centro storico*. Es entwickelte sich aus dem ein halbes Jahrtausend v. Chr. von den Griechen gegründeten *nea pólis*, was „neue Stadt“ heißt. Mit rund 300.000 Einwohnern stellt es heute das bevölkerungsreichs-

te Stadtzentrum Europas dar. Die Trattoria da Nennella liegt in den *quartieri spagnoli*, einer Stadterweiterung aus dem 16. Jahrhundert. Hier leben auf einer Fläche von 0,125 km² 14.000 Menschen, d. h. jeder Einwohner braucht hier nicht einmal 9 m² Bodenfläche.

Dichte und Kleinteiligkeit

Wer als Besucher in die engen Gassen Neapels eintaucht, ist überwältigt von der baulichen Dichte und der Vielzahl an Reizen. Überall gibt es etwas zu sehen, zu hören, zu riechen. Der Stadtgrundriss ist dabei dem von Manhattan durchaus ähnlich: ein strenges Straßenraster mit Haupt- und Querachsen, allerdings nur wenige Meter breit und deshalb für Autos eher ungeeignet. Das Straßenraster durchschneidet und gliedert die übermächtige Baumas-

se. Architektur im Sinne von Baukunst spielt hier nur eine Nebenrolle. Die Gebäude sind geprägt von Erweiterungen, Erbteilungen und Zukäufen, von Umbauten und Aufstockungen – niemals fertige Provisorien mit verschachtelten Grundrissen und einer hoch entwickelten Kunst sparsamer Flächennutzung. Die Fassaden spiegeln das wider. Der Reiz ihrer Betrachtung liegt vor allem darin, einzelne Schichten zu identifizieren.

Die älteste Schicht sind die Straßen und die Erdgeschosse. Hier dominiert eine archaische Urform menschlicher Behausung: der quadratische Einraum, *basso* genannt. Die *bassi* sind nur wenige Meter breit und tief und werden ausschließlich von der Straße erschlossen, belichtet und belüftet. Schon in der Antike bildeten sie das bauliche Grundgerüst der Stadt und haben die Jahrtausende bis heute überdauert. Genutzt werden die *bassi* wahlweise als Wohnung, Büro, Werkstatt, Laden, Restaurant, Bar, Lager oder Garage. Alles ist möglich. Und fast immer ist es dabei eng. Zu eng. Dann wird der Straßenbereich davor mitbenutzt – zum Arbeiten, Verkaufen und auch zum Wohnen.

Reicht für einen Handwerksbetrieb ein *basso* samt Vorbereich nicht aus, mietet er in der Nähe weitere *bassi* an. Die Produkte werden dann in ihren Fertigungsstufen von *basso* zu *basso* getragen und landen am Ende in einem als Verkaufsraum genutzten. Die kleinteilige Raumstruktur sorgt für eine kleinteilige

Jahrhundert so, im 20. Jahrhundert erst recht. Und auch in der Gegenwart ist der Glaube an das Neue immer noch präsent, selbst wenn es um „ökologisches Bauen“ geht. Der heutige Denkmalschutz sichert zwar den Erhalt bauhistorisch wertvoller Bausubstanz, erklärt aber im Umkehrschluss die

„Die Leere deutscher Straßenräume, die Glätte deutscher Fassadenwände gewohnt, verfällt man hier in eine Art Rauschzustand.“

Dieter Hoffmann-Axthelm

Ökonomie, geprägt von lokalen Kreisläufen und einem feingliedrigem System aus persönlichen Beziehungen, Arbeitsteilung und Einkommen. Diese „Gassenökonomie“ sowie die mannigfaltigen Überlagerungen verschiedener Nutzungen erzeugen die viel gepriesene Lebendigkeit der Stadt.

Improvisation und Zeitlosigkeit

Im modernen Städtebau dominierte immer der Traum von der Schaffung einer besseren Welt durch die Zerstörung des Alten und den Bau von Neuem. Das war im 19.

restliche Bausubstanz für nicht erhaltenswert. Dabei sind Abriss und Neubau immer mit einem gewaltigen Verbrauch an Baumaterial und Energie verbunden.

In Neapel dominierte ein Misstrauen gegen Versprechungen des Fortschritts. Statt die Altstadt nach und nach abzureißen und durch breitere Straßen und zeitgemäße Gebäude zu ersetzen, wurde das getan, was in Neapel seit Jahrhunderten kontinuierlich geschieht: improvisiert, umgebaut und weitergebaut. „Pflastersteine, Torbögen, Portale, steinerne Wände sind belie-



ONLINETIPPS

Barbara Bachmann

Wir bleiben

Zeit, 29.01.2015

<http://tinyurl.com/mwwbbhp>

Richard Sennett

Open City

Festvortrag, 23.03.2013

<http://tinyurl.com/zc65f4f>

big alt, überall ist Zeit eingeschrieben, wiewohl gleichgültige Zeit, so gleichgültig, dass es egal ist, ob die Aufstockung aus der Gotik, der Renaissance oder aus den 1960er-Jahren stammt. Unfertigkeit, Zerstörung, Flickwerk, alles das verdichtet die Undurchschaubarkeit der wahrgenommenen Fülle“, schwärmt der deutsche Stadttheoretiker Dieter Hoffmann-Axthelm. „Die Leere deutscher Straßenräume, die Glätte deutscher Fassadenwände gewohnt, verfällt man hier in eine Art Rauschzustand.“

Flexibilität und Offenheit

Weitere Ziele modernen Städtebaus waren immer die räumliche Trennung der Funktionen – Wohnen, Arbeiten, Einkaufen usw. – sowie eine funktionale Optimierung der Gebäude. „Das Ergebnis dieser Überdeterminierung ist ein Paradox, nämlich dass diese eingefrorenen Städte sehr viel schneller verfallen als die aus der Vergangenheit stammenden urbanen Bauten“, stellt der US-amerikanische Soziologe Richard Sennett fest. „Da sich die Anforderungen ändern, müssen Gebäude ersetzt werden, denn festgelegte Form-Funktion-Beziehungen verhindern eine Anpassung. Die Überspezifizierung von Form und Funktion macht die moderne urbane Entwicklung zu einem zerbrechlichen Ort.“

Für Sennett ist diese Überdeterminierung Ausdruck einer Gesellschaft, die nach Ordnung und Kontrolle strebt, die „geschlossen“ sein will. Dem stellt er das Ideal einer „offenen Gesellschaft“ gegenüber. Damit meint er keine Maximierung individueller Freiheit, keine Herrschaft des „Freien Marktes“. Denn eine Auslieferung der Stadt an Investoren bedeutet immer: soziale Segregation und bauliche Tristesse. Sennett meint mit „offen“ etwas viel Subtileres: die Menschen, ihre Gefühle, ihre Beziehungen. Es geht ihm um das Überwinden von Isoliertheit und Vereinzelung, um das Ermöglichen von Begegnung, Gespräch und Diskussion, um das Entstehen von Gemeinsinn, Spontanei-

ne Stadt wie Frankfurt.“ Lässt sich dieses stimulierende Etwas, das Neapel auszeichnet und Frankfurt fehlt, bewusst herbeiführen? Lässt es sich planen? Sennett nennt drei gestalterische Prinzipien, auf die es ankommt: „mehrdeutige Randzonen“, „unvollständige Formen“ und „ungelöste Erzählungen“.

Mit „mehrdeutigen Randzonen“ meint Sennett durchlässige Übergangsbereiche, in denen sich verschiedene Nutzungen und Bevölkerungsschichten begegnen und mischen. Er verweist dabei auf die Natur, in der Ufer und Waldränder besonders artenreich und komplex sind. „Unvollständige Formen“ sind einfache Strukturen und Technologien, die Gebäuden und Stadtteilen

*„Die offene Stadt fühlt sich wie Neapel an,
die geschlossene Stadt wie Frankfurt.“*

Richard Sennett

tät und Kreativität. Architektur und Städtebau können dies erleichtern, erschweren oder verhindern.

Eine „offene Stadt“ braucht nach Sennett vor allem Dichte: bauliche Dichte, aber auch Ereignis- und Erlebnisdichte: „Die offene Stadt fühlt sich wie Neapel an, die geschlossene

ermöglichen, ihre Nutzungen ohne allzu große Probleme zu verändern. Mit „ungelöste Erzählungen“ fordert Sennett einen Wandel in der Planungsmethodik: nicht gleich zu Beginn das Endergebnis detailliert festzulegen, stattdessen offene Prozesse, die Raum für Unvorhergese-



henes lassen und darauf reagieren. „Die geschlossene Stadt lässt sich von oben nach unten gestalten und betreiben; sie ist eine Stadt, die Herren gehört. Die offene Stadt ist ein Platz von unten nach oben, sie gehört den Menschen.“

Hauptstadt des 21. Jahrhunderts

Nicht nur Länder haben Hauptstädte, auch Epochen haben welche: leuchtende Vorbilder, an denen sich andere Städte orientieren. Im 19. Jahrhundert war dies Paris, im 20. Jahrhundert New York. Zur Hauptstadt des 21. Jahrhunderts ernannte der US-amerikanische Soziologe Mike Davis Los Angeles. Das meint er zynisch, denn an ihrem Beispiel untersucht er die Auswirkungen eines entfesselten Kapitalismus. „Ausgrabung der Zukunft“ nennt er das, denn er erwartet, dass vieles von dem, was in Los Angeles geschah und geschieht, mit Verzögerung in vielen anderen Städten geschehen wird.

Los Angeles ist ein von Grundstücksspekulanten und Investoren in die Wüste hineingesetzter, ge-

sichtsloser Siedlungsbrei mit gigantischen Ausdehnungen, geringen Bebauungsdichten und starkem Autoverkehr. Vielspurige Autobahnen zerschneiden es in Stadtteile – in streng voneinander getrennte Stadtteile für Gewerbe, Konsum und Wohnen, für Ober-, Mittel- und Unterschicht, für Weiße, Schwarze und Latinos – mit jeweils völlig unterschiedlichen Lebensbedingungen und Lebensperspektiven. Öffentliche Räume zum Flanieren gibt es so gut wie nicht. An ihre Stelle sind pseudo-öffentliche Einkaufszentren getreten, in denen das private Hausrecht des Betreibers gilt. Auf den Straßen dominieren Autoverkehr, Tristesse, Kriminalität und Polizei.

Neapel ist das Gegenteil von Los Angeles: Es zeichnet sich durch Dichte, Kleinteiligkeit, Öffentliche Räume, Nutzungsvielfalt und Nutzungsüberlagerungen aus, durch Robustheit, Sparsamkeit und Lebendigkeit. Neapel – eine Stadt der Zukunft? Vorbild für andere Städte? Durchaus! Sicherlich hat es

auch seit Langem mit gewaltigen Problemen zu kämpfen, doch die Bewohner identifizieren sich mit ihrer Stadt, lieben ihre Stadt. Aktuell ereignet sich etwas Verblüffendes: Vor Jahren nach Norditalien oder ins Ausland Abgewanderte kehren trotz beruflichem Erfolg zurück. Sie verzichten auf ein vielfach höheres Einkommen, weil sie sich in Neapel zu Hause fühlen und weil sie ihren persönlichen Beitrag leisten wollen, die Stadt weiterzuentwickeln. ■

Günther Hartmann,
Jahrgang 1965,
studierte Architektur
und arbeitete
nach dem Diplom
zunächst in verschiedenen
Architektur-
und Stadtplanungsbüros. Seit 2008 ist
er hauptberuflich als Journalist tätig.
In die ÖDP trat er 1998 ein und ist seit
2006 Verantwortlicher Redakteur der
ÖkologiePolitik.



www.guenther-hartmann.de

Biodiversität

Umsteuern mit Citizen Science

Eine breit gefächerte Biodiversität in stabilen Ökosystemen ist für uns Menschen eine wichtige Lebensgrundlage. Sie sichert natürliche Kreisläufe, liefert gesunde Ernährung und medizinische Wirkstoffe, dämmt Krankheitserreger ein. Doch sie nimmt auch dramatisch ab. Diese Entwicklung will Citizen Science stoppen und setzt auf die Einbindung möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger in wissenschaftliche Prozesse.

von Dr. Anett Richter

Biodiversität wird gerne mit Artenvielfalt umschrieben, ist aber mehr: die Vielfalt innerhalb der Arten, genetische Vielfalt, die Vielfalt an Ökosystemen und ihre Interaktionen. Alles zusammen macht Ökosysteme widerstandsfähig gegen Einflüsse wie z.B. den Klimawandel. Ökosysteme sind über Millionen von Jahren entstanden und extrem komplex. Ein Lebewesen ist vom anderen abhängig. Verschwindet eines, kann das ganze System zusammenbrechen. Unter dem Begriff „Ökosystemleistung“ wird vieles zusammengefasst, was uns selbstverständlich erscheint, weil es die Natur kostenlos liefert. Naturheilstoffe oder sauberes Wasser gibt es z. B. nur, wenn die Ökosysteme funktionieren. Auch die Obstregale im Supermarkt wären ohne natürliche Bestäuber wie Bienen oder Hummeln schnell leer.

Seit Ende der 1960er-Jahre ist klar: Es gibt eine weltweite Biodiversitätskrise. In den nächsten 200 Jahren könnte etwa die Hälfte aller Arten aussterben und die Menschheit damit eine wichtige Lebens-

grundlage verlieren. Die internationale Politik verabschiedete deshalb am 5. Juni 1992 im Anschluss an den ersten Weltumweltgipfel in Rio de Janeiro die „Convention on Biological Diversity“ (CBD), die bis heute über 190 Staaten unterzeichneten. Ziele sind der Erhalt der Bio-

diversität, ihre nachhaltige Nutzung sowie die sozial gerechte Aufteilung des Nutzens. Trotzdem ist es bis heute nicht gelungen, den Abwärtstrend zu stoppen. Woran liegt das und was können wir tun?

Neues Ressourcenverständnis

Ein Problem ist sicher, dass die Wissenschaft die Natur zu lange als losgelöst vom Menschen betrachtet hat. Im sogenannten „Anthropozän“ gibt es aber auf unserer Erde kaum mehr einen Prozess, der nicht durch den Menschen stark beein-

flusst wird. Biologie darf sich daher heute nicht mehr allein auf die natürlichen Vorgänge beschränken, sondern muss das Zusammenwirken von Gesellschaft und Umwelt mit im Blick behalten. Um die biologischen Ressourcen zu erhalten, müssen wir unser Ressourcenverständnis überdenken und auch die Menschen für den Schutz der Natur stärker motivieren.

Das „Deutsche Zentrum für integrative Biodiversitätsforschung“ (iDiv) hat sich daher zum Ziel gesetzt, Synthese, Experimente und Theorie innerhalb der Biodiversitätswissenschaften zu fördern und damit die wissenschaftliche Grundlage für ein nachhaltiges Management zu liefern. Besonders wichtig ist dabei, Fachbereiche wie Sozial-, Politik- oder Rechtswissenschaften zu integrieren.

Wie kann die Wende gelingen?

Das Ziel der CBD, bis 2010 den Verlust der biologischen Vielfalt auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene

signifikant zu reduzieren, wurde klar verfehlt. Die sogenannten „Aichi-Biodiversitätsziele“ sehen jetzt vor, das Ziel bis 2020 zu schaffen, doch auch dafür sieht es nicht gut aus. Zwar kann die Wissenschaft heute besseres Wissen bereitstellen

ONLINETIPP

Bürger schaffen Wissen
Citizen Science-Strategie 2020
<http://tinyurl.com/hccvkd6>



Foto: Luise/pixelnode

und in die Politik einbringen, doch genauso wichtig ist das Engagement der Bevölkerung. Es reicht nicht, Natur und Gesellschaft zu untersuchen und von Zeit zu Zeit ein paar

Gerade bei der Naturbeobachtung liegen Erfahrungen zur aktiven Zusammenarbeit mit Bürgerinnen und Bürgern in wissenschaftlichen Prozessen vor, auf die sich aufbauen

In den nächsten 200 Jahren könnte etwa die Hälfte aller Arten aussterben.

symbolische Aktionen durchzuführen. Wirkliches Verstehen und Umsetzen von Forschungsergebnissen brauchen echte Zusammenarbeit.

Unter dem Schlagwort „Citizen Science“ (Bürgerwissenschaft) entwickelt sich gerade eine neue Kultur des Miteinanders, die vieles voranbringen könnte: vom erweiterten Selbstverständnis der Wissenschaft bis hin zum Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Auch auf politischer Ebene stehen die Zeichen günstig, denn im Koalitionsvertrag der Bundesregierung steht: „Wir wollen Bürgerinnen und Bürger und die Akteure der Zivilgesellschaft konsequent in die Diskussion um Zukunftsprojekte und die Ausgestaltung von Forschungsagenden einbinden. Wir wollen neue Formen der Bürgerbeteiligung und der Wissenschaftskommunikation entwickeln und in einem Gesamtkonzept zusammenführen.“

lässt. So haben z.B. Umweltorganisationen und Fachvereine in der Vergangenheit Vögel und Schmetterlinge gezählt und bestimmt. Die neuen technischen Möglichkeiten erleichtern die Zusammenarbeit: Was früher mühsames Notieren und Briefeschreiben bedeutete, geht heute mit wenigen Klicks auf einer App. Jetzt kommt es darauf an, die aktive Beteiligung gesellschaftlicher Akteure nicht auf das Sammeln von Daten zu beschränken, sondern auch Möglichkeiten für die gemeinsame Aufnahme der Fragestellung bis hin zur Auswertung und Kommunikation der Ergebnisse zu eröffnen.

Citizen Science-Strategie 2020

Im Rahmen des Projekts „BürGER schaffen WISSEN – Wissen schafft Bürger“ (GEWISS) wurde in den letzten Monaten das „Grünbuch für eine Citizen Science-Strategie 2020 für Deutschland“ entwickelt.

An dem Dialog haben sich bundesweit über 700 interessierte Personen aus mehr als 350 Organisationen, wissenschaftlichen Einrichtungen, Fachgesellschaften, Vereinen, Verbänden und Stiftungen beteiligt. Das Grünbuch stellt das Verständnis, die Bedarfe und Potenziale von Citizen Science vor und reflektiert, welcher Mehrwert in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen entstehen kann. Es formuliert konkrete Vorschläge für Handlungsoptionen und Maßnahmen, die Citizen Science stärken und langfristige Kapazitäten für dessen erfolgreiche Umsetzung freisetzen können.

Biodiversitätsforschung muss es gelingen, die Integration der verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen auf hohem Niveau voranzutreiben und gleichzeitig auf Augenhöhe Brücken zwischen Gesellschaft und Wissenschaft zu schlagen. Gemeinsam Wissen zu schaffen ist eine Herausforderung und Chance. Nutzen wir die derzeitigen Möglichkeiten für integrierte Forschung zur Beantwortung gesellschaftsrelevanter Fragestellungen und überdenken wir unser Ressourcenverständnis! ■



Foto: Stefan Bernhardt/iDiv

Dr. Anett Richter, Jahrgang 1977, ist promovierte Ökologin und seit vielen Jahren in der Naturschutzforschung tätig. Als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ) und am Deutschen Zentrum für integrative Biodiversitätsforschung (iDiv) koordiniert sie seit 2014 das Citizen-Science-Kapazitäten-Projekt „BürGER schaffen WISSEN – Wissen schafft Bürger“ (GEWISS).

www.ufz.de/index.php?de=40344

Kreislaufwirtschaft

Ökonomie ohne Abfall

Die Natur bringt aus demselben Material immer wieder Neues hervor. Seit Milliarden Jahren bauen Flora und Fauna im dauerhaften Wandel stabile Strukturen. Müll gibt es nicht. Was das eine Wesen ausscheidet, ist Nahrung für andere – ein vielfach vernetzter Kreislauf. Zwar sterben Arten aus, doch tendenziell wächst die Vielfalt. Nach diesem Vorbild sollten wir wirtschaften.

von Annette Jensen

Die menschliche Ökonomie ist weitgehend linear strukturiert. Immer größere Mengen an Rohstoffen werden ausgegraben, kurzfristig genutzt und anschließend „entsorgt“ – wobei häufig ein giftiges Stoffgemisch entsteht, das weder für Menschen noch für andere Lebewesen brauchbar ist, sondern oft krank macht oder sogar tötet. Ganze Ökosysteme wer-

wirtschaftsforum erreicht. Dabei steht vor allem die Sorge um den Rohstoffnachschub im Fokus. Die Ursache der Materialschlachten hinterfragen weder Politik noch Wirtschaft: Wer im Kapitalismus außerhalb von Nischen überleben will, muss die Verkaufsmengen permanent steigern. Zu einer echten Kreislaufwirtschaft würden hingegen Produkte gehören, die modu-

Es steht vor allem die Sorge um den Rohstoffnachschub im Fokus. Die Ursache der Materialschlachten hinterfragen weder Politik noch Wirtschaft.

lar aufgebaut, leicht auseinanderzunehmen und zu reparieren sind und aus Materialien bestehen, die sich gut recyceln lassen.

lar aufgebaut, leicht auseinanderzunehmen und zu reparieren sind und aus Materialien bestehen, die sich gut recyceln lassen.

Überquellende Mülldeponien

Die akademische Debatte über Kreislaufwirtschaft nahm ihren Ausgang Anfang der 1990er-Jahre im englischsprachigen Raum. In derselben Zeit entstand in Deutschland die erste Verpackungsverordnung. Vorausgegangen waren zwei Jahrzehnte ungehemmter Müllproduktion. Mit „Ex und hopp“ hatte die Getränkewirtschaft in den 1960er-Jahren erfolgreich für Einwegflaschen geworben, in den

Selbstbedienungsläden buhlten Joghurt-, Saft- und Seifensorten mit immer aufwendigeren Verpackungen um die Gunst der Kunden. Ein drohendes Ressourcenproblem sah damals kaum jemand, die Aufmerksamkeit richtete sich auf überquellende Deponien.

Mit dem 1990 vorgelegten Entwurf einer Verpackungsverordnung wollte Bundesumweltminister Klaus Töpfer Ladenbetreiber und Hersteller dazu zwingen, Dosen, Becher, Folien und Kartons zurückzunehmen. Sie würden dann Druck auf die Lieferanten ausüben, so sein Kalkül. Darüber hinaus wollte Töpfer Mehrwegquoten vorschreiben. Der Ansatz war umweltpolitisch neu: Erstmals sollte Abfall von vornherein vermieden werden. Doch mehrere Anhörungen mit „beteiligten Kreisen“ verwässerten das Konzept. Die Produzenten etablierten mit dem dualen System eine private Müllentsorgung auf Kosten der Verbraucher, die beim Kauf jedes Produkts ein paar Pfennige für den aufgedruckten grünen Punkt zahlen mussten. Für das Recycling von Kunststoffen entstand eine neue Branche. Sie stellte klobige Parkbänke und Zaunpfähle her, entwickelte ein teures und keineswegs umweltfreundliches Verfahren, Plastik in Öl zurückzuverwandeln, und

drängte darauf, grünen Punktmüll als Brennstoff in Zementfabriken einzusetzen oder gleich in die Müllverbrennungsanlage zu schicken. In der Anfangszeit wurden auch erhebliche Mengen in den globalen Süden exportiert – illegal oder als „Wertstoffe“ deklariert.

Inzwischen gibt es zwar wesentlich bessere Sortier- und Aufbereitungsverfahren und aus dem Plastikmüll werden Kanister, Ka-

ren und sortenreinen Industrieabfällen. 56 % des Kunststoffmülls in Deutschland werden verbrannt.

Nach der Verpackungsverordnung folgten im Rahmen eines Kreislaufwirtschaftsgesetzes weitere Vorschriften für Batterien und Elektrogeräte. Auch hier kreiselt aber nur sehr wenig. So wurden laut Bundesumweltministerium 2010 in Deutschland Geräte mit einem Gesamtgewicht von 1,7 Mio. Tonnen

Vor den Problemen, die der wachsende Ressourcenverbrauch verursacht, haben Politik und Wirtschaft lange Zeit die Augen verschlossen.

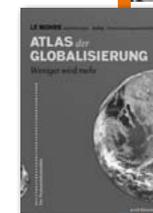
belisolierungen oder Wasserrohre hergestellt. Weil es den Verpackungsherstellern aber gelungen ist zu verhindern, dass ihre Produkte nach dem Gebrauch zu ihnen zurückkehren, mussten sie nichts ändern. Der Verpackungsverbrauch ist weiter deutlich gestiegen – bei Kunststoffhüllen seit dem Jahr 2000 um weit über 50%. Weniger als 4% des in Deutschland verarbeiteten Plastiks besteht aus Recyclingmaterial – der große Rest ist Frischware. Die Kunststoffindustrie optimiert ihr Material mit Pigmenten, Weichmachern und anderen Additiven auf das jeweilige Produkt hin: Allein für den Massenkunststoff Polypropylen gibt es über 900 Zusatzstoffe. Da die Hersteller ihre Rezepturen geheim halten, würden sich in den Rezyklaten alle möglichen Stoffe anreichern – und die Qualität mindern. Deshalb bestehen die Granulate, die als Sekundärkunststoffe verkauft werden, zum Großteil aus saube-

verkauft – und immerhin 770.000 Tonnen wieder eingesammelt. Davon wiederverwendet wurde jedoch gerade einmal 1%, obwohl ein Großteil der Geräte noch voll funktionsfähig gewesen wäre.

Das Recycling von Metallen gilt weltweit inzwischen als Routine. Die UNEP (Umweltprogramm der Vereinten Nationen) geht davon aus, dass über die Hälfte des Kupfers, Eisens, Zinns, Titans und einiger weiterer Metalle recycelt wird. Doch bei über 30 Metallen gehen mehr als 99% nach dem ersten Gebrauch verloren. Wo kleine Mengen in komplexen Produkten verbaut werden, findet so gut wie keine Rückgewinnung statt. Selbst in hochmodernen Anlagen verschwinden etwa 75% des in Handys enthaltenen Goldes und anderer wertvoller Rohstoffe unwiederbringlich. Weltweit können nur wenige Anlagen seltene Metalle aus den Geräten herauslösen.

BUCHTIPPS

Le Monde diplomatique (Hrsg.)
Atlas der Globalisierung
Weniger wird mehr
taz, Juli 2015
176 Seiten, 16,00 Euro
978-3-937683-57-7



Michael Braungart,
William McDonough
Cradle to Cradle
Einfach intelligent
produzieren
Piper, Februar 2014
240 Seiten, 9,99 Euro
978-3-492-30467-2



Gunter Pauli
The Blue Economy
10 Jahre –
100 Innovationen –
100 Millionen Jobs
Konvergenta, Mai 2012
400 Seiten, 25,70 Euro
978-3-942276-95-5



Steigende Rohstoffpreise

Vor den Problemen, die der wachsende Ressourcenverbrauch verursacht, haben Politik und Wirtschaft lange Zeit die Augen verschlossen. Das änderte sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Die Preise für viele Metalle und Mineralien schossen nach oben. Erschreckender als die Kosten war für Manager in Europa und den USA allerdings die Aussicht, womöglich nicht ausreichend Nachschub für ihre Produktion zu bekommen, weil China begann, begehrte Rohstoffe zu horten. Fast 95% der heute geförderten seltenen Erden, die für die Herstellung von Plasmafernsehern, Lasergeräten, Smartphones und Energiesparlam-



pen unabdingbar sind, kommen aus China – und das Land will seine Neodym-, Thulium-, Lutetium- und Promethiumvorräte am liebsten selbst verarbeiten.

Seit es immer aufwendiger wird, an die nötigen Rohstoffe heranzukommen, gibt es vermehrt Versuche, das Thema „Kreislaufwirtschaft“ theoretisch und praktisch voranzutreiben. Die Ellen-MacArthur-

derwendbar oder zumindest recycelbar sind. Inzwischen ist es erklärtes Unternehmensziel, den Einsatz neuer Materialien bis 2050 um fast 90 % zu senken.

Cradle to Cradle

Der Chemiker Michael Braungart geht einen Schritt weiter: Er schlägt ein Produktions- und Leasingkonzept vor, das er „Cradle to Cradle“

Von vielfältiger Vernetztheit und null Müll wie in der Natur kann keine Rede sein.

Stiftung hat sie 2013 beim Weltwirtschaftsforum in China als „Billionen-Dollar-Chance“ für die Weltökonomie deklariert. Die Produktionskosten für Handys könnten um 50 % gesenkt werden, ärmere Haushalte durch Leasing gute Waschmaschinen nutzen und außerdem würden in der Recyclingbranche viele neue Jobs entstehen. Kurzum: Kreislaufwirtschaft sei die Innovationsschleife für den Kapitalismus. Der japanische Konzern Ricoh entwickelte in diesem Sinne bereits Mitte der 1990er-Jahre eine grüne Produktlinie von Druckern und Kopierern, deren Teile gut wie-

nennt: „von der Wiege zur Wiege“. Die Hersteller verkaufen den Kunden lediglich den Nutzen, beispielsweise 10.000 Stunden Fernsehen, 100.000 Kilometer Autofahren oder drei Jahre lang einen Teppichboden. Weil sie wissen, dass sie ihre Produkte zurückbekommen, verwenden sie nur reine, hochwertige Materialien und achten auf die einfache Demontierbarkeit der Komponenten. Braungart möchte keinerlei giftige oder gesundheitsgefährdende Stoffe zulassen, weil sich die Schadstoffe auf Dauer akkumulieren. Das kapitalistische Wachstumsparadigma stellt er keineswegs infrage – im

Gegenteil: Konsumsteigerung hält er für wünschenswert. Die Natur sei verschwenderisch, folglich könne es der Mensch auch sein, so sein Credo. Sein EPEA-Institut arbeitet ebenso mit Greenpeace zusammen wie mit dem Dualen System, BASF, Ford, Nike und Trigema.

So gibt es inzwischen Produkte wie Schreibtischstühle, die vollständig aus hochwertigen, einfach demontierbaren und gut wiederverwertbaren Komponenten und Materialien bestehen. Der Haken: Die logistische Verantwortung, sie wieder in den Produktionskreislauf einzuspeisen, liegt bei den Kunden. Das klappt ebenso wenig wie das Einsammeln alter Handys oder die Kompostierung sogenannter Bioplastiktüten. Günstiger ist die Ausgangslage bei Autos oder wertvollen Maschinen. Wurden beim dänischen Windradhersteller Vestas kaputte Generatoren bis vor Kurzem zu Schrott erklärt und von einem Recyclingbetrieb ausgeschlachtet, so gewinnt das Unternehmen jetzt möglichst viele Komponenten zurück und baut sie wieder ein. Das spart Geld und Rohstoffe – bei angeblich gleichbleibender Qualität.

Das alles sind aber allenfalls kurze Kurvenstücke oder einzelne Schlaufen einer Kreislaufwirtschaft. Von vielfältiger Vernetztheit und null Müll wie in der Natur kann keine Rede sein. Die Firmen versuchen lediglich, ihre Ressourcenprobleme individuell anzugehen und durch Selbstoptimierung und Werbung Konkurrenzvorteile zu gewinnen.

Regionale Netzwerke

Einen ganz anderen Ansatz von Kreislaufwirtschaft stellen regionale Netzwerke von Firmen aus unterschiedlichen Branchen dar, die bestimmte Stoffe, aber auch Wärme oder Energie untereinander austau-



Foto: Andreas Morlok/pixelio.de

schen. Das bekannteste Beispiel ist die Industriesymbiose Kalundborg in Dänemark. Mehrere nahe beieinander liegende Betriebe wie eine Gipsplattenfabrik, ein Kraftwerk, eine Raffinerie und ein Bioenzymhersteller belieferten sich zunächst

und Vertrauen, nicht Konkurrenz hat die Industriesymbiose vorangebracht. Was es in Kalundborg dagegen nicht gab, war ein Plan. Vielmehr wurden die vorhandenen Möglichkeiten entdeckt und genutzt. Somit weist das System viele Elemente einer natürlichen Kreislaufwirtschaft auf – was freilich noch nichts über die Material- und Müllbilanz des Gesamtsystems aussagt.

Eine andere Form von kaskadenartiger Kreislaufwirtschaft hat der Belgier Gunter Pauli entwickelt, der einst die Bio-Seifenfirma Ecover geleitet hat. Bei einem Besuch in Indonesien wurde ihm klar, dass sein „grünes“ Unternehmen zum Verschwinden des Regenwalds beiträgt, indem es Palmöl von dort bezieht. Pauli kündigte und sucht seither nach Beispielen für eine umweltfreundliche Wirtschaft, die auch Armen ein Auskommen ermöglicht. So beteiligte er sich an einem neuen Konzept für eine pleitegegan-

Kleinteilige Projekte, die auf Grundversorgung der Beteiligten abzielen, stehen bisher nicht im Fokus der Debatte.

mit dem, was für den einen Emission oder Abfall, für den anderen kostbarer Input war. Die Zusammenarbeit war entstanden, weil einzelne Unternehmensleiter sich kannten, miteinander quatschten und spielerisch Ideen entwickelten. Der Austausch brachte ökologische und ökonomische Vorteile für alle Beteiligten und mit der Zeit wurde die Vernetzung immer enger und vielfältiger.

Heute nutzt eine Fischzucht das durchs Kraftwerk erwärmte Meerwasser, überschüssige Biomasse landet in den Schweinetrögen nahe gelegener Bauernhöfe. Kooperation

ne Orangenplantage in Südafrika. Statt große Maschinen anzuschaffen und 80 % der Belegschaft zu entlassen, wie Unternehmensberater empfohlen hatten, entwickelte er mit den Beschäftigten Ideen, was sie mit den vorhandenen Ressourcen noch erwirtschaften könnten, außer den Orangensaft zu verkaufen. Die Schalen – bisher Abfall – werden nun von einer Wäscherei genutzt, eine Schweinezucht und ein Biogaskraftwerk entstanden. Insgesamt acht aufeinander aufbauende Produkte und Dienstleistungen bietet der Betrieb inzwischen an. Die Zahl der Arbeitsplätze hat

sich verdoppelt. Paulis internationale ZERI-Stiftung hat inzwischen 100 Beispielprojekte und -produkte entwickelt, die zur Nachahmung einladen. Neben land- und forstwirtschaftlichen Kaskaden zählen dazu auch kostengünstige und ressourcenschonende Techniken wie der Einbau von Kleinwindrädern in vorhandene Strommasten oder Solaranlagen aus Material von der Müllkippe.

Regional angepasste kleinteilige Projekte, die auf Grundversorgung der Beteiligten und nicht auf möglichst hohe Gewinne abzielen, stehen bisher jedoch nicht im Fokus der Debatte über Kreislaufwirtschaft. Dominant sind Stimmen wie die Ellen-MacArthur-Stiftung, die Vorreitern immense Profite durch die Eroberung neuer Märkte in Aussicht stellt. Bleibt die Frage, ob solche allein auf Konkurrenz und Gewinnstreben ausgerichteten Strukturen auf dem begrenzten Planeten noch lange Bestand haben können. ■

Dieser Artikel stammt aus dem „Atlas der Globalisierung“ und darf hier mit freundlicher Genehmigung des Verlags veröffentlicht werden. Der Text wurde dafür leicht gekürzt.

Annette Jensen, Jahrgang 1962, studierte Politik und Germanistik, war von 1990 bis 1998 für die „taz“ tätig und dort Mitbegründerin des Ressorts „Wirtschaft und Umwelt“. Seit 1998 arbeitet sie als freie Journalistin, veröffentlichte zahlreiche Artikel und fünf Bücher. Ihr Themenschwerpunkt liegt auf ökonomischer, ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit.



Foto: Rolf Schulten

annette.jensen@t-online.de



Foto: Maren Reißler/pixelio.de

Reparatur-Initiativen

Längere Nutzung bedeutet weniger Verbrauch

Nicht nur der Betrieb eines technischen Geräts verbraucht Energie, sondern auch dessen Herstellung. Die Herstellung braucht zudem wertvolle Rohstoffe. Die werden am Ende der Nutzungsphase manchmal zum Teil recycelt, manchmal auch gar nicht.

Eine Verlängerung der Nutzungsphase ist also ein wirksamer Beitrag zur Rohstoff- und Energieeinsparung.

von Linn Quante

Defekte Dinge gehören nicht in den Müll, sondern repariert. Um diesen Gedanken ganz praktisch in die Tat umzusetzen, engagieren sich unzählige Menschen in ehrenamtlichen Reparatur-Initiativen. Inzwischen bieten rund 500 Projekte in ganz Deutschland praktische Hilfe zur Selbsthilfe. Reparatur-Initiativen organisieren Veranstaltungen, bei denen gemeinschaftlich repariert wird. Sie nennen sich z.B. „Reparaturtreff“, „Elektronikhospital“, „Café Kaputt“ oder „Repair Café“. Menschen mit defekten Alltagsgegenständen und wenig Reparaturwissen treffen auf solche, die reparieren können: Haushaltsgeräte, Unterhaltungselektronik, aber auch Textilien, Fahrräder, Spiel-



Foto: Johannes Arit/Anstiftung

zeuge und andere Dinge. Die nicht kommerziellen Veranstaltungen verfolgen das Ziel, die Nutzungsdauer von Gebrauchsgütern zu verlängern, Ressourcen zu sparen und Obsoleszenzstrategien zu unterlaufen.

Reparatur-Initiativen boomen

Gemeinsam repariert wird inzwischen fast täglich und fast überall in Deutschland. Die Anzahl der Reparatur-Initiativen in Deutschland ist seit 2014 von 40 auf 500 Initiativen

gestiegen. Das bedeutet rund 5.000 Reparatur-Veranstaltungen im Jahr, 125.000 Reparaturversuche mit einer Erfolgsquote von 60 bis 70%. Initiativen gründen sich in offenen Werkstätten, FabLabs, Kirchengemeinden, in Schulen, Mehrgenerationenhäusern und Seniorentreffs, in Umwelt-, Bürger- und Kulturzentren. Dabei handelt es sich keinesfalls nur um ein urbanes Phänomen. Reparatur-Initiativen finden sich in der Stadt genauso wie auf dem Land.

Erfüllende Freizeitgestaltung

Jedes reparierte Gerät ist eins weniger, das auf dem Müll landet und neu gekauft wird. Reparatur-Initiativen setzen sich durch den konkreten Akt des gemeinsamen Reparierens für einen veränderten Umgang mit unseren vorhandenen Ressourcen ein. Reparaturwerkstätten sind dabei aber nicht nur Räume der

ren mit Geflüchteten. Neben den Vernetzungstreffen ist ein zentraler Knotenpunkt die Online-Plattform www.reparatur-initiativen.de. Bestehende Initiativen können ein Profil anlegen und über ihre Arbeit und die nächsten Termine informieren, Besucherinnen und Besucher finden Reparatur-Initiativen und Veranstaltungen in ihrer Umgebung

Reparatur-Initiativen setzen sich durch den konkreten Akt des gemeinsamen Reparierens für einen veränderten Umgang mit unseren Ressourcen ein.

Reparatur, sondern auch des Austausches und der Vernetzung für ihre Besucherinnen und Besucher. Nicht selten kommt jemand mit einer defekten Kaffeemaschine oder einem anderen beliebigen Gerät. Der Fokus liegt auf der Reparatur. Nach mehreren Stunden und dem Verlassen des Reparatur-Treffs ist die erfolgreiche gemeinsame Reparatur zu einer schönen und sinnvollen „Nebensache“ geworden. Über das gemeinsame Tätigsein entstehen Freundschaften, werden Ideen ausgetauscht und Netzwerke gebildet. Daher sind Kaffee und Kuchen ebenso wichtiger Bestandteil wie Schraubenzieher und Lötkolben.

Deutschlandweites Netzwerk

Mit der wachsenden Anzahl der Initiativen entstand 2014 das Netzwerk Reparatur-Initiativen. Bundesweite und regionale Treffen fördern den Austausch unter den Projekten über Erfahrungen und Herausforderungen im Alltag. Es bilden sich überregionale Arbeitsgruppen zu Themen wie beispielsweise dem Reparatursiegel für reparaturfreundliche Geräte, Reparaturverfahren mit Kindern und Jugendlichen sowie dem gemeinsamen Reparie-

und für neue Projekte stehen umfassende Materialien kostenlos zur Verfügung.

Umweltpolitische Aktivitäten

Neben der unmittelbaren Vernetzung engagiert sich das Netzwerk in bundesweiten Aktivitäten zur Abfallvermeidung und Stärkung der Reparatur. So beteiligt es sich z.B. an den Abfallvermeidungsdialogen vom Bundesumweltministerium und dem Bundesumweltamt und ist Mitbegründer vom „Runden Tisch Reparatur“, einem Zusammenschluss von Initiativen aus Umwelt, Wissenschaft, Verbraucherschutz, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Gemeinsam wurde ein Positionspapier verfasst, das aufzeigt, wie Reparatur als wesentliches Element der Ressourcenschonung und des Umweltschutzes konkret vorangetrieben werden kann. So wird neben dem aktiven, im Alltag gelebten Reparieren der Initiativen das Bewusstsein für die Notwendigkeit von Reparatur auch auf politischer Ebene verfolgt – um auf beiden Wegen das Bewusstsein für die Bedeutung und Notwendigkeit von Reparatur für unsere Umwelt und Gesellschaft zu vergrößern. ■

BUCHTIPPS

Andrea Baier u.a. (Hrsg.)

Die Welt reparieren
Transcript,
Oktober 2016
352 Seiten, 19,99 Euro
978-3-8376-3377-1



Wolfgang M. Heckl

Die Kultur der Reparatur
Goldmann,
Januar 2015
240 Seiten, 8,99 Euro
978-3-442-17483-6



Stefan Schridde

Murks? Nein danke!
oekom,
September 2014
256 Seiten,
19,95 Euro
978-3-86581-671-9



Christian Kreiß

Geplanter Verschleiß
Europa, März 2014
240 Seiten,
18,99 Euro
978-3-944305-51-6



Linn Quante, Jahrgang 1984, studierte Kulturarbeit und beschäftigte sich anschließend in verschiedenen Projekten in Berlin, München

und Bremen mit den Arbeits- und Lebensbedingungen von Kulturschaffenden und Kreativunternehmen. Seit 2014 ist sie in der „Stiftungsgemeinschaft anstiftung & ertomis“ für die Koordination des „Netzwerks Reparatur-Initiativen“ zuständig.



reparieren@anstiftung.de

ONLINETIPPS

Netzwerk Reparatur-Initiativen
www.reparatur-initiativen.de

Stiftungsgemeinschaft anstiftung & ertomis
www.anstiftung.de

Murks? Nein danke!
www.murks-nein-danke.de



Andreas Hermsdorf/pixelio.de

Geld

Eine knappe Ressource – oder doch nicht?

„Knapp bei Kasse“ war fast jeder schon mal. Dauerhaft „knapp bei Kasse“ sind weltweit 1,4 Mrd. Menschen. So viele müssen mit weniger als 1 Dollar pro Tag auskommen. Das bedeutet Hunger, Krankheit und frühen Tod. Geld scheint also eine sehr wichtige, aber auch knappe Ressource zu sein. Andererseits ist Geld keine begrenzte Natur-Ressource. Was ist es eigentlich?

von Günter Grzega

Geld ist ein vom menschlichen Geist „aus dem Nichts“ geschöpftes Konstrukt, das es ermöglichte, vom stark begrenzenden unmittelbaren Waren- und Dienstleistungsaustausch zu einem mittelbaren „Zwischen-Tausch-Instrument“ zu wechseln. Erst Geld als Kreditkonstrukt ließ eine moderne Marktwirtschaft mit kleinteiligen wirtschaftlichen Aktivitäten zu und ermöglichte die Schaffung von immer mehr Wohlstand für die gesamte menschliche Gesellschaft. Dass Geld ein gedankliches Konstrukt ist – wie z.B. auch das Recht oder die Musik –, lässt den Schluss zu, dass Geld keine begrenzte Ressource sein kann. Oder hat schon jemand nachgewiesen, dass es keine neuen musikalischen Kompositionen oder neuen Gesetze mehr geben kann, weil der Vorrat

an Musikstücken bzw. Gesetzestexten verbraucht ist?

Doch irgendwie hat man den Eindruck, dass Geld in unserer Gesellschaft etwas Mystisches, fast schon Religiöses an sich hat. Und tatsächlich hängen in unserer Gesellschaft alle Lebensbereiche von einem funktionierenden Geldsystem ab. Irgendwie haben wir Menschen deshalb das Gefühl, dass hinter dem Geld doch irgendwie ein realer Wert stehen muss, etwas Wertvolles wie Gold oder Diamanten. Kaum jemandem ist dabei bewusst, dass Gold oder Diamanten auch nichts anderes als Tauschgegenstände sind. Zu Geld wurde Gold, als man daraus Münzen prägte, die von den Herrschenden mit einem festen Tauschwert ausgestattet und als Zahlungsmittel für Steuern und Abgaben akzeptiert wurden.

Geld bezeichnet keine Naturalien, sondern ist eine intellektuelle Leistung des Menschen. Doch während beim Recht und bei der Musik die „Schöpfung aus dem Nichts“ kein Akzeptanzproblem bereitet, wird beim gedanklichen Konstrukt Geld verlangt, einen materiellen Wert zu hinterlegen, um das Geld „stabil“ zu halten. Dabei ist natürlich auch Gold nur dann ein wertvoller Tauschgegenstand, wenn man dafür jederzeit lebensnotwendige Dinge eintauschen kann. Der entscheidende Nachteil einer auf Gold oder Ähnlichem basierten Geldwährung ist die Begrenztheit von Bodenschätzen. Dies begrenzt wiederum das Wirtschaftswachstum und die Innovationsfähigkeit von Volkswirtschaften. Bei einer wachsenden Bevölkerung ist die notwendige Ausweitung der Geldmenge

zum Wohlstand für alle nur dann möglich, wenn anderen Volkswirtschaften Gold weggenommen wird.

In der heutigen globalen Wirtschaft ist Geld ein gedankliches Konstrukt, das seinen Wert durch die Wirtschaftsleistung und das Wirtschaftssystem eines Staates bzw. Währungsgebiets erhält. Es drückt seinen Wert sichtbar in Form von Banknoten, Münzen oder

Geldschöpfung im Alten China

Das Banknoten-System ohne Gold-Unterlegung ist nicht erst in der Neuzeit in England entstanden. Eines der wirtschaftlich blühendsten Reiche mit Papiergeld war das Alte China unter Kublai Khan. Marco Polo, ein ausgebildeter Kaufmann, hat dies in seinen Reiseberichten um das Jahr 1300 n. Chr. beschrie-

Die aktuelle Schuldendebatte verschleiert die wahren Ursachen von Schuldenkrisen, nämlich die immer unfairere Verteilung von Einkommen und Vermögen.

Datensätzen aus. Die Bewertung richtet sich danach, wie viele reale Produkte, Dienstleistungen oder Vermögenswerte sich mit unbedingter Gewissheit dafür eintauschen lassen. Das wichtigste Merkmal von „echtem“ Geld ist aber, dass man damit seine Steuern und Abgaben an den Staat begleichen kann.

Das moderne Geldsystem ist als Kreditsystem angelegt. Jedem Geldvermögen stehen in gleicher Höhe Schulden entgegen. Wer also über zu hohe Schulden spricht, muss immer auch von zu hohen Vermögen reden. Deshalb ist die aktuelle Schuldendebatte einseitig und falsch. Sie verschleiert die wahren Ursachen von Schuldenkrisen, nämlich die immer unfairere Verteilung von Einkommen und Vermögen und die dadurch zwangsweise resultierende unfaire Verteilung von Schulden. Das Kreditsystem ist nicht die Ursache von unfairen Verteilungszuständen und Krisen des Finanzsystems. Deren Ursache ist immer der Missbrauch durch Macht und Gier im Verteilungssystem.

ben: „Ihr müsst wissen, dass er aus der Rinde der Maulbeerbäume Geldscheine herstellen lässt. Alle Geldscheine werden mit dem Siegel des Großkhans versehen. Wenn die Prozedur nach allen Vorschriften vollendet ist, taucht der oberste der vom Khan ernannten Beamten das an ihn verliehene Siegel in Zinnober und drückt es auf die obere Seite der Geldnote, sodass die Form des Siegels in Zinnoberrot darauf haften bleibt. Und dann ist das Geld echt. Und sollte jemand es fäl-

Das Kreditsystem ist nicht die Ursache von unfairen Verteilungszuständen und Krisen des Finanzsystems.

schen, würde er die höchste Strafe erleiden. Mit diesem Geld wird alles bezahlt: In sämtlichen Provinzen, in jedem Königreich, im ganzen kaiserlichen Machtbereich ist es das einzige Zahlungsmittel. Sollte sich jemand weigern, es anzunehmen, droht ihm die Todesstrafe. Doch ich versichere euch, jeder Einzelne, alle

Völker des Reiches, nehmen diese Papiere gern als Zahlung an, denn wohin sie auch immer gehen, die Scheine gelten überall. Mit diesen Papierstücken können sie alles kaufen und für alles bezahlen.“

Damit wird deutlich, dass die damalige wirtschaftliche Blüte Chinas unter Kublai Khan dessen Verständnis über das Wesen des Geldes zu verdanken ist. Er hat das praktiziert, was wir heute in unserer marktwirtschaftlich geprägten Globalisierung tun, und wir könnten mit diesem System ohne Missbrauch tatsächlich Wohlstand für alle schaffen. Leider wurde nach seinem Tod Missbrauch mit dem Geldwesen betrieben. Die Gier nach Geld und Macht scheint schon immer die größte Gefahr für den Niedergang von Völkern zu sein.

Geldschöpfung durch Zentralbanken

Dass die Zentralbanken wie Kublai Khan Geld aus dem Nichts schöpfen, aber auch wieder vernichten können, ist weitgehend bekannt und akzeptiert, insbesondere das Zentralbank-Geld in Form von Banknoten, die nichts anderes als Schuldscheine sind. Vergessen wird dabei oft, dass Bargeld nur noch

einen Bruchteil des Geldes ausmacht – in der Euro-Zone gerade mal 8%. Heute wird Geld meist als elektronischer Datensatz geschöpft und die Kontoauszüge dienen als Schuldscheine. Nur Banken, Sparkassen und der Staat können Konten bei der Zentralbank führen, Firmen und Privatpersonen nicht.

Jede unabhängige Zentralbank kann unbegrenzt Geld schöpfen oder vernichten, je nachdem welche wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Gegebenheiten diesen Prozess erfordern. Interessant ist dabei eigentlich nur, dass es keineswegs nur vom Staat errichtete Zentralbanken gibt, sondern auch von Privatbanken errichtete wie z. B. die US-amerikanische FED – aber natürlich unter staatlicher Aufsicht und Kontrolle. Hier stellt sich allerdings die Frage, ob es nicht längst Zeit wäre, auch die Zentralbanken als demokratisch strukturierte Institutionen zu betreiben und nicht als feudalherrschaftlich geführte Zentren der Geld-Wirtschaft.

Geldschöpfung durch Banken und Sparkassen

Da es angesichts der Komplexität der Wirtschaft fast unmöglich ist, die für Innovationen, neue Marktteilnehmer oder eine wachsende

Wer glaubt, dass die Zinsen der eigentliche Wachstumstreiber für unsere Wirtschaft sind, der täuscht sich gewaltig.

Bevölkerung erforderliche Geldmenge von einer zentralen Institution aus zu steuern, braucht es andere dezentral und nah am Markt organisierte Institutionen, denen die Geldschöpfung im Zusammenhang mit Kreditnachfragen übertragen wird: Banken – Privatbanken und Genossenschaftsbanken – sowie öffentlich-rechtliche Sparkassen. Diese haben zwar nicht das Recht, Zentralbank-Geld zu schöpfen, aber das Recht, durch Vergeben von Bankkrediten Schöpfer von Giralgeld zu sein. Giralgeld kann jedoch in der Regel nur durch Kreditnachfrage geschöpft werden. Letztlich

ist also der Kreditnehmer der Geldschöpfer. Jeder Bankkredit bedeutet die Schöpfung neuen Geldes.

Für Bankkredite werden keine Spargelder verwendet oder benötigt. Selbstverständlich können Spargelder an nachfragende Unternehmen

oder an den Staat durch den Ankauf von Staatsanleihen zur Verfügung gestellt werden, doch das ist nichts anderes als ein Verschieben von Kaufkraft von einem Akteur auf einen anderen. Wirtschaftswachstum und Innovationswachstum werden dadurch nicht ermöglicht. Ermöglicht wird Wachstum nur durch Geldschöpfung, durch Bankkredite.

Die Giralgeldschöpfung durch Banken und Sparkassen ist ebenso wenig wie bei der Zentralbank-Geldschöpfung durch irgendwelche Ressourcen begrenzt. Keine Bank oder Sparkasse wird eine Kreditnachfrage verweigern, „weil sie kein Geld mehr hat“. Kredite werden dann abgelehnt, wenn die Bedienung des Darlehens zweifelhaft ist oder staatliche Regulierungen diese verbieten.

Zinsen und Wirtschaftswachstum

Mit der Rückzahlung des Bankkredits wird das geschöpfte Giral-

geld wieder vernichtet – bis auf die Zinsen. Wer nun aber glaubt, dass die Zinsen die Wurzel vieler ökologischer Übel, weil der eigentliche Wachstumstreiber für unsere Wirtschaft sind, der täuscht sich gewaltig: Gerade wenn das Wirtschafts-

Wenn das Wirtschaftswachstum als zu niedrig eingestuft wird, werden die Zinsen gesenkt. Niedrige Zinsen sollen das Wirtschaftswachstum ankurbeln.

wachstum als zu niedrig eingestuft wird, werden die Zinsen gesenkt. Niedrige Zinsen sollen das Wirtschaftswachstum ankurbeln. Umgekehrt bedeutet dies in der Regel: Hohe Zinsen bremsen das Wirtschaftswachstum.

Selbstverständlich kann die Kreditschöpfung für einen „Casino-Finanzmarkt“ missbraucht werden und wir erleben dies bei den derzeit kaum regulierten Finanzmärkten weltweit. Deshalb braucht es Aktivitäten zur Neuordnung des Bankwesens. Durch zentral gesteuerte Geldschöpfung – durch Vollgeld- oder Regionalgeldschöpfungen – lässt sich jedoch der Missbrauch von Macht und Geld nicht in den Griff kriegen. Kümmern wir uns also um den Missbrauch unseres grundsätzlich bewundernswerten Konstrukts „Geldsystem“!

Staatsschulden und Exportüberschüsse

Im weltweiten Kredit-/Schulden-Geldsystem stehen die Schulden stets gleich hohe Geld-Vermögen gegenüber. Deshalb können in einer geschlossenen Volkswirtschaft Sparvermögen der Sektoren „Private Haushalte“ und „Unternehmen“ nur dann gebildet werden, wenn der

volkswirtschaftliche Sektor „Staat“ im gleichen Umfang Schulden macht, denn irgendwo muss das Geld ja herkommen. Das bedeutet wiederum: Wenn der Sektor „Staat“ das Ziel „Schwarze Null“ oder gar „Schuldentilgung“ verfolgt, können die Sektoren „Private Haushalte“ und „Unternehmen“ keine neuen Sparvermögen bilden und müssen sich verschulden. Wenn alle drei Sektoren einer geschlossenen Volkswirtschaft wie die oft zitierte „schwäbische Hausfrau“ agieren und nur noch sparen, wäre unser Geldsystem wohl am Ende.

In einer offenen Volkswirtschaft ist ein Sparen aller drei Sektoren allerdings durchaus möglich – wenn die Sparvermögen an einen vierten Sektor weitergegeben werden: das Ausland. Ein Land kann nämlich Handelsdefizite (höherer Import als Export) nur dadurch finanzieren, wenn es von einem anderen Land mit Handelsüberschüssen (höherer Export als Import) das notwendige Geld geliehen bekommt – über das Banken- und Zentralbankensystem. Der „Export-Weltmeister“ Deutschland muss

Durch Vollgeld- oder Regionalgeldschöpfungen lässt sich der Missbrauch von Macht und Geld nicht in den Griff kriegen.

also über den Finanzsektor die Spar-Überschüsse seiner drei Sektoren „Private Haushalte“, „Unternehmen“ und „Staat“ an die Defizitländer verleihen. Und genau das tun wir wegen der „Schwarzen Null“, aber das geht eben nur vorübergehend. Auf Dauer ist ein reibungsloser Austausch von Waren und Dienstleistungen zwischen Volkswirtschaften nur mit im Durchschnitt ausgeglichenen Leis-

tungsbilanzen möglich. Dies fordert das Stabilitätsgesetz von 1967 auch klar und unmissverständlich, doch wird es von Deutschland derzeit nicht beachtet.

Exportüberschüsse und Exportdefizite können nur eine vorübergehende Lösung sein, weil ein dauerhafter Exportüberschuss auf der einen Seite immer dazu führt, dass auf der anderen Seite die Schulden stetig wachsen – bis irgendwann die Zinsen nicht mehr geleistet, geschweige denn die Schulden zu-

rückbezahlt werden können. Da diese Vorgänge über das Bankensystem laufen, ist es uns meist nicht bewusst, dass der Zusammenbruch von Handelsbeziehungen letztendlich zum Zusammenbruch des Bankensystems führt – mit entsprechenden Verlusten unserer Sparvermögen bei Banken, Versicherungen, Rentenfonds etc. Wegen der volks-

deshalb schnellstmöglich zu beenden!

Geldmenge und Armut

Die eingangs gestellte Frage, ob es sich bei der Ressource „Geld“ um eine knappe Ressource handelt, ist damit beantwortet: Die Schöpfung von Geld ist gesamtwirtschaftlich gesehen unbegrenzt möglich. Schon das aktuelle Geldvermögen unserer Welt-Gesellschaft wäre bei entsprechender Verteilung in der Lage, die Armut von Milliarden von Men-

schen zu beenden. Wenn jedoch 62 Menschen derzeit so viel Vermögen besitzen wie die ärmere Hälfte der Menschheit, so viel wie 3,6 Mrd. Menschen, dann hat das nichts mit Geld als knapper Ressource zu tun, sondern mit einer gravierenden Unfairness bei der Verteilung und mit einer verfehlten Welt-Finanz- und Welt-Wirtschaftspolitik. ■

Fehlende Staatsschulden dauerhaft durch Exportüberschüsse auszugleichen, ist kein Ausweg, sondern eine Sackgasse.

Günter Grzega,
Jahrgang 1944,
Dipl.-Bankbetriebs-
wirt und Dipl.-Ver-
waltungsbetriebs-
wirt, war ab 1994
Vorstandsmitglied

und von 2000 bis 2006 Vorstandsvorsitzender der Sparda-Bank München eG. Er engagiert sich seit 2004 in der „Global-Marshall-Plan-Initiative“, war von 2010 bis 2015 Vorstandsvorsitzender des „Senatsinstituts für gemeinwohlorientierte Politik“ und ist seit 2011 Botschafter der „Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung“.

g-grzega@t-online.de



Kindererziehung und Beruf

„Für Mütter ist es schwerer geworden“

Heutige Mütter sind in einer Zwickmühle: Bleiben sie zu Hause, gilt das als Verrat an der Emanzipation. Gehen sie früh und mit hoher Stundenzahl arbeiten, vernachlässigen das Wohl ihrer Kinder. Deshalb werden sie ständig von verschiedenen Seiten bevormundet und angefeindet. Zwei mehrfache Mütter schrieben darüber gemeinsam ein Buch und sorgten damit in diesem Jahr für Aufsehen.

Interview mit Alina Bronsky und Denise Wilk

Frau Bronsky, Frau Wilk, was genau verbirgt sich hinter der „Abschaffung der Mutter“?

Alina Bronsky, Denise Wilk: Wir haben unter diesem Begriff unsere Beobachtungen zusammengefasst, dass Mütter heutzutage in vielen Bereichen als unwichtig, inkompetent und leicht ersetzbar gelten. Uns

kompetent und verantwortlich zu fühlen. Schon in der Schwangerschaft haben es Frauen schwer, sich gegen die entmündigende Vorsorge und wissenschaftlich unbegründete Überkontrolle zu behaupten. Kindererziehung wird als akademische Disziplin dargestellt, in der die Mutter angeblich nur scheitern kann,

die mütterliche Kompetenz wurde nicht so automatisch angegriffen, wie es heute passiert. Wir haben das selbst erlebt. Selbst als unsere ältesten Kinder zur Welt kamen, noch vor 20 bis 15 Jahren, wurde die Mutter weniger infrage gestellt.

Welche Themen Ihres Buches sind Ihnen besonders wichtig?

Uns ist das Gesamtpaket wichtig. Wir haben ganz unterschiedliche Aspekte der Mutterschaft untersucht, um zu zeigen: Alles gehört zusammen. Am Ende stehen viele Mütter schlechter da als noch vor wenigen Jahren.

Gesellschaftlicher Konsens scheint mitunter, der Vater solle sich mehr an der Erziehungsarbeit beteiligen, die Mutter wiederum schneller in den Beruf zurückkehren und mehr Wochenstunden arbeiten. Ihre Meinung?

Wir finden diese Regulierungswut bis ins Private hinein übergriffig. Viele Umfragen zeigen, dass das in der Frage angesprochene Ideal eher in wenigen Familien gelebt wird. Wir glauben: Jedes Paar soll

ONLINETIPPS

Interview mit Alina Bronsky
„Sich Hausfrau zu nennen, hat etwas Revolutionäres“
 Spiegel, 12.03.2016
<http://tinyurl.com/hs5ukav>

Interview mit Alina Bronsky
„Mütter können heute nur alles falsch machen“
 Brigitte, 11.03.2016
<http://tinyurl.com/hkygx3z>

o.V.
„Rabemütter gibt's nur in Deutschland“
 Hannoversche Allgemeine, 02.05.2016
<http://tinyurl.com/ha8xf47>

„Frauen werden unter Druck gesetzt, zu einem Zeitpunkt in den Beruf zurückzukehren und Kinder fremdbetreuen zu lassen, der vielen verfrüht erscheint.“

allen wird vermittelt, dass Frauen einerseits Kinder bekommen müssen, sich aber – überspitzt formuliert – nicht um sie kümmern, sondern die Erziehung möglichst bald vermeintlichen Fachleuten überlassen sollen.

Welchen Herausforderungen und Hürden sehen sich Mütter heutzutage gegenüber?

Da weiß man gar nicht, wo man anfangen soll. Grundsätzlich ist es für Mütter schwerer geworden, sich

sofern sie nicht ausreichend Kurse und Workshops belegt hat. Und dann werden Frauen unter Druck gesetzt, zu einem Zeitpunkt in den Beruf zurückzukehren und Kinder fremdbetreuen zu lassen, der vielen eigentlich verfrüht erscheint.

War die Situation früher anders?
 Wir behaupten nicht, dass früher alles besser war. Jede Zeit hatte ihre Schwierigkeiten. Mütter standen schon immer unter Druck. Vieles war aber selbstverständlicher,

Foto: Gudrun Senger

Denise Wilk (links), Jahrgang 1973, studierte Sozialpädagogik, gibt Eltern-Kind-Kurse und begleitet als Doula schwangere Frauen und frischgebackene Mütter. Sie selbst ist Mutter von sechs Kindern.

Alina Bronsky (rechts), Jahrgang 1978, kam Anfang der 1990er-Jahre als Flüchtling aus Russland nach Deutschland. Nach Tätigkeiten als Werbetexterin und Redakteurin veröffentlichte sie seit 2008 sieben Romane und Jugendbücher, für die sie mehrfach ausgezeichnet wurde. Sie ist Mutter von vier Kindern.

<http://tinyurl.com/gtdks6r>

seine Aufgabenteilung selbst regeln. Manche Familien sind mit 50/50 glücklich, andere entscheiden sich dafür, dass die Mutter in den ersten Jahren den größeren Beitrag zur Erziehung leistet, manche leben gar den totalen Rollentausch. Wir sind alle unterschiedlich und passen nicht in die gleiche Schublade.

Das Stillen im öffentlichen Raum bleibt ein Dauerthema. Erst im Februar sorgte eine Mutter medial für Aufsehen, die in ihrer Online-Petition ein Gesetz zum besseren Schutz des Stillens fordert. Wie beurteilen Sie die Debatte?

Wir finden es schrecklich, welche aufgestauten Aggressionen gegenüber Müttern kleiner Kinder sich durch so eine Selbstverständlichkeit Damm brechen. Kinder haben ein Recht darauf, gestillt zu werden. Mütter haben ein Recht darauf, sich

mit ihren Kindern frei zu bewegen und in öffentlichen Räumen aufzu-

„Wir sind für ein Betreuungsgeld in den ersten drei Jahren, damit Familien die Wahl haben, ob sie die Kleinsten zu Hause betreuen oder in eine Einrichtung geben.“

halten. Die Gehässigkeit, die gerade Frauen mit Brustkindern entgegenschlägt, als würden sie etwas Obszönes praktizieren, empfinden viele Mütter zu Recht als bedrohlich. Wir sind dafür, das Recht auf ungestörtes Stillen gesetzlich zu verankern – wie etwa in Großbritannien durch den Equality Act.

Wie sollte der Umgang mit Müttern in unserer Gesellschaft konkret gestaltet sein? Was muss sich ändern?

BUCHTIPP

Alina Bronsky,
 Denise Wilk
Die Abschaffung der Mutter
 Kontrolliert, manipuliert und abkassiert – warum es so nicht weitergehen darf
 DVA, März 2016
 256 Seiten, 17,99 Euro
 978-3-421-04726-7



Das kann man nicht in wenigen Sätzen beantworten. Manches lässt sich schwer, anderes relativ schnell umsetzen. Wir sind zum Beispiel für eine Stärkung der Geburtshilfe durch Hebammen, weil selbstbestimmte Geburten ein besserer Start in eine selbstbestimmte Mutterschaft sind. Wir sind für ein Betreuungsgeld in den ersten drei Jahren, das diesen Namen auch verdient, damit Familien die Wahl haben, ob sie die Kleinsten zu Hause betreuen oder in eine Einrichtung geben.

Wir sind grundsätzlich gegen Ausgrenzung, für Rücksicht und Offenheit, auch für den Gedanken, dass Kinder nicht automatisch eine Bürde sind, sondern Bereicherung und Glück.

Frau Bronsky, Frau Wilk, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

Das Interview führte der Verlag und darf hier mit dessen freundlicher Genehmigung veröffentlicht werden.

Elternarbeit und Rentenanspruch

Diskriminierung der Mütter

In den letzten Monaten erschienen zwei bemerkenswerte Bücher über das Muttersein in unserer heutigen Gesellschaft: „Die Abschaffung der Mutter“ von Alina Bronsky und Denise Wilk sowie „Die verkaufte Mutter“ von Sabine Mänken, Bettina Hellebrand und Gabriele Abel. Sie setzen sich für die Frauen ein, die sich dem Zugriff der Wirtschaft entziehen und lieber gute Erziehungsarbeit leisten.

von Dr. Johannes Resch

Alina Bronsky hat vier und Denise Wilk hat sechs Kinder. Die beiden Autorinnen wissen also nur allzu gut aus eigener Erfahrung, wovon sie schreiben. Deshalb wiegt das, was sie zum „Muttersein“ zu sagen haben, vielleicht etwas schwerer, als wenn das Mütter mit „nur“ einem Kind tun. Sie zeigen, dass sie sich diskriminiert fühlen, weil sie Mütter sind. Auch Außenstehende können nachvollziehen, dass es hier nicht um Gefühlsduselei, sondern um ein zentrales gesellschaftliches Problem geht.

Das von Sabine Mänken und anderen herausgegebene Buch behandelt das gleiche Thema. Ob die Mutter „abgeschafft“ oder „verkauft“ wird, kommt aufs Gleiche raus. Beides sind Metaphern dafür, dass die Mutter als entbehrlich gilt. „Verkauft“ wurde früher die Arbeitskraft einer Sklavin. Sie hatte anderen zu dienen ohne einen Lohnanspruch, eben so wie die heutigen Mütter. Die „Freiheit der modernen Frau“ im Untertitel kann hier nur ironisch gemeint sein.

Keine Gleichberechtigung der Elternarbeit

Wie steht es aber nun um die „Gleichberechtigung der Geschlechter“? Bei nüchterner Betrachtung ist der Widerspruch zwischen dem Anspruch der Politik, wie er von

allen Bundestagsparteien vertreten wird, und der Wirklichkeit unübersehbar. Zwar werden Mütter nicht diskriminiert, weil sie Frauen sind. Aber sie werden diskriminiert, weil sie Elternarbeit leisten. Übernimmt das der Vater, geht auch die Diskriminierung auf ihn über. Vordergrundig besteht also keine Diskriminierung der Frauen, sondern der Elternarbeit.

Elternarbeit allerdings wird in Wirklichkeit immer noch ganz überwiegend von Frauen geleistet. So besteht mittelbar eben doch eine Ungleichbehandlung der Ge-



Foto: Hannelore Louis/pixelio.de

schlechter. Die Politik sieht einen Ausweg darin, die Elternarbeit so weit wie möglich aus der Familie auszulagern – z.B. durch massiv einseitige Krippenfinanzierung – und den Rest gleichmäßig auf Mütter und Väter zu verteilen.

Selbst dann, wenn dieses Vorhaben gelänge, wäre nichts gewonnen. Eine Auslagerung der Erziehungsarbeit hilft nur denen, die sich der Regierungsauffassung unterordnen.

Zwar werden Mütter nicht diskriminiert, weil sie Frauen sind. Aber sie werden diskriminiert, weil sie Elternarbeit leisten.

Wer diese Bevormundung nicht will, wird zusätzlich benachteiligt. Bei Gleichverteilung der Elternarbeit auf beide Eltern wird aus der Diskriminierung der Mütter lediglich eine der Eltern.

Die regierungsamtliche Gleichstellungspolitik, die eine „gleiche Teilhabe der Geschlechter am Erwerbsleben“ anstrebt, ist schon von vornherein wirklichkeitsfremd. Sie geht von der Annahme aus, dass die größere Neigung der Mütter zur Erziehungsarbeit nur kulturell, also traditionell bedingt sei. Aber wer über biologische, psychologische

oder medizinische Grundkenntnisse verfügt, weiß, dass es blanker Unsinn ist, die unterschiedliche Rollenverteilung nur oder bevorzugt durch Tradition zu erklären.

Solange Frauen lediglich auf ihre Rolle im Erwerbsleben reduziert werden, bleibt Gleichberechtigung eine Illusion.

Allerdings getrauen sich die wenigsten Fachleute, das auch offen zu sagen, weil sie nicht als „konservativ“ abgemeiert werden wollen.

Rentensystem besiegelt Ungerechtigkeit

Aber was ist mit dem Einwand, Elternarbeit sei doch immer eine ideale Aufgabe gewesen und habe nie eine wirtschaftliche Gegenleistung erfahren? Hier liegt der entscheidende Denkfehler. Der Lohn der Elternarbeit war seit Jahrtausenden die Versorgung beider Eltern im Alter durch ihre Kinder. Erst unsere Sozialgesetzgebung hat das geändert, indem der Rentenanspruch gegenüber den Kindern sachwidrig an Erwerbsarbeit gebunden wurde.

Was ist nun davon zu halten, wenn Bronsky und Wilk fordern,

sieren sind nicht eine Folge mangelnden Gerechtigkeits sinns der Mitmenschen. Sie sind Folgen der gesellschaftlichen Bedingungen, die durch Gesetze fixiert sind.

Die heutigen Gesetze lassen keine Gleichberechtigung der Mütter zu. Keine der im Bundestag vertretenen Parteien zeigt irgendeine Initiative, daran etwas zu ändern. Weder die Auslagerung der Elternarbeit aus der Familie noch die „gleiche Teilhabe am Erwerbsleben“ noch die Gleichverteilung der Elternarbeit auf Mütter und Väter können einen echten Beitrag zur Gleichberechtigung der Geschlechter leisten. Das wird erst möglich werden, wenn die Elternarbeit der herkömmlichen Erwerbsarbeit gleichgestellt wird. Solange Frauen lediglich auf ihre Rolle im Erwerbsleben reduziert werden, bleibt Gleichberechtigung eine Illusion.

Wer eine Honorierung der Elternarbeit nicht will – und auch dafür gibt es gute Gründe –, der muss

Wer über biologische, psychologische oder medizinische Grundkenntnisse verfügt, weiß, dass es Unsinn ist, die Rollenverteilung durch Tradition zu erklären.

dass Kontrolle, Manipulation und Abkassieren der Mütter „so nicht weitergehen darf“? Wer mit offenen Augen durch die Welt geht, wird ihre Forderung für berechtigt halten. Aber das allein wird wenig nutzen! Manipulation und Abkas-

dann auch bereit sein, den Rentenanspruch gegenüber den erwachsen gewordenen Kindern wieder auf die Eltern zu beschränken. Wer keine Kinder hat, müsste dann das eigene Alter über eine Kapitalversicherung selbst absichern, die aus den

BUCHTIPPS

Sabine Mänken, Bettina Hellebrand und Gabriele Abel
Die verkaufte Mutter
21 Erfahrungsberichte zur Freiheit der modernen Frau
Quell Edition, Juli 2015
128 Seiten, 14,90 Euro
978-3-9815402-5-3
www.familie-ist-kultur.at.de



Alina Bronsky, Denise Wilk
Die Abschaffung der Mutter
Kontrolliert, manipuliert und abkassiert – warum es so nicht weitergehen darf
DVA, März 2016
256 Seiten, 17,99 Euro
978-3-421-04726-7



gesparten Kinderkosten zu finanzieren wäre. Kosten und Nutzen müssen im Gleichgewicht stehen. Die Erziehung von zwei Kindern kostet etwa so viel wie die eigene Alterssicherung von zwei Personen durch gespartes Kapital. ■

Dr. Johannes Resch, Jahrgang 1940, studierte Medizin und arbeitete 20 Jahre als leitender Arzt eines Versorgungsamts.



Von 2008 bis 2010 war er Sprecher der Bundesprogrammkommission der ÖDP. Zurzeit ist er unter anderem Vorsitzender ihres „Bundesarbeitskreises Familie, Soziales und Gesundheit“.

www.johannes-resch.de

Brexit

Quo vadis, EU?

1973 war Großbritannien der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) beigetreten, 1975 stimmten bei einem Volksentscheid 67% für einen Verbleib. In den nächsten vier Jahrzehnten und vor allem in den letzten Jahren wurde die Kritik immer lauter. So kam es zum neuerlichen Volksentscheid. Und am 23. Juni 2016 stimmten 51,9% für einen Austritt aus der Europäischen Union (EU).

von Paul Holmes

Unmittelbar nach der Brexit-Abstimmung füllten sich die Kolumnen der Printmedien mit Englandverstehern, die allesamt zum Besten gaben, das Resultat sei angesichts der Brüsseler „Wirt-

sich, was das Parlament angeht, keine fremden Götter dulden. Den Brüsseler Apparat sieht man aber als solchen. Eine Umfrage des Lord Ashcroft nach dem Brexit gab als Hauptmotiv der Leaver an: „Ent-

Innerhalb des Vereinigten Königreichs (UK) hegen vor allem die Engländer einen parlamentarischen Patriotismus.

schaftsdiktatur“ nicht anders zu erwarten gewesen. Die europäische Öffentlichkeit (sofern es diese überhaupt gibt) wurde von diversesten EU-Bashern umstellt, die sich in ihrer EU-Kritik gegenseitig zu überbieten versuchten. Doch das unterstellt den Briten eine Reflexivität, eine Handtuch-Werf-Mentalität, die zumindest diesbezüglich nicht angebracht sind.

Ursache I des Brexits

Innerhalb des Vereinigten Königreichs (UK) hegen vor allem die Engländer einen parlamentarischen Patriotismus, an dem sich unser Verfassungspatriotismus, angesichts der übergroßen Bereitschaft im Bundestag, die Verfassung politisch anzupassen, eine Scheibe abschneiden könnte. Im UK will man neben

scheidungen, die das UK betreffen, müssen im UK getroffen werden.“

Diesen Kampf haben wir durchaus auch in Deutschland, mit einem wichtigen Unterschied: Hier besitzen wir im Bundesverfassungsgericht (BVG) einen Garanten unserer Verfassung. In England gibt es keinen Garanten außer dem Parlament selbst und auch keine kodifizierte Verfassung. Demzufolge ist keine Kanalisierung der Beschwerden

Hauptmotiv der Leaver: „Entscheidungen, die das UK betreffen, müssen im UK getroffen werden.“

möglich. Anders hierzulande: Hier unterhalten wir mit dem BVG eine institutionelle Fokussierung der Souveränitätsfrage. Das schwierige



Foto: Bernd Kasper/pixelio.de

und unbedingt notwendige „Zurechtrücken“ der EU-Vertragsauslegung findet im fortwährenden Dialog zwischen den europäischen Instanzen, allen voran dem Europäischen Gerichtshof (EuGH), und dem BVG statt. So bleiben die Erdbeben zwischen den Kontinentalplatten bei uns klein und beherrschbar.

Brexit war, mangels institutionellen Dialogs, die überfällige „Zurechtrückung des San-Andreas-Grabens mit Stärke 8 auf der Richterskala“. Um diese Metapher kurz weiter zu bemühen: Der „Schaden“ war mit dem relativ kleinen Unterschied von 51,9% „Leave“ zu 48,1% „Remain“ überschaubar. Verheerend waren und bleiben nach unse-

rem Demokratieverständnis (es gilt die absolute Mehrheit) die Folgen, und das auf beiden Seiten des Grabens.

Ursache II des Brexits

Nun ist das UK aber sicherlich kein Land voller Parlamentspatrioten. Ein schwerwiegender weiterer Grund des Ergebnisses am 23. Juni war die geschlossene Fremdenfeindlichkeit in den englischen Provinzen. Hier ist die Bevölkerung alt und weiß und das Land sieht aus wie in Sachsen-Anhalt. Es gilt der alte Spruch von Epiktet (50–138 n. Chr.): „Nicht die Dinge selbst beunruhigen die Menschen, sondern die Meinungen, die über die Dinge verbreitet werden.“ (Handbuch der Moral)

In Sachen Meinungen ist die britische Boulevardpresse Weltmeister. Und sie schürt die Angst vor dort kaum vorhandenen Einwanderern. Plausibel erscheint das den vielen Minderbemittelten, die dort die Erklärung für die Chancenungleichheit im Lande suchen. Doch die ungleiche Verteilung des beachtlichen britischen Wohlstands und die einhergehenden Ungerechtigkeiten sind Folge einer bewussten Wettbewerbspolitik. Zum Vergleich: Im Ordoliberalismus stehen sich

Wirtschaftsunternehmen im Wettbewerb gegenüber. Im Neoliberalismus sind es aber die Menschen selbst, die diesen nunmehr Darwinistischen Kampf untereinander austragen müssen. Viele verlieren.

heuerlichkeiten des Versailler Vertrags 1919 zu verantworten hatten, einen ihren eigenen zahlreichen Staatstheoretikern der Aufklärung würdigen politischen Ausgleich europäischer Kräfte an. Es herrschte

Die britische Boulevardpresse schürt die Angst vor kaum vorhandenen Einwanderern.

Das Ergebnis hat wenig mit der EU zu tun, im Gegenteil, es wird nach dem Brexit nur noch schlimmer. Aber die Menschen in den englischen Provinzen stimmten nicht nach begründeten Gegebenheiten, sondern nach Plausibilitäten ab. Es herrschte „Stimmungsmache“.

Ursache der EU-Gründung

Es ist immer heilsam in solchen Krisenmomenten, zu den Anfängen zurückzukehren. Vorvorgängerin und Urahn der EU war die Montanunion (EGKS), die am 23. Juli 1952 ihre Arbeit aufnahm. In einem an sich historischen Anfall von Geschichtsbelehrbarkeit trieben die Franzosen, die in der Hauptsache („Wiedergutmachung“) die Unge-

die Einsicht, dass man nur dann „Europa“ als politische Einheit betrachten dürfte, wenn man die eigene Hoheitsgewalt mit anderen Europäern teilt.

So wurde die Montanunion zur ersten überstaatlichen Institution weltweit. Man überließ Teile der Industriepolitik der Nachkriegszeit einem neu geschaffenen Oberministerium in Luxemburg, das nunmehr eine Vergemeinschaftung der Kontrolle über die Produktionsfaktoren Kohle und Stahl darstellte. Dieses politische Alleinstellungsmerkmal darf man den Franzosen Robert Schuman und Jean Monnet zuschreiben, wobei Bundeskanzler Konrad Adenauer (anders als sein ordoliberaler Wirtschaftsminister



Palace of Westminster, Houses of Parliament, London

Foto: Inge Lotte Pixelio.de

Ludwig Erhard, der seine Marktkontrolle durch den französischen Dirigismus gefährdet sah) die Vorteile für Deutschland auf der internationalen Bühne erkannte und das Anliegen nach Kräften förderte.

Am 1. Januar 1958 kamen die EWG und Euratom hinzu, am 1. Juli 1967 erfolgte mit dem Fusi-

Im Ordoliberalismus stehen sich Wirtschaftsunternehmen im Wettbewerb gegenüber, im Neoliberalismus die Menschen selbst. Viele verlieren.

onsvertrag von Brüssel die Zusammenlegung zu den „Europäischen Gemeinschaften“. In der ersten Erweiterung der EWG traten Dänemark, Irland und das UK am 1. Januar 1973 den Gemeinschaften bei. Der Bezug war eindeutig auf die Römischen Verträge, die 16 Jahre zuvor in Kraft getreten waren.

Persönliche Sicht

Wäre ich damals nicht Pennäler, sondern Premierminister Edward Heath gewesen, hätte ich genauso gehandelt und wäre der EWG beigetreten. Die Römischen Verträge, mit ihrem penetranten Satz „immer engerer Zusammenschluss“, waren allen einsehbar und mir persönlich bekannt. Doch den Sozialisten (mit den Gewerkschaften) unter Harold Wilson war der neue Zusammenschluss sozial defizitär: Sie fürchteten eine Dominanz der Konzerne und eine Ökonomisierung des Menschenbildes. Deswegen initiierten sie am 5. Juni 1975 die erste Volksabstimmung über die Mitgliedschaft zur EWG. Den Konservativen bedeutete die EWG vor allem Geschäftsoportunität und mit diesem Argument gegen den Hintergrund einer am Boden liegenden Wirtschaft siegten sie im

Referendum mit 67,2% Remain gegen 32,8% Leave.

Kennzeichnend: Niemand interessierte sich für das eigene Selbstverständnis als Staat, dass dieses vor allem auf der parlamentarischen Souveränität ruhte! Mich wiederum faszinierte, dass die EWG schon ein Parlament in Strasbourg eingerichtet

hatte, und ich geniere mich nicht zu konstatieren, dass ich als Jugendlicher dort großes Entwicklungspotenzial sah. Lieber Strasbourg als Westminster! Das machte mich zum begeisterten Eurodemokraten und als Student wurde ich Mitglied der „Jungen Europäischen Föderalisten“ (englisch: YEF), die, soviel ich weiß, noch bestehen.

„Debatte“ zum Brexit

Seltsamerweise kam das parlamentarische Uranliegen der Briten – sachlich korrekt: der Engländer – auch in der Volksabstimmung vom 23. Juni dieses Jahres nicht zum

| BREXIT | | |
|---|----------|----------|
| Ergebnisse des Referendums am 23. Juni 2016 | | |
| | Verbleib | Austritt |
| England | 47% | 53% |
| Wales | 47% | 53% |
| Schottland | 62% | 38% |
| Nordirland | 56% | 44% |
| London | 60% | 40% |
| Edinburgh | 74% | 26% |
| Gesamt | 48% | 52% |
| Wahlbeteiligung 72% | | |

Vorschein. Stattdessen beschimpfte man die EU für ihre vermeintliche Regelungswut (die der englischen wirklich in nichts nachsteht) und ihre viel zu lockere Grenzabsicherung (die den Engländern egal sein dürfte, weil sie außerhalb Schengens sind). Boris Johnson, Lichtgestalt der Leaver und im Theresa-May-Kabinett nunmehr Außenminister, verglich die EU in ihrer „Übergriffigkeit“ mit dem Dritten Reich, ihre Einflussnahme auf die EU-Staaten sei mit dem Machtwahn Adolf Hitlers vergleichbar.

Über parlamentarische Souveränität sprach man nicht. Höchstens



Europäisches Parlament, Strasbourg

Foto: Erich Westendarp/pixello.de

drückte sie sich als ein dumpfes „Bauchgefühl“ bei den Leavern aus. Aber genau darum ging es im Kern. Pathetisch gesagt: Es wurde nicht auf die zahlreichen Intellektuellen

Der Brexit geschah, weil niemand in der Lage war, die Notwendigkeit eines überstaatlichen Parlamentarismus zu erklären.

gehört, die beiderseits des Ärmelkanals alle Aspekte dieses Bauchgefühls hätten erschließen und artikulieren können. Nach Kant wäre das die Formulierung der Vernunft gewesen. Stattdessen beließ man es bei den (denkbar bunten) Schimpftiraden der Boulevardpresse.

Doch eigentlich ist die Problematik alles andere als verflücht. Ihre Auflösung befindet sich im Mantra, das Jürgen Habermas schon seit einem halben Jahrhundert in regelmäßigen Abständen anstimmt: Leute, redet miteinander! Dialog, Dialog! Der Brexit geschah, weil in Großbritannien niemand in der Lage war, die friedensstiftenden Vorteile des Dialogs, sozusagen die Notwendigkeit eines überstaatlichen Parlamentarismus, zu erklären.

Dialog statt „Krieg“

So lautet die Antwort auf Brexit und die Quo-vadis-Frage erstmal: Unde venis, EU? Woher kommst du, EU? Von Anfang an haben wir den Dialog dadurch intensiviert, indem wir Hoheitsgewalten überstaatlich geteilt haben. Nur dann hat der Dialog Brisanz, nur so kommt man auf den Boden des wirklichen politischen Sinns. Beide britischen Volksabstimmungen, 1975 und 2016, waren schlechte Politik. Die Zuständigen übersahen, dass der Grundsatz aller europäischen Gemeinschaften der offene Diskurs

sein muss, und so steht es auch in den Verträgen.

Wenn ein Staat sich für die EU entscheidet, macht er einen gewaltigen Schritt in die Gemeinsamkeit.

Der Schritt kann nicht nachträglich „gekürzt“ oder „geschmälert“ werden. Vielmehr engagiert man sich im Dialog. Doch die Briten sehnen sich heute noch nach dem zynischen und sterilen Prinzip „Balance of Power“ – übersetzt: „Wenn du eine rote Linie überschreitest,

Vergemeinschaftung der diversen Obliegenheiten oder Scheitern! Das lehrt uns die Eurokrise, das lehrt uns die Flüchtlingskrise.

schieße ich dich platt.“ Es gibt kein „Zwischending“ zwischen Churchills „Jaw-jaw“ (Dialog) und seinem „War-war“ (Krieg, auch die kalte Version).

Brexit lehrt uns: Das Gründungsethos der Montanunion ist jetzt zu Ende zu führen! Ob sich nun Ludwig Erhard in seinem Grab dreht oder nicht: Wir haben keine Wahl! Vergemeinschaftung der diversen Obliegenheiten oder Scheitern! Das lehrt uns die Eurokrise, das lehrt uns die Flüchtlingskrise. So will es auch die Logik der europäischen Verträge. An die Adresse von Michel Barnier, Sonderkommissar für Brexit, gerichtet: Für die Briten gibt es die Lösung „Norwegen“ (kein Mitglied in der EU, aber Mitglied im Europäischen Wirtschaftsraum, Beitrag an den EU-Haushalt, Anerkennung der „Vier

Freiheiten“ im Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr sowie Regelung in den Bereichen Umwelt, Informationstechnik, Bankenwesen und Arbeitsstunden) oder nichts.

Wenn die EU tatsächlich eine enge Gemeinschaft werden soll, wenn sie ihre Stärken und Schwächen jemals in Freude teilen soll, muss sie an Attraktivität dermaßen gewinnen, dass ein Wiedereintritt der Briten unumgänglich wird. Das bedeutet: Wir funktionieren als sozial-ökonomische und parlamentarisch legitimierte Einheit bei gleichzeitiger Wahrung der nationalen Einzigartigkeiten. Nach der Momentaufnahme geurteilt, sieht es allerdings eher danach aus, als

könnten die Bauchgefühl-Fliehkräfte des Brexits auch noch die Bauchgefühl-Fliehkräfte der ganzen Union werden. ■

Paul Holmes,
Jahrgang 1956,
studierte Philosophie
und Germanistik
sowie Bautechnologie. Seit 1986 ist
er als Bauprojektant
tätig, zunächst für die
Öffentliche Hand, dann für
einen transnationalen
Konzern. Der ÖDP trat er im
Jahr 2000 bei. Von 2002 bis
2004 war er Beisitzer im
Landesvorstand Bayern, von
2004 bis 2006 Stellvertreter
Vorsitzender im Kreisverband
München-Mitte, seit 2006 ist
er Ordentliches Mitglied im
Bundesschiedsgericht.



j.p.holmes@gmx.de

Iran

Wo Menschenrechte nicht geachtet werden

In den vergangenen Jahrzehnten wandelte sich der Iran von einer schon relativ modernen Gesellschaft zu einem restriktiven Gottesstaat. Er bezeichnet sich heute als „Islamische Republik“. Die Gesellschaft ist streng patriarchalisch, die Zahl der Hinrichtungen ist erschreckend hoch, die Zahl der Menschenrechtsverletzungen auch.

von Prof. Dr. Klaus Buchner

Im Jahr 1962 erlässt der 1941 an die Macht gekommene Schah Mohammed Reza für Frauen das aktive und passive Wahlrecht, im Jahr 1967 ein modernes Familienschutzgesetz, das Frauen bei Scheidungen besserstellt. Auch setzt Reza auf eine Trennung von Staat und Kirche, durch die er allerdings die muslimische Mehrheit im Land gegen sich aufbringt. Aber der Schah agiert nicht in jeder Hinsicht modern: 1975 zwingt er alle verbliebenen Parteien zur Auflösung, der Geheimdienst agiert brutal gegen Oppositionelle und exorbitante Mi-

folgt die komplette Islamisierung des Justizwesens, der Schulen und Hochschulen. Frauen müssen der islamischen Kleiderordnung folgen und es gilt im öffentlichen Bereich eine strikte Geschlechtertrennung.

1995 verhängen die USA Sanktionen gegen den Iran, die als Druckmittel gegen das iranische Atomprogramm wirken sollen. Zwischen 1997 und 2005 ist der als Reformers angetretene Mohammed Chatami iranischer Präsident. Allerdings gerät die Reformbewegung immer wieder ins Stocken. 2005 wird der konservative Hardliner Mahmud

gewählt. Ruhani verspricht der Bevölkerung, das Land zu liberalisieren. Dieses Versprechen hat er bisher nicht einhalten können – die Zahl der Hinrichtungen ist unter seiner Herrschaft drastisch gestiegen und heute weltweit die höchste.

Unter Ruhanis Einfluss gelingt es jedoch, dass die UN und die EU die Wirtschafts- und Finanzsanktionen aufheben und es zur sogenannten „Wiener Nuklearvereinbarung“ kommt. Dieser auch als „Atomdeal“ bezeichnete Vertrag beinhaltet: Mehr als zwei Drittel der Zentrifugen müssen abgebaut werden, das dort für den Bau von Bomben angereicherte Uran wird außer Landes gebracht und der Kern des Plutoniumreaktors in Arak zerstört. Im Gegenzug werden die Wirtschaftssanktionen aufgehoben.

Politisches System

Die komplexen politischen Strukturen im Iran gelten in der Politikwissenschaft als einmalig und mit keinem anderen Staat vergleichbar. Höchste politische Instanz ist der „Oberste Führer der Islamischen Revolution“, Ayatollah Ali Khamenei, der über eine verfassungsgemäß verankerte Richtlinienkompetenz verfügt. Er ist Oberbefehlshaber der

Streitkräfte, hat das letzte Wort in politischen Grundsatzfragen und wird von der Klerikerversammlung (Expertenrat) auf unbestimmte Zeit gewählt. Regierungschef ist Ruhani, der das Kabinett bildet und auf vier Jahre gewählt ist. Das Parlament hat 290 Sitze, davon entfallen 17 auf weibliche Abgeordnete. Parlament und Regierung haben gesetzgebendes Initiativrecht, kontrolliert wird das Ganze vom „Wächterrat“, der auch über weitreichende Befugnisse der Verfassungsauslegung und bei der Vorauswahl der politischen Kan-

die Verweigerung ärztlicher Hilfe. Im Iran existieren weder Presse- noch Religionsfreiheit, ethnische Minderheiten genießen keinen Schutz. Insbesondere Frauen und

Staatspräsidentinnen. Auch mit der iranischen Botschaft in Brüssel bin ich laufend in Kontakt. Zudem arbeite ich am offiziellen Parlamentsbericht über den Iran mit. Dabei

Präsident Hassan Ruhani verspricht der Bevölkerung, das Land zu liberalisieren.

Mädchen leiden unter dem restriktiven Regime: Sie sind kaum gegen sexuelle Gewalt und andere gewaltsame Übergriffe wie Früh- und

weise ich natürlich immer wieder auf die Menschenrechte hin. Um auf die Inhaftierung europäischer Bürger in iranischen Gefängnissen aufmerksam zu machen, habe ich im Mai eine Tagung im Parlament abgehalten. Zwar sind es nur kleine Schritte, mit denen wir vorwärtskommen, aber ich gebe nicht auf, weiter über die Situation der Bürgerinnen und Bürger im Iran aufzuklären. Insbesondere die Vernetzung mit Menschenrechtsorganisationen liegt mir am Herzen. Ich hoffe, dass die Kontakte zwischen den Parlamenten mit der Regierung bald Früchte tragen. Erste kleine Verbesserungen konnte ich schon beobachten. ■



Foto: Jerzy Pivello.de

didaten verfügt. Zudem gibt es einen „Schlichterrat“, der im Gesetzgebungsverfahren als vermittelndes Gremium fungiert und darüber wachen soll, die „Gesamtinteressen des Systems“ zu wahren.

Situation der Menschenrechte

Im Iran herrscht teilweise ein mittelalterlich anmutendes Rechtsverständnis. So werden Strafen wie Finger und Beine abhacken, Augenlicht blenden oder Tod durch Steinigung festgesetzt. Auch minderjährige Gefangene werden hingerichtet. Meistens sind Gerichtsverfahren unfair und Anklagen vage formuliert, insbesondere bei politischen Verfahren. Amnesty International berichtet über Folter und Misshandlungen in Gefängnissen und

Zwangsverheiratungen geschützt. Häusliche Gewalt wird als Familienangelegenheit eingestuft, sodass Frauen kaum Möglichkeiten haben, sich aus gewaltsamen Beziehungen zu lösen. Vor Gericht gelten Aussagen von Frauen nur halb so viel wie die von Männern, das Mindestheiratsalter für Mädchen liegt bei 13 Jahren.

Meine Arbeit im EU-Parlament

Als Europaabgeordneter bin ich Mitglied im Unterausschuss für Menschenrechte und Mitglied in der Delegation für die Beziehungen zum Iran. Im vergangenen Jahr konnte ich in Teheran mit vielen Regierungsmitgliedern sprechen, u.a. mit dem iranischen Außenminister und einer der stellvertretenden

Im Iran herrscht teilweise ein mittelalterlich anmutendes Rechtsverständnis.

litärausgaben treiben die Preise in die Inflation und somit viele Bürger in die Armut. 1979 werden die Proteste vonseiten der Zivilgesellschaft so stark, dass der Schah abdankt und der bisher im Exil lebende Ajatollah Chomeini die Geschichte des Landes führt. In einer Volksabstimmung spricht sich im selben Jahr die Mehrheit der Bevölkerung gegen die Monarchie und für die Islamische Republik aus. Bis 1982

Ahmadinedschad gewählt. Kurz nach seiner Wiederwahl 2009, die von Manipulationsvorwürfen begleitet war, kommt es in größeren Städten und der Hauptstadt Teheran zu Protesten. Die Sicherheitskräfte gehen brutal dazwischen und verhaften schätzungsweise 5.000 Menschen, von denen einige gefoltert werden und auch sterben. 2013 wird der moderate Kleriker Hassan Ruhani zum Präsidenten

Prof. Dr. Klaus Buchner, Jahrgang 1941, war von 1973 bis 2006 als Professor an der TU München tätig und erhielt für seine wissenschaftliche Arbeit zahlreiche Auszeichnungen. In die ÖDP trat er 1983 ein, war von 2003 bis 2010 ihr Bundesvorsitzender und errang 2014 als Spitzenkandidat ein Mandat im Europaparlament, wo er nun Mitglied der Fraktion Grüne/EFA ist. Seine Themenschwerpunkte sind Auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, Sicherheit und internationaler Handel.



www.klausbuchner.eu

An alle Mitglieder

von Gabriela Schimmer-Göresz

„Wir schaffen das ...“

*Liebe Mitglieder,
sehr geehrte Damen und Herren,*

können Sie den Satz, an dem sich inzwischen Journalisten, Moderatoren, Politiker und Wähler abgearbeitet haben, noch ertragen? Was geht Ihnen beim Lesen dieser drei Worte mit der Sprengkraft eines mittleren Erdbebens durch den Sinn?

Obwohl schon etwas älter, kann ich mich noch gut an das „Du schaffst das“ meiner Eltern erinnern, als es darum ging, die ersten selbstständigen Schritte zu gehen; das erste Mal Rad ohne Stützräder zu fahren; die steile Leiter zu erklimmen; mittels einer wackeligen Hängebrücke einen Abgrund zu überwinden oder mich trotz Prüfungsangst morgens auf den Weg zur Schule zu machen. Das ist alles gelungen, weil ich nicht alleine war mit meiner Angst. Da gab es die Botschaft, ja, die Gewissheit: Du bist nicht allein. Wir sind bei dir; wir helfen dir; wir stehen zu dir.



Grafik: Helke Brückner

Selbst später, schon erwachsen, war dieses „Du schaffst das“ noch vonnöten. Bei der nicht leichten Geburt meiner ersten Tochter; bei der ersten Rede vor einem größeren Publikum und anderen Gelegenheiten, die mulmige Gefühle bis hin zu ausgewachsenen Angstattacken ausgelöst haben. Immer war da jemand, der mich stärkte, indem er mir sagte: Du schaffst das und ich lass dich nicht im Stich. Ich habe nicht nur alles geschafft, sondern konnte mit diesem Vertrauen, mit dieser Sicherheit so mancher Herausforderung angstfrei begegnen. Dieses Gefühl ist weiten Teilen der Gesellschaft abhandengekommen, weil sie tagtäglich abgehängt und zu Verlierern gemacht werden.

In diesem „Wir schaffen das“ steckt für mich die Lösung. Schaffen, anpacken, arbeiten, tun ... Nicht die teils diffusen Ängste bedienen, sondern als Partei, als Politiker den Bürgerinnen und Bürgern sagen, wir haben verstanden und wir lassen euch nicht alleine. Hören wir auf, die Gesellschaft zu spalten, mit der Angst, Geld zu verdienen oder gar Wählerstimmen zu ködern, und fangen wir endlich an, Tatorte der Zukunftsfähigkeit zu bauen.

„Die Angst ist immer der Anfang – auf dem Weg zur Klugheit.“ (Wilhelm Schmid) Eine Angst ist dem Philosophen noch nicht groß genug, die vor der „ökologischen Katastrophe“. Haben wir nicht mehr zu bieten, als „Da kann man doch eh nichts machen“?

Liebe Freundinnen und Freunde, wer für nichts brennt, der ist nicht nur anfälliger für Ängste, sondern hat es auch schwerer, aus ihnen herauszufinden. Menschen ändern sich angeblich nur aus zwei Gründen: große Schmerzen oder große Ziele. Lasst uns nicht auf das Desaster warten, sondern weiter für unsere großen Ziele brennen, auch wenn die um uns herum als „schwer entflammbar“ gelten.

Ihre

Gabriela Schimmer-Göresz
Bundesvorsitzende

ÖkologiePolitik in neuem Erscheinungsrhythmus

Der 50. Bundesparteitag in Würzburg und der Bundesvorstand haben beschlossen: Ab dem Jahr 2017 wird das ÖDP-Mitgliedermagazin ÖkologiePolitik in einem neuen Erscheinungsrhythmus herausgegeben. Die erste Ausgabe erscheint demnach im März 2017, die zweite im Juli 2017 und die dritte Ausgabe im November 2017.

Im Gegenzug zu dieser Verdichtung des Erscheinungsrhythmus wird an einer deutlich verbesserten und damit zeitgemäßen Online-Version des Heftes gearbeitet. Diese soll im 1. Halbjahr 2017 unseren Leserinnen und Lesern vorgestellt werden.



Neues aus dem Bundesverband

von Dr. Claudius Moseler

Zulassung zur Bundestagswahl 2017 – Hilfeaufruf

Die ÖDP will in allen 16 Landesverbänden 2017 zur Bundestagswahl antreten. In einigen Landesverbänden ist die Aufstellung der Landesliste bereits erfolgt; in anderen steht sie kurz bevor. Um zur Bundestagswahl zugelassen zu werden, d.h. auf dem Wahlzettel stehen zu dürfen, müssen je Bundesland bis zu 2.000 Unterstützungsunterschriften gesammelt werden. Dazu erstellt jeder Landeswahlleiter ein spezielles Unterschriftenformular.

Die Angaben zur Person müssen gut lesbar und vollständig erfolgen. Das Formular muss persönlich und mit Kugelschreiber unterschrieben werden. Eine Unterstützungsunterschrift darf nur einmal gegeben werden. Das Wahlrecht muss von der Meldebehörde bestätigt werden. Dies kann selbst, aber auch von der ÖDP erledigt werden. Das ausgefüllte (bestätigte oder noch nicht bestätigte) Formular erbitten wir im Original per Post zurück an: ÖDP-Büro Mainz, Neckarstraße 27–29, 55118 Mainz. Entsprechende Formulare und Informationen stehen zum Download bereit: <https://www.oedp.de/wahlen/bundestagswahl-2017>

Die Bundesvorsitzende Gabriela Schimmer-Göresz und der Bundesvorstand bitten die aktiven Mitglieder, den kleineren Landesverbänden jede mögliche Unterstützung zu geben, damit das Wunschziel erreicht werden kann. Informieren Sie Verwandte, Freunde und Bekannte in anderen Bundesländern und senden Sie diesen ein Unterschriftenfor-

mular mit der Bitte um Rückleitung an die obige Adresse.

Haben Sie vielleicht freie Kapazitäten, sind Sie ein guter Sammler und stellen Sie sich für Einsätze in näheren oder gar entfernteren Regionen Deutschlands zur Verfügung? Dort, wo die Strukturen vor Ort schwach und die ÖDP auf Unterstützung von außen angewiesen ist? Lernen Sie auf diese Weise Land und Leute kennen, knüpfen Sie Freundschaften und verhelfen Sie uns, unserem Ziel ein Stück näher zu kommen. Alle erforderlichen Informationen erhalten Sie über das Büro in Mainz.

Der Bundesvorstand freut sich auf Ihre Rückmeldung. Nur gemeinsam können wir das schaffen.

Darüber hinaus möchten wir eine ständige „Feuerwehrtruppe“ zum Sammeln von Unterstützungsunterschriften, auch über die Bundestagswahl hinaus, ins Leben rufen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesverbandes haben ein Schulungsvideo für das Sammeln von Unterschriften erstellt. Zugriff erhalten Sie über diese Webadresse: <http://tinyurl.com/OEDPSchulungsvideo-BTW-UU>

Ich stehe für Rückfragen jeglicher Art gerne zur Verfügung.

Besondere Unterstützung für den Landesverband Saarland

Im Saarland ist es uns bisher leider noch immer nicht gelungen, einen neuen Landesvorstand zu wählen. Das Saarland ist derzeit der einzige Landesverband ohne Vorstand. Wir wären glücklich, wenn wir diese Lücke zeitnah schließen könnten. Bitte

Weihnachtsurlaub 2016/2017

Die Bundesgeschäftsstellen haben wie folgt Urlaub:

Büro Berlin:

23. Dez. 2016 bis 2. Jan. 2017

Büro Würzburg:

23. Dez. 2016 bis 2. Jan. 2017

Büro Mainz:

23. Dez. 2016 bis 8. Jan. 2017

Abrechnungen 2016

Alle Abrechnungen für dieses Jahr müssen bis **spätestens 15. Dezember** bei den zuständigen Gliederungen eingereicht sein. Alle nach diesem Termin eingereichten Abrechnungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

sprechen Sie Verwandte, Freunde und Bekannte im Saarland an. Vielleicht kann sich jemand vorstellen, die ÖDP aktiv zu unterstützen.

Kommunalwahl in Niedersachsen

Hier die Ergebnisse in Niedersachsen vom 11.09.2016: Es konnte mit 2,7% ein Gemeinderatssitz in Bad Zwischenahn (Landkreis Ammerland) und mit 1,6% ein Stadtratssitz in Wiesmoor (Landkreis Aurich) gewonnen werden. Vielen herzlichen Dank für euren kommunalpolitischen Einsatz und Glückwunsch zu den gewonnenen Mandaten.

Dr. Claudius Moseler

Generalsekretär,
ÖDP Bundespolitisches und Kommunalpolitisches Büro
Neckarstr. 27–29,
55118 Mainz,
Tel.: (0 61 31) 67 98 20,
Fax: (0 61 31) 67 98 15



politik@oedp.de

Neues aus dem Europaparlament

von Prof. Dr. Klaus Buchner

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Am 16. Juli fand in München unter dem Titel „Bayern stoppt CETA“ eine Kundgebung mit prominenten Rednern und einem Kulturprogramm statt. Am 17. September gingen erneut mehrere Hunderttausend Menschen in sieben deutschen Städten gegen TTIP und CETA auf die



Straße, allein in München waren es 25.000. Ich hatte auf beiden Veranstaltungen die Gelegenheit, vor Tausenden Teilnehmern auf die Gefahren hinzuweisen, die unserer Demokratie durch die Freihandelsabkommen drohen. So bekämen Wirtschaftsverbände durch die „regulatorische Kooperation“, wie sie sowohl in CETA als auch in TTIP vorgesehen ist, einen direkten Einfluss auf unsere Gesetzgebung. Das würde einer Entmachtung der Parlamente gleichkommen. Darüber hinaus würde das so wichtige Vorsorgeprinzip den Interessen der Wirtschaft geopfert. Produkte, die jetzt noch verboten sind, könnten zukünftig in der EU verkauft werden, auch wenn nicht eindeutig nachgewiesen ist, dass sie für die Gesundheit der Verbraucher unbedenklich sind. In CETA soll außerdem ein Gremium zur Markteinführung gentechnisch veränderter Produkte geschaffen werden. CETA ist fertig verhandelt und wird wahrscheinlich im Herbst in die Ausschüsse des EU-Parlaments kommen. Die Abstimmung erwarte ich für spätestens Januar 2017.

In Baden-Württemberg können die Bürger seit einigen Wochen den Volksantrag gegen CETA unterschreiben.

Initiator dieses ersten Volksantrags in der Geschichte des Bundeslandes ist Guido Klamt, ÖDP-Vorsitzender in Baden-Württemberg. Zur Vorstellung des Antrags war ich am 1. Juli nach Stuttgart gereist, um den Freunden dort den Rücken zu stärken.

Die ÖDP zählt auch zum erweiterten Unterstützerkreis des Volksbegehrens unter dem Titel „Bayern stoppt CETA“. Bei erfolgreichem Abschluss wäre die Staatsregierung dazu verpflichtet, CETA im Bundesrat abzulehnen. Ich rufe alle Bürger in Baden-Württemberg und Bayern dazu auf, den Volksantrag bzw. das Volksbegehren zu unterschreiben. Im Europaparlament werde ich mich weiter mit aller Kraft dafür einsetzen, die gefährlichen Freihandelsabkommen zu verhindern.

Ich habe einen neuen Flyer über die Gefahren von CETA produzieren lassen, den Sie in meinem Berliner Büro unter bodisco@klausbuchner.eu bestellen können.

Am 19. September hat ein SPD-Parteikonvent in Wolfsburg grünes Licht für CETA gegeben. Damit haben sich die SPD-Delegierten hinter den SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel gestellt, der CETA unbedingt durchdrücken will. Die Aussage von Gabriel, dass er bei Gesprächen mit der kanadischen Regierung im Vergleich zu TTIP substanzielle Verbesserungen durchgesetzt hat oder noch durchsetzen werde, entpuppt sich beim genaueren Hinsehen jedoch als reine Chimäre. Da die Verhandlungen zu CETA abgeschlossen sind und auch nicht mehr wiederaufgenommen werden sollen, stellt sich die Frage, wann und wo die von der SPD angekündigten angeblichen Verbesserungen in den CETA-Vertrag aufgenommen werden sollen. Auch „rechtsverbindliche“ Zusatzprotokolle können den Vertrag nicht ändern. Sigmar Gabriel hat diesbezüglich Augenwischerei betrieben und ist damit bei den SPD-Delegierten leider durchgekommen.

Skandalös ist die geplante „vorläufige Anwendung“ von CETA. Obwohl der Bundestag noch überhaupt nicht über das Abkommen abgestimmt hat, soll der CETA-Text für Deutschland bindend werden. Damit überschreitet die EU eindeutig ihre Kompetenzen, zum Schaden der Demokratie und mit dem Placet der SPD. Das Schlimme ist: Falls CETA in Kraft tritt, können US-Unternehmen über kanadische Tochterunternehmen ihre Geschäfte mit Europa abwickeln. Selbst wenn TTIP scheitert, käme ein wesentlicher Teil des gefährlichen Inhalts über CETA durch die Hintertür.

Ende August hat die EU-Kommission entschieden, dass der Konzern Apple 13 Milliarden Euro Steuern an Irland



Fotos: Simone Lettemayer



nachzahlen muss. Grund sind unzulässige Steuervergünstigungen, die Apple vom irischen Staat gewährt wurden. Deshalb musste das Unternehmen über viele Jahre erheblich

weniger Steuern zahlen als andere. Der Steuersatz, den Apple am Ende auf seine in Europa erzielten Gewinne bezahlte, betrug gerade einmal 0,005 %. Der Beschluss der EU-Kommission folgte nach einer im Juni 2014 eingeleiteten eingehenden beihilferechtlichen Prüfung. Ich freue mich sehr, dass Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager trotz massiven Gegendrucks hart geblieben ist. Der Fall Apple ist aber nur die Spitze des Eisbergs. Der Sonderausschuss des EU-Parlaments zum Thema Steuerdumping hat offengelegt, dass es in der EU Hunderte Firmen gibt, die von Sonderkonditionen bei der Steuerzahlung profitieren. Die Kommission darf in ihrem Elan nun nicht nachlassen und muss alle Konzerne, die auf diese Weise gegen Wettbewerbsregeln verstoßen haben, zu Nachzahlungen zwingen. Dabei ist auch Luxemburg wichtig, wo EU-Kommissionspräsident Juncker für die Steuererleichterung mehrerer großer internationaler Firmen verantwortlich ist. Künftig muss die Regelung gelten, dass die Konzerne dort ihre Steuern zahlen, wo sie auch ihre Gewinne erwirtschaften.

Vom 28. bis 30. August 2016 war ich auf einer Konferenz in Astana (Kasachstan) mit dem Titel „Vom Verbot von Nukleartests zu einer Welt ohne Atomwaffen“. Dort diskutierten die Delegierten die Themen nukleare Abrüstung, Verbot von Atombombentests und Endlagerung. Es ergaben sich aber auch in den Pausen und an

mern gehalten, um vor den Gefahren der Freihandelsabkommen zu warnen. Ich bin bei meinen Auftritten auf reges Interesse gestoßen, was mich besonders deswegen freut, weil die ÖDP im Nordosten Deutschlands nur we-



Foto: Claude Kohnen

nig verankert ist. Einige Zuhörer haben Interesse an einer Mitarbeit innerhalb der ÖDP bekundet.

Zum Schluss möchte ich mich bei den vielen Besuchern meines Sommerfests am 20. August in meinem Berliner Büro bedanken. Bei gutem Essen und einem leckeren Tropfen hatte ich die Gelegenheit zu vielen interessanten Gesprächen.

Bis zum nächsten Mal!

Es grüßt Sie herzlich

Ihr

 Klaus Buchner

Baden-Württemberg

Volksantrag gegen CETA stößt auf viel Zustimmung

Im Herbst 2016 ist die ÖDP Baden-Württemberg schwerpunktmäßig mit dem Protest gegen das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada befasst. So beteiligte sich der Landesverband am 17.09. an der Großdemonstration „Stoppt TTIP und CETA“ in Stuttgart. In einer symbolischen Aktion wurden wieder – wie schon bei vorausgegangenen Demonstrationen – mit drei Särgen Umweltschutz, Demokratie und Sozialstaat zu Grabe getragen. Auch wurden Unterschriften für den vom ÖDP-Landesvorsitzenden Guido



Foto: ÖDP Baden-Württemberg

ÖDPler tragen auf der Stuttgarter Demo gegen TTIP und CETA symbolisch Umweltschutz, Demokratie und Sozialstaat zu Grabe.

Klamt initiierten Volksantrag gegen CETA gesammelt. Für das Bündnis, das den Volksantrag unterstützt, konnte erfreulicherweise in den letzten Wochen auch Stuttgart Ökologisch Sozial gewonnen werden, ein größeres parteifreies Personenbündnis, das auch im Stuttgarter Gemeinderat vertreten ist. Bei der Zahl der Unterschriften lagen wir bei Redaktionsschluss bei knapp unter 2.000. Das ist eine beachtliche Zahl, jedoch dürfen wir auf keinen Fall beim Sammeln nachlassen, denn bis zu den erforderlichen 39.000 Unterschriften ist es noch ein weiter Weg und die Zeit (bis zum Abgabeschluss 01.07.2017) rennt. Mit einer zunehmenden Verbreitung des Bündnisses hoffen wir auf ein zunehmendes Tempo bei der Sammlung. Unter dem Gesichtspunkt der Öffentlichkeitsarbeit ist unsere Aktivität wichtig, weil sie dazu beiträgt, dass CETA in der Bevölkerung zunehmend zum Thema wird. Das ist für einen erfolgreichen Widerstand entscheidend. Auch tritt die ÖDP merklich in Erscheinung.

Unmittelbar im Anschluss an die Demonstration fand in Stuttgart-Vaihingen das Wochenendseminar „Wie kann eine funktionierende EU aussehen?“ von unserem Europaabgeordneten Prof. Dr. Klaus Buchner und den EU Democrats (EUD) statt. In zahlreichen Vorträgen und Diskussionen gingen die anwesenden ÖDP-Mitglieder spannenden Themen wie z.B. der Ausrichtung der EU-Energiepolitik, dem Erhalt regionaler und nationaler Identitäten, der EU-Erweiterung, der Zukunft des Euros und der EU-Asyl- und -Zuwanderungspolitik nach. Bei aller Kritik an der gegenwärtigen EU war das Augenmerk immer auf die Frage gerichtet, wie sie sich zum Besseren verändern kann.

Am folgenden Wochenende, dem 24.09., war die ÖDP beim 1. Stuttgarter Tierschutztag präsent. Er ist als ein Tag gedacht, an dem sich Menschen, denen Tiere am Herzen liegen, treffen und austauschen können. Es kamen verschiedenste aktuelle Themen rund um den Tierschutz zur Sprache und es wurden Reden zu Fragen des Tierschutzes gehalten, darunter von Prof. Dr. Klaus Buchner zu „Keine Massentierhaltung – wir mischen uns ein!“.

Kontakt: Landesgeschäftsführer Uli Stein
Tel.: (0711) 6 50 36 46 44, info@oedp-bw.de
Regionalbeauftragter Matthias Dietrich
Tel.: (0 71 21) 88 01 04, matthias.dietrich@oedp-bw.de

Bayern

ÖDP rüstet sich für Anti-CETA-Volksbegehren

Beim ÖDP-Landesparteitag in Schwabach hat Landesvorsitzender Klaus Mrasek das Startsignal gegeben: Die bayerische ÖDP unterstützt das geplante Volksbegehren gegen das Freihandelsabkommen CETA, das von



Foto: Mehr Demokratie in Bayern e.V.

Auch die ÖDP Bayern gehört zu den Unterstützern des Volksbegehrens gegen CETA.

einem Bündnis mehrerer Organisationen getragen wird (www.volksbegehren-gegen-ceta.de).

In der ersten Phase des Volksbegehrens waren zahlreiche ÖDP-Aktive engagiert. Die erste Hürde ist weit übersprungen. Nun kommt die 14-tägige Eintragungsfrist in den Rathäusern, auf die sich die ÖDP Bayern gut vorbereitet. „Wir werden hierfür mit großem Einsatz unsere langjährige direktdemokratische Erfahrung einbringen“, kündigte ÖDP-Landesvorsitzender Klaus Mrasek an. Bei der Großdemonstration in München war dies bereits unübersehbar.

ÖDP bringt Parteispendendebatte in die Bezirkstage

Der Bezirkstag von Mittelfranken hat auf Antrag von ÖDP-Bezirksrätin Ingrid Malecha beschlossen, das Innenministerium mit einer „kritischen Nachfrage“ zur Parteispendenpraxis zu konfrontieren. Anlass ist ein Schreiben des Ministeriums, in dem dieses mitteilt, dass die Bestechung von Mandatsträgern nach dem § 108e StGB verboten ist. Dies gelte auch für kommunale Volksvertreter. „Eine Selbstverständlichkeit“, finden die ÖDP-Bezirksräte, die sich jedoch darüber wundern, dass den Parteien die Annahme von Geldgeschenken aus Unternehmenskassen ausdrücklich erlaubt ist.

Angesichts der Regensburger Spendenaffäre haben die ÖDP-Bezirksräte Ingrid Malecha (Mittelfranken), Joachim Graf (Oberpfalz), Alexander Abt (Schwaben) und Urban Mangold (Niederbayern) einen „Antrag auf Klärung“ in ihren Bezirkstagen eingereicht. Bezirksrätin Malecha ist es gelungen, den Bezirkstag von Mittelfranken zu überzeugen. Dieser hat Präsident Richard Bartsch einstimmig gebeten, das Innenministerium um eine Erklärung zu bitten. Der Vorsitzende der niederbayerischen ÖDP, Bezirksrat Urban Mangold, verlangt auch von den anderen Bezirkstagspräsidenten, dass sie sich nicht wegducken, sondern wie Präsident Richard Bartsch aus Mittelfranken der Sache auf den Grund gehen.

Alle Bezirkstagspräsidenten sollen den ÖDP-Anträgen zufolge an das Bayerische Staatsministerium des Innern eine klärende Anfrage richten: „Weshalb gilt das für Abgeordnete und Bezirksräte zu Recht bestehende Verbot, einen ungerechtfertigten Vorteil anzunehmen, nicht endlich auch für die politischen Parteien?“ Nicht nur Präsident Bartsch, sondern auch die Präsidenten Franz Löffler (Oberpfalz), Dr. Olaf Heinrich (Niederbayern) und Jürgen Reichert (Schwaben) sollen laut ÖDP-Antrag im Ministerium nachfragen, „ob die Ein-



Foto: ÖDP Bayern

Die ÖDP-Bezirksräte (v.l.) Joachim Graf (Oberpfalz), Ingrid Malecha (Mittelfranken), Alexander Abt (Schwaben) und Urban Mangold (Niederbayern) wollen, dass die Politik weniger unter dem Einfluss von Großkonzernen steht.

schätzung, dass der Geber eine Gegenleistung erwarten könnte, nicht grundsätzlich auch für die Parteien gelten müsste“.

Die ÖDP-Bezirksräte wollen nicht einsehen, „dass die Zahlung ungerechtfertigter Vorteile dadurch reingewaschen wird“, dass sie nicht direkt an Mandatsträger, sondern an die Parteien überwiesen wird: „Wer würde denn vertrauensvoll beispielsweise ein Amtsgericht, eine Polizeiinspektion oder ein Vermessungsamt aufsuchen, wenn den dort Beschäftigten per Gesetz ausdrücklich erlaubt wäre, Geldgeschenke anzunehmen?“ Unvorstellbar! Die ÖDP fordert deshalb: Was für die vollziehende Staatsgewalt und für die Justiz gilt, muss endlich auch für die gesetzgebende Gewalt, also für das Parlament und die Parteien, gelten!

Mangold als ÖDP-Bezirksvorsitzender bestätigt

Der Bezirksparteitag der ÖDP hat am Samstag, den 24. September in Pfarrkirchen den Passauer Zweiten Bürgermeister und Bezirksrat Urban Mangold als niederbayerischen ÖDP-Vorsitzenden einstimmig im Amt bestätigt. Zu Stellvertretenden Vorsitzenden wählten die Delegierten die Landshuter Stadträtin Christine Ackermann und die Zweite Bürgermeisterin von Niederaltreich Petra Nadolny.

Die weiteren Personalentscheidungen: Schatzmeister des Bezirksverbandes bleibt Jörn Rüter aus Passau. Zu Beisitzern wurden Lisa Weindl (Rottal-Inn), Dr. Helmut Pix (Dingolfing-Landau), Bernd Wimmer (Kelheim), Michael Schöffberger (Passau) und Rosmarie Pfefferl (Freyung-Grafenau) und Dr. Michael Röder (Straubing-



Foto: ÖDP Bayern

ÖDP-Landesvorsitzender Klaus Mrasek (links) gratulierte den neu gewählten Bezirksvorstandsmitgliedern (v. l.): Rosmarie Pfefferl (Freyung-Grafenau), Michael Schöffberger (Passau), Lisa Weindl (Rottal-Inn), Stellv. Vorsitzende Petra Nadolny (Deggendorf), Vorsitzender Urban Mangold, Dr. Helmut Pix (Dingolfing-Landau) und Stellv. Vorsitzende Christine Ackermann (Landshut). Nicht im Bild sind die Vorstandsmitglieder Jörn Rüter, Bernd Wimmer und Dr. Michael Röder.

Bogen) gewählt. Ehrengast der Versammlung war die Olympia-Goldmedaillengewinnerin Barbara Engleder, die ÖDP-Kreistagsmitglied im Landkreis Rottal-Inn ist.

Der Bezirksparteitag beschloss, das laufende Volksbegehren gegen das Freihandelsabkommen CETA auch in der zweiten Phase tatkräftig zu unterstützen. Scharfe Kritik übte die ÖDP am Parteitagsbeschluss der SPD für CETA. „Wer für dieses Freihandelsabkommen trommelt, der macht den Staat handlungsunfähig und riskiert, dass Verbraucher- und Sozialstandards vor privaten internationalen Schiedsgerichten geopfert werden“, kritisierten Mangold und der bayerische ÖDP-Chef Klaus Mrasek. „Ich glaube, dass der Ur-Vater unserer bayerischen Verfassung, der Sozialdemokrat Wilhelm Hoegner, es nicht für möglich gehalten hätte, dass Sigmar Gabriel und Florian Pronold im 70. Jubiläumsjahr der Verfassung den Vorrang der Politik vor den Interessen des internationalen Großkapitals aufgeben. Sie öffnen den Lobbyisten Tür und Tor“, so Mangold.

Der Bezirksparteitag gab außerdem den Startschuss für eine außergewöhnliche Petitionsaktion: Die dritte Strophe der Bayernhymne, die von Ministerpräsident Goppel empfohlen und von Franz Josef Strauß gestrichen wurde, soll wieder amtlich eingeführt werden. Die Zeile „Gott mit uns und Gott mit allen, die der Men-

schen heilig Recht treu beschützen und bewahren von Geschlechte zu Geschlecht“ könne in der Gegenwart nur als Ermahnung an die Staatsregierung interpretiert werden, betonte Mangold: „Sie drückt aus, dass es nicht nur um uns und unseren Geldbeutel geht. Dieser alte Text fordert uns auf, gegen ungerechte, ausbeuterische Handelsbeziehungen einzutreten. Die neue alte Strophe wäre eine beständige Erinnerung daran, dass sich unser Land mitschuldig macht an den Fluchtursachen der Gegenwart durch skrupellose Waffenexporte“, begründete Mangold die Initiative.

Der Bezirksparteitag forderte die Staatsregierung in einer weiteren Petition auf, sich der Einführung einer staatlichen Garantie-Versicherung gegen Elementarschäden nicht länger zu widersetzen. Seit diesem Jahr sei offenkundig, dass von Extremregen auch jeder betroffen sein kann, der nicht an einem Fluss wohnt. „Angesichts der sich häufenden Bedrohung in Folge der Klimaveränderung muss deshalb der staatliche Garantiever sicherungsschutz für alle zu vertretbaren Kosten eingeführt werden.“ Die Bürger dürfen nicht den Versicherungsgesellschaften ausgeliefert sein. Die Erstattung von 80 % der Wiederherstellungskosten – wie zuletzt nach dem Hochwasser 2013 – sei für diese Fälle generell erforderlich.

Die staatliche Versicherung müsse kombiniert werden mit einem Masterplan für natürlichen dezentralen Hochwasserschutz. Jede Gemeinde, ob vom Hochwasser betroffen oder nicht, solle unnötige Versiegelung zurückbauen und prüfen, wo man dezentrale Versickerung in der Fläche begünstigen könne. Mangold: „Nur so gibt es einen flächendeckenden Effekt und Hochwasserprävention. Der natürliche Hochwasserschutz in der Fläche ist die größte zusammenhängende Baustelle Bayerns – ein gesamt-bayerisches Solidarprojekt.“

Die Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft, Edith Lirsch, trug beim ÖDP-Parteitag die Kernforderungen ihres Verbandes für eine Agrarwende vor: „Weg von der Politik des Wachsens oder Weichens“, forderte Lirsch. Eine bäuerliche Landwirtschaft, eine an die Fläche gebundene Tierhaltung, faire Preise statt fataler Exportorientierung, ein Verbot von Glyphosat, Lebensmittelkennzeichnung für regional erzeugte Produkte – diesen Forderungen schloss sich der ÖDP-Parteitag in Pfarrkirchen an.

ÖDP gegen neues LEP: Nein zur Flächenversiegelung und Zersiedelung der Kulturlandschaft!

Zahlreiche ÖDP-Stadt- und -Kreisräte in den kreisfreien Städten und Landkreisen haben bei der örtlichen Anhörung zum Landesentwicklungsprogramm Änderungsanträge eingebracht. Die Staatsregierung wird darin aufgefordert, die geplante Lockerung des Anbindegebots zurückzunehmen, heißt es in einem von ÖDP-Kreisrat Bernhard Suttner entworfenen Antragstext.

Das im Landesentwicklungsprogramm verankerte Anbindegebot besagte bisher, dass Gewerbegebiete an bestehende Siedlungen anzugliedern sind und nicht willkürlich auf der grünen Wiese ausgewiesen werden können. Die lebendige Vielfalt der Landschaften und der erlebbare Wechsel von offenen Flächen und Siedlungen müssen nach Ansicht der ÖDP bewahrt werden. „Heimatminister“ Söder will diesen Schutz der Kulturlandschaft aushebeln.

Die problematischen Verhältnisse, beispielsweise in Oberitalien, mahnen zu besonnenem Vorgehen und zu klaren Vorgaben



Foto: ÖDP Bundespressstelle

ÖDP-Kreisrat Bernhard Suttner

für Projektträger und Kommunen. Gerade ein Tourismusland wie Bayern muss seine sichtbar hochwertigen Landschafts- und Ortsbilder erhalten und ein lebendiges Bild unserer Heimat vermitteln, mahnt die ÖDP.

ÖDP-Klage: Minderheitenschutz im Bezirkstag willkürlich ausgehebelt!

ÖDP-Bezirksrat Urban Mangold hat beim Verwaltungsgericht Regensburg eine Klage gegen den Bezirk Niederbayern eingereicht. Mangold wehrt sich dagegen, dass der Bezirkstag ihm die Mitarbeit im besonders wichtigen Bezirksausschuss verweigert. „Eine hauchdünne Mehrheit von 8 zu 7 Stimmen will die Mitwirkungsmöglichkeiten der ÖDP beschränken und begründet dies mit einer unzutreffenden juristischen Argumentation. Der Schutz politischer Minderheiten wird willkürlich ausgehebelt, nur weil dem Bezirkstagspräsidenten Dr. Olaf Heinrich (CSU) meine Anträge nicht gefallen. Das lasse ich jetzt vom Gericht prüfen“, erklärt Mangold. Vertreten wird der ÖDP-Politiker vom Regensburger Rechtsanwalt Dr. Thomas Troidl.

Hintergrund der Auseinandersetzung ist eine Vereinbarung der kleineren Parteien ÖDP, Bayernpartei und FDP, die im niederbayerischen Bezirkstag für diese Amtsperiode eine sogenannte Ausschussgemeinschaft zur gegenseitigen Absicherung der Mitwirkungsmöglichkeiten bilden. Nach der Bezirkstagswahl 2013 wurde einvernehmlich vereinbart, dass der FDP-Politiker Toni Deller und ÖDP-Politiker Urban Mangold zur Halbzeit ihre Ausschusssitze wechseln. Bei der formalen Bestätigung dieses ansonsten in ganz Bayern üblichen Vorgangs stimmten die CSU-Bezirksräte und SPD-Bezirksrätin Röhl gegen das Einwechseln von Urban Mangold in den Bezirksausschuss, Bezirkstagsvizepräsident Max Brandl (SPD), die Freien Wähler, Grüne, ÖDP, Bayernpartei und FDP votierten dafür.

Mangold hat dem Verwaltungsgericht eine Auflistung von Besetzungswechseln in zahlreichen Städten und Landkreisen des Freistaates vorgelegt, die problemlos vollzogen wurden. Die vom Bezirkstagspräsidenten Dr. Heinrich vertretende Auffassung, dass rechtliche Gründe gegen Mangolds Einwechseln bestünden, sei „durch die Praxis in ganz Bayern widerlegt“. Die angestrebte juristische Klärung hat über den Einzelfall hinaus grundsätzliche Bedeutung.

Kontakt: ÖDP-Bayern
Heuwinkel 6, 94032 Passau
Tel.: (08 51) 93 11-31, Fax: (08 51) 93 11-92
bayern@oedp.de, www.oedp-bayern.de

Brandenburg

Landesliste aufgestellt!

Paula Stier und Jörg-Rainer Collin kandidieren auf der Landesliste Brandenburg zur Bundestagswahl 2017. Beim Landesparteitag am 21.08. in Potsdam wurde au-



Paula Stier und Jörg-Rainer Collin

ßerdem beschlossen, eine kommunale Strategie und ein landespolitisches Programm zu entwickeln. Der ÖDP-Europaabgeordnete Prof. Klaus Buchner referierte in Potsdam (21.08.2016) und in Fürstenwalde (22.08.2016) über die Freihandelsverträge CETA und TTIP. Dabei konnten neue Interessenten angesprochen werden. Durch Erwähnungen in mehreren Zeitungen und ein Radio-Interview zeigte die ÖDP öffentlich Präsenz.

Kontakt: ÖDP Brandenburg
Tel./Fax: (0 33 81) 79 86 37

Hessen

Unser Ziel: Wahlantritt zur Bundestagswahl 2017

Der hessische Landesvorstand wurde am 25.06.2016 neu gewählt. Wieder gewählt wurde als Vorsitzende Angela Binder, als 1. Stellvertretender Vorsitzender Udo Arenz, als Schatzmeister Jürgen Reuß und Denis Becker nun als Beisitzer. Als 2. Stellvertretender Vorsitzender wurde Daylan Mitchell und als Beisitzer Yasmin Finkbohner und Jens-Ulf Handwerk gewählt.

Es wurde zudem eine Landesliste für die Bundestagswahl 2017 mit folgenden Kandidaten aufgestellt:

- Platz 1: Angela Binder,
Lehramtsreferendarin, Linsengericht
Platz 2: Udo Arenz, Produktmanager, Kelkheim

- Platz 3: Daylan Mitchell,
Rentner, Babenhausen
Platz 4: Yasmin Finkbohner,
Kunsthistorikerin, Büttelborn
Platz 5: Arnd Lepère,
Versicherungskaufmann, Gießen
Platz 6: Jens-Ulf Handwerk,
Logistiksachbearbeiter, Schlüchtern
Platz 7: Jürgen Reuß,
Industriekaufmann, Frankfurt am Main
Platz 8: Heinz Hartweg,
Sozialversicherungsfachangestellter, Wetzlar
Platz 9: Marika Speckmann,
Religionswissenschaftlerin, Marburg

Mit der Sammlung der in Hessen geforderten 2.000 Unterstützerunterschriften wurde bereits begonnen. Mittlerweile wurden schon über 400 Unterschriften bei Infoständen und Aktionen in hessischen Städten gesammelt. Der Landesvorstand bedankt sich bei allen Unterzeichnern und Sammlern und freut sich, wenn sich noch ein paar mehr Mitglieder beteiligen – gerne auch aus den anderen Landesverbänden! Melden Sie sich bei uns; wir schicken Ihnen die Formulare gerne zu. Gemeinsam können wir unser Ziel erreichen, 2017 bei der Bundestagswahl auch in Hessen antreten zu können! So wird die ÖDP hier wählbar und bekannter.

Auch nahm der Landesverband Hessen an der Demo gegen TTIP, CETA und TiSA am 17.09. in Frankfurt teil.

Kontakt: ÖDP Hessen
Karlstr. 11, 63589 Linsengericht
Mobil: (01 78) 54 234 58
info@oedp-hessen.de
www.oedp-hessen.de

Mecklenburg-Vorpommern

Diskussion über Freihandelsabkommen

Prof. Klaus Buchner, Mitglied des Europaparlaments, sprach am 23. August im Rostocker Innovations- und Gründerzentrum über die aktuell diskutierten Freihandelsabkommen vor Mitgliedern und Interessenten. Dazu gab es einen Vorbericht in der Ostseezeitung.

Kontakt: ÖDP Mecklenburg-Vorpommern
Goethestr. 43, 17192 Waren (Müritze)
Tel.: (0 39 91) 16 71 31
info@oedp-mv.de
www.oedp-mv.de

Rheinland-Pfalz

Johannes Schneider neuer ÖDP-Landesvorsitzender in Rheinland-Pfalz

Es war ein Wahlmarathon mit sehr vielen Wahlgängen auf dem Landesparteitag Rheinland-Pfalz am 3. September im Bürgerhaus Mainz-Lerchenberg, denn es stand das komplette „Programm“ auf der Tagesordnung: Satzungsänderungen, Landesvorstandswahlen, Delegiertenwahlen und die Landesliste zur Bundestagswahl. Der 59-jährige Winzer Johannes Schneider aus Maring-Novian (Kreis Bernkastel-Wittlich) löst als neuer ÖDP-Landesvorsitzender den Unternehmer Rainer Hilgert ab. Arbeitsschwerpunkte von Schneider sind die Themenfelder Landwirtschaft, Weinbau und ländlicher Raum, außerdem engagiert er sich für die Energiewende und gegen die sogenannten Freihandelsabkommen. Er gehört für die ÖDP dem Verbandsgemeinderat Bernkastel-Kues an. Außerdem möchte er den Strukturaufbau im Landesverband Rheinland-Pfalz unterstützen und vorantreiben.

Der bisherige Landesvorsitzende Rainer Hilgert trat für das Amt nicht mehr an. 10 Jahre führte er den Landesverband Rheinland-Pfalz und trug durch sein freundliches und ausgleichendes Wesen zur positiven Entwicklung des Landesverbandes bei. Er selbst ist seit 2009 Mitglied im Stadtrat von Münstermaifeld, seit 2014 hat die ÖDP mit zwei Ratsmitgliedern Fraktionsstatus. Hilgert bleibt aber dort und im Regionalvorstand Koblenz-Mittelrhein weiterhin aktiv. „Allerdings ist in den letzten Jahren durch mein ehrenamtliches Engagement in der Politik und in anderen Bereichen sowohl in meiner Firma als auch an Haus und Hof einiges liegen geblieben“, begründete Hilgert seinen Rückzug aus dem Landesvorstand. ÖDP-Landesverband und -vorstand danken an dieser Stelle Rainer Hilgert für die geleistete Arbeit.

Ebenso dankt die ÖDP Rheinland-Pfalz den ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern Ulf Kowal, Peter Germann und Walter Konrad, die alle nicht mehr kandidierten, für die Arbeit im Vorstand. Auch sie werden an anderer Stelle in der ÖDP weiterhin aktiv sein.



Rainer Hilgert gibt nach 10 Jahren das Amt des Landesvorsitzenden ab.



Der neue Landesvorstand (v. l. n. r. hinten): Stephan Krell, Erik Hofmann, Leander Hahn, Dr. Ellen Eigemeier, Johannes Schneider, Klaus Wilhelm und Prof. Dr. Felix Leinen; (v. l. n. r. vorne): Dr. Claudius Moseler, Martina Ehses, Heide Weidemann und Andreas Rößler

Der neu gewählte Vorstand setzt sich weiter wie folgt zusammen: Stellvertretende Landesvorsitzende Klaus Wilhelm (Mainz) und Erik Hofmann (Traben-Trarbach), Schatzmeister Prof. Dr. Felix Leinen (Mainz-Hechtsheim), Schriftführer Dr. Claudius Moseler (Mainz-Marienberg), Beisitzer: Heide Weidemann (Erden), Stephan Krell (Alzey), Leander Hahn (Idar-Oberstein), Dr. Ellen Eigemeier (Mainz), Andreas Rößler (Münster-Sarmsheim) und Martina Ehses (Zeltingen-Rachtig).

Außerdem hat die Partei die rheinland-pfälzische Landesliste zur Bundestagswahl mit 22 Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt. Spitzenkandidat ist Landesvorsitzender Johannes Schneider, auf Platz 2 folgt die Dipl.-Betriebswirtin Heidi Hauer aus Mainz, die sich sozialpolitisch für Menschen mit und ohne Behinderungen einsetzt. Auf Platz 3 kandidiert Wilhelm Schild (Mainz), Beamter und verkehrspolitischer Sprecher der ÖDP-Stadtratsfraktion.

Kontakt: ÖDP Rheinland-Pfalz
Neckarstr. 27–29, 55118 Mainz
Tel.: (0 61 31) 67 98 20, Fax: (0 61 31) 67 98 15
buero@oedp-rlp.de

Sachsen

Präsenz ein Jahr nach der Neugründung

Mit ersten Aktionen zeigte die ÖDP in Sachsen 2016 endlich wieder Gesicht. Nach der Beteiligung am Stand des BAK Christen+Ökologie am Katholikentag in Leipzig (siehe ÖP Nr. 171) konnten wir im Juni an mehreren

Hauptstraßen und in vielen Szenekneipen Dresdens Plakate und Flyer mit dem Konterfei von Dr. Klaus Buchner aushängen und zu einer Informationsveranstaltung gegen TTIP einladen. Im August luden wir in Leipzig zu einem Vortrag im Haus der Demokratie ein. Die Mitarbeiterin von Dr. Klaus Buchner, Angelika Demmerschmidt, hielt einen Vortrag über multiresistente Keime im Zuge der Aktion „Klaus graust's“. Leider waren beide Vorträge nur mäßig besucht, was sicher auch an noch zu zaghafter und kurzfristiger Bewerbung lag. Hier sei aber ausdrücklich dem Landesverband Baden-Württemberg gedankt, der bei der Werbemittelbereitstellung schnell und professionell unterstützte. Wir arbeiten weiter an effizienter und guter Außenwirkung.

Anfang Juli trat in kleiner Runde eine Mitgliederversammlung zur Aufstellung der Vertreter für die Landesliste der Bundestagswahl 2017 zusammen. Folgende Kandidatinnen und Kandidaten wurden aufgestellt:

1. Dirk Zimmermann, Architekt, Bannewitz (Landesvorsitzender)
2. Rahel Wehemeyer-Blum, Familienfrau, Leipzig (Beisitzerin)
3. Sebastian Högen, Imker, Dresden (Landesschatzmeister)
4. Aaron Leubner, Student, Dresden (Stellvertretender Landesvorsitzender)
5. Wilfried Haßelberg-Weyandt, Psychologe, Chemnitz

Seit August sind wir nun dank Sebastian Högen dabei, die Unterstützungsunterschriften zu sammeln, und planen gleichzeitig schon unseren Run auf den Bundestag! Mit Witz, Mut, Fleiß, Ehrlichkeit und Gottvertrauen ist die Runde eingeläutet.

*Kontakt: ÖDP Sachsen
Zur Pappel 8, 01728 Bannewitz
Tel.: (03 51) 417 28 21
info@oedp-sachsen.de*

Thüringen

Glyphosat ist Thema in Leinefelde-Worbis

Im Landesverband Thüringen wurden bei der letzten Kommunalwahl sechs Mandate errungen. Nun kann ein starkes Ergebnis gemeldet werden: Glyphosat wird nicht mehr eingesetzt. Zum ersten Mal wurde in einem Stadtrat im Norden Thüringens Glyphosat thematisiert. Die Fraktionsvorsitzende Susann Mai der ÖDP/Familie forderte in ihrem Antrag Rechenschaft über

glyphosathaltige Unkrautvernichtungsmittel, die die Stadt Leinefelde-Worbis eingesetzt hatte.

Glyphosat wurde laut Krebsforschungsagentur IARC der Weltgesundheitsorganisation WHO im März 2015 als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuft. In der lebhaften Diskussion erweiterte der erste Redner Susann Mai Antrag und schlug vor, Glyphosat gar nicht mehr zu verwenden. Dies sollte Mais ÖDP-Folgeantrag erreichen. Dem folgten fast alle nach langem Für und Wider.

Mit der Veröffentlichung im Amtsblatt wurde der Beschluss sofort am nächsten Tag rechtskräftig. „Stadt Leinefelde-Worbis verzichtet ab sofort auf Glyphosat“, stand zwei Tage später als Schlagzeile über dem Leitartikel in der „Thüringer Allgemeinen“ mit einem ausführlichen Bericht, in dem fünfmal die ÖDP und viermal die Namen der ÖDP-Abgeordneten genannt wurden – dreimal Susann Mai und einmal Karl-Edmund Vogt (beide Worbis). Mit diesen Ergebnissen war Susann Mai mehr als zufrieden.

*Kontakt: ÖDP Thüringen
Alte Chaussee 3, 37339 Worbis
Tel.: (03 60 74) 9 25 95
info@oedp-thueringen.de
www.oedp-thueringen.de*

Internes Schulungsvideo für die Sammlung der Unterschriften

Die Mitarbeiter des ÖDP Bundesverbandes haben ein 22 Minuten langes Schulungsvideo erstellt, in dem erklärt wird, wie man möglichst effektiv Unterschriften für den Wahlantritt der ÖDP zur Bundestagswahl sammeln kann.

Das Video ist nur für den parteiinternen Gebrauch bestimmt und über den Link

<http://tinyurl.com/OEDPSchulungsvideo-BTW-UU> abzurufen.



Kandidatur für den ÖDP-Bundesvorstand

Auf dem bevorstehenden 51. Bundesparteitag der ÖDP am 19. und 20. November 2016 wird turnusmäßig auch ein neuer Bundesvorstand von den Delegierten gewählt. Die Amtsperiode dauert zwei Jahre. Es werden Parteimitglieder gesucht, die Lust haben, sich in diesem höchsten ÖDP-Gremium mit ihrer Erfahrung und ihren Ideen tatkräftig einzubringen.



Foto: ÖDP Bundespressestelle

Zu den Aufgaben eines Bundesvorstandsmitglieds gehören u. a. die politische wie organisatorische Führung der Partei auf Bundesebene und die Betreuung, Unterstützung und der Aufbau von Untergliederungen auf Landes- und Kommunalebene sowie die Führung des haupt- wie ehrenamtlichen Personals der ÖDP.

In dieser Amtsperiode wird ein ganz besonderes Augenmerk auf der Organisation und Durchführung des Bundestagswahlkampfes der ÖDP sowie der Sammlung von Unterstützungsunterschriften liegen.

Zeitlich sollten sich die Bewerber auf ein Kontingent zwischen 10 und 15 Stunden pro Woche einstellen. Sitzungen finden meist telefonisch und mindestens einmal pro Monat statt. Abstimmungen erfolgen per E-Mail, telefonisch und auf physischen Treffen.

Wer Interesse hat, meldet sich unter info@oedp.de bzw. Tel.: (09 31) 4 04 86-0. Ein Fragebogen für die Kandidaten kann dort angefordert werden.

BAK Frauen: Bendl und Becker bestätigt

Der BAK Frauen (derzeit 17 Mitglieder) traf sich am 6. August 2016 im Eine-Welt-Haus München zur diesjährigen Mitgliederversammlung mit Neuwahl. Dabei wurden Roswitha Bendl als Vorsitzende und Agnes Becker als Stellvertretende Vorsitzende in ihren Ämtern bestätigt. Bendl gab einen Rechenschaftsbericht über die rege Arbeit der vergangenen zwei Jahre ab. Das Gremium traf sich viermal – darunter einmal gemeinsam mit dem BAK Familie, Gesundheit, Soziales. Die Vorsitzende nahm als gewähltes Mitglied und Vertreterin des BAK an zwei Sitzungen und 28 Telefonkonferenzen der Bundesprogrammkommission teil.

Thematisch ging es bei der Arbeit des Arbeitskreises vor allem um die Überprüfung des Bundespolitischen Programms auf Aktualität bei frauen- und geschlechterspezifischen Themen. Diverse Vorschläge zur Änderung (Streichungen, Ergänzungen, Konkretisierungen) wurden beschlossen und an die BPK zur Erstellung des neuen überarbeiteten Programms und Antragsstellung für den 50. BPT weitergeleitet. Ein Antrag zur Neufassung des Kapitels II.9 Solidarität zwischen Frauen und Männern wurde unter dem Titel Gleichberechtigung und Solidarität direkt an den 50. BPT gestellt. Er wurde

dort aber aus Zeitgründen noch nicht behandelt, sondern an den 51. BPT in Bonn verwiesen.

Auch Pressemitteilungen zu aktuellen Anlässen (Internationaler Tag der Frau bzw. neue gesetzliche Regelungen) wurden veröffentlicht. Darin wurde z. B. zu neuen Quotenregelungen in Führungspositionen, zur



Foto: ÖDP Bundespressestelle

Der BAK auf seinem Treffen

Aufweicherung der Geburtshilfevergütung, zur besonders prekären Situation von Flüchtlingsfrauen und zum neuen Sexualstrafrecht Stellung genommen.

Die Mitgliederversammlung 2017 soll am 24. Juni 2017, voraussichtlich wieder im Eine-Welt-Haus in München, stattfinden. Wer Interesse an einer Mitarbeit im BAK hat, ist herzlich eingeladen, sich in der Bundesgeschäftsstelle in Würzburg zu melden.

Neue Mitarbeiter im Bundesverband

Unsere Auszubildende

Evelyn Farkas (25) ist 1991 in Rumänien geboren. Nach dem Erlangen des Abiturs hat sie in Würzburg Geografie studiert. Seit dem 1. Oktober 2016 ist sie Auszubildende als Kauffrau für Büromanagement bei der ÖDP. Schwerpunkte ihrer Ausbildung sind Assistenz, Sekretariat, Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsmanagement. Die Ausbildungszeit dauert voraussichtlich 2 Jahre.

evelyn.farkas@oedp.de



Unsere Landeswahlbeauftragten

Jens-Eberhard Jahn (49) ist in Berlin geboren und aufgewachsen, wohnt aber seit vielen Jahren in Leipzig. Der Sprachwissenschaftler und Historiker hat in den vergangenen Jahrzehnten auf vielen Ebenen (als Kreisrat und als Mitarbeiter von Landtags- und Bundestagsabgeordneten) politische Erfahrungen gesammelt und engagiert sich in seiner Freizeit beim BUND, in Bürgerverein und Kirche. Jahn ist zurzeit als Dozent und Publizist tätig. In Berlin organisiert er als Landeswahlbeauftragter die Sammlung der Unterstützerunterschriften.

jahnjepw@freenet.de



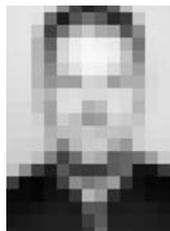
Iko Schneider (48) ist seit 1994 Mitglied der ÖDP. Nach 22 Arbeitsjahren bei einer Bank befindet er sich seit einiger Zeit in einer selbst gewählten Auszeit und möchte sich ab Herbst 2017 einer neuen beruflichen Herausforderung stellen. Bis dahin wird er von Hannover aus den Wahlantritt der ÖDP in Niedersachsen und Schleswig-Holstein vorantreiben und den Kontakt zu den Mitgliedern halten, um die nötigen Infostände und sonstige Gelegenheiten zur UU-Sammlung zu organisieren.

iko.schneider@norderoog.de



Torben Bertram (38) ist seit August 2016 Landeswahlbeauftragter in Brandenburg und hilft tatkräftig bei der Sammlung von Unterstützerunterschriften und der Organisation der Bundestagswahl mit. Er ist Politikwissenschaftler und stammt aus der Lüneburger Heide. Seit sieben Jahren arbeitet er politiknah im Agentur-Umfeld und engagiert sich ehrenamtlich für den Schutz von Hochmooren. Torben Bertram ist verheiratet und hat zwei Kinder.

torben.bertram@oedp.de



Mathias Barkow (49) ist ein waschechter Nordostdeutscher, der in Mecklenburg wohnt, lebt und arbeitet und dort die Unterschriften-sammlung organisiert. Er ist Dipl.-Staatswissenschaftler und seit über 23 Jahren im Bereich Versicherungen und Werbung tätig.

mathias.barkow@gmx.de



Sebastian Högen (30) ist seit 2015 Mitglied der ÖDP. Geboren und aufgewachsen ist er in Köln, beruflich quer durch die Republik gezogen, bevor er sich in Dresden niedergelassen hat. Hier reaktivierte er den Landesverband Sachsen mit. Erfahrungen im Wahlkampf errang er bei Kommunalwahlen und bei einer Bürgermeisterwahl (2016 in Sonneberg). In Sachsen versucht er den Wahlantritt mit einer Landesliste und möglichst vielen Direktkandidaten zu sichern.

Bestaebungsimker@gmx.de



Kevin Fuchs (23) studiert Ökonomische Bildung mit den Unterrichtsfächern Wirtschaft und Deutsch an der Universität Magdeburg. Er hat sich zum Ziel gesetzt, die ÖDP in Sachsen-Anhalt für die Bundestagswahl 2017 auf den Wahlzettel zu bekommen. Darüber hinaus würde er gerne die ÖDP flächendeckend in der Parteienlandschaft von Sachsen-Anhalt integrieren und zu einer wirklichen Konkurrenz der Volksparteien machen.

k.fuchs001@gmail.com



Fotos: ÖDP Bundespressestelle

ÖDP-Kreisrätin holt Gold in Rio!

ÖDP-Kreisrätin Barbara Engleder (33) aus Triftern hat im Kleinkaliber-Dreistellungskampf Gold in Rio geholt. Barbara Engleder ist als erste deutsche Gewehrschützin seit Sylvia Sperber 1988 in Seoul Olympiasiegerin im Kleinkaliber-Dreistellungskampf und hat dem deutschen Team damit in Rio de Janeiro eine weitere Goldmedaille beschert. Die niederbayerische Olympionikin ist von Beruf Sportsoldatin und Mitglied der 7-köpfigen ÖDP-Kreisfraktion im Landkreis Rottal-Inn.

„I hab den Vogel abgeschossen“, resümierte Barbara Engleder am Morgen nach dem Sieg. In einem

dramatischen Finale verwies die 33-Jährige mit einem olympischen Rekord die beiden Chinesinnen Zhang Binbin und Du Li im Dreistellungskampf mit dem Kleinkalibergewehr auf die Plätze zwei und drei. „Ein Wahnsinn. Das ist der krönende Abschluss meiner Karriere“, sagte die Schützin aus dem niederbayerischen Triftern, die auch mit ihren Interviews in bestem „Niederbairisch“ viele Herzen eroberte.

Die Bürger in ihrem Heimatort Triftern bereiteten Barbara Engleder am Kirchenvorplatz einen großen Empfang. Neben dem Bürgermeister kamen zahlreiche Hono-

rationen, um die Goldmedaillengewinnerin zu feiern.

„Ganz nebenbei hast du der Welt auch noch echt niederbairisches, rott-inntaler Sprachgut beigebracht – und dir dabei viele Herzen erobert, weil du eben immer dein Herz sprechen lässt! Du hast nicht nur beim Schießen und mit dem Timing einen Volltreffer gelandet. Liebe Barbara, du bist ein Volltreffer!“, gratulierte ÖDP-Fraktionsvorsitzender Sepp Rettenbeck beim Empfang in Triftern. Die Bundes-ÖDP und die ÖDP Bayern schließen sich dem an und gratulieren der Olympiasiegerin zur verdienten Goldmedaille.



Großer Empfang in Triftern für ÖDP-Kreisrätin Barbara Engleder nach dem Olympiasieg. (v.l.): die ÖDP-Kreisräte Josef Lirsch, Albert Madl, Edith Lirsch, Dr. Gerald Qitterer und Fraktionsvorsitzender Sepp Rettenbeck mit der Goldmedaillengewinnerin Barbara Engleder (3. v.l.)

Foto: ÖDP Bayern

Workshop zur Europäischen Union für junge ÖDPler in Berlin

Vom 9. bis 11. September 2016 fand auf Einladung des ÖDP-Bundesverbandes unter Leitung von Florence von Bodisco und Pablo Ziller ein Workshop zu Themen rund um die EU und die europapolitische Positionierung der ÖDP in Berlin statt. Die Zielgruppe lag dabei auf jungen ÖDP-Mitgliedern unter 35 Jahren.

Die insgesamt sieben TeilnehmerInnen aus dem gesamten Bundesgebiet hatten dabei ausreichend Zeit, sich zu vernetzen und den spannenden Referaten der

Organisatoren sowie von Paul Diegel, Mitarbeiter im Brüsseler Büro von Klaus Buchner, zu lauschen. Auch für offene Fragen gab es ausreichend Raum. Das europapolitische Programm der ÖDP wurde ebenfalls unter die Lupe genommen. Ein kritisches Feedback an die Bundesprogrammkommission wurde dazu entworfen. Das langfristige Engagement in der Partei wird von allen TeilnehmerInnen angestrebt und weitere Veranstaltungen dieser Art sind ausdrücklich willkommen.



Bei einer lobbykritischen Stadtführung des Vereins Lobbycontrol e.V. wurde auch über Lobbyismus in der EU berichtet.



Im Rahmen des abendlichen Freizeitprogramms stattete auch der EU-Bürohund „Dio“ den TeilnehmerInnen einen Kurzbesuch ab.

Besuch des Europaparlaments der ÖDP Emmendingen

Für den Besuch im Europaparlament in Straßburg am 24.11.2016 sind noch Plätze frei. Die Anreise erfolgt privat. In Empfang nimmt die angemeldeten Besucher Simone Lettenmayer, Parlamentarische Assistentin bei MdEP Prof. Dr. Klaus Buchner. Treffpunkt ist um 10 Uhr am Eingang des Parlamentsgebäudes.



Foto: Simone Lettenmayer

Am Vormittag kann das Europaparlament während einer Plenarsitzung besucht werden. Anschließend besteht die Möglichkeit, mit dem ÖDP-Europaabgeordneten Prof. Dr. Klaus Buchner über das Gehörte und allgemeine Fragen zu Europa zu diskutieren.

Am Nachmittag steht allen Teilnehmern Zeit in der Straßburger Innenstadt zur freien Verfügung.

Ein Zuschuss zu den Fahrtkosten und Übernachtungskosten ist möglich! Geben Sie dazu bei der Anmeldung neben einer Telefonnummer auch Ihre geplante Reiseverbindung nebst ggfs. Übernachtungsmöglichkeit an. Die Anmeldung muss per E-Mail bei der ÖDP Emmendingen (E-Mail: emmendingen@oedp.de) erfolgen. Bitte geben Sie dabei neben Ihrem Namen, Adresse, Ihr Geburtsdatum, die Personalausweisnummer an. Diese Angaben sowie der Ausweis werden für den Einlass ins Gebäude benötigt.

Bundesweiter Aktionstag gegen TTIP und CETA

Am 17. September haben in sieben deutschen Städten rund 320.000 Menschen für einen Stopp der Verhandlungen von CETA und TTIP demonstriert.

In allen Städten versammelten sich auch Hunderte ÖDP-Mitglieder. In München sprach der Europaabgeordnete Prof. Klaus Buchner auf der zentralen Kundgebung. In Stuttgart, Köln und Frankfurt am Main konnten die Demobesucher sich an den Infoständen über die Partei und ihre Ziele erkundigen sowie für einen Wahlantritt zur Bundestagswahl unterschreiben. Auch in Hamburg und Berlin organisierten die Mitglieder Beteiligungen.



Foto: Bundespressestelle

TeilnehmerInnen der Demonstration in Stuttgart – eine der sieben deutschen Demos mit ÖDP-Beteiligung

JÖ-Neugründung in Aschaffenburg

Engagierte Jugendliche trafen sich im Café Stürmer in Schweinheim, um die Jungen Ökologen (JÖ) für den Stadt- und Landkreis Aschaffenburg zu gründen. Das Ziel der JÖ Aschaffenburg ist es, junge Menschen für die Politik zu begeistern.

Die anwesenden fünf Jugendlichen wählten Johann Bayer (13) aus Schweinheim und Daniel Rollmann (18) aus Großostheim zu gleichberechtigten Vorsitzenden. Kilian Fischer (14) aus Schweinheim übernimmt das Amt des Schriftführers.

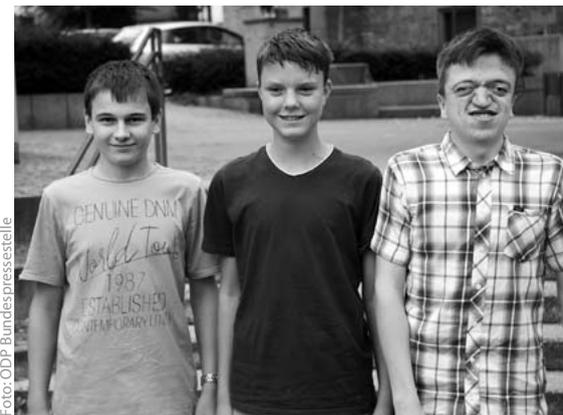


Foto: ÖDP Bundespressestelle

V. l.: Kilian Fischer, Johann Bayer, Daniel Rollmann

Roswitha Bendl erhält Goldene Stadtmedaille von Erding

Für ihr herausragendes politisches Engagement wurde die ÖDP-Politikerin Roswitha Bendl im Oktober vom Erdinger Oberbürgermeister Max Gotz geehrt.

Seit 1990 ist sie Mitglied in der ÖDP und kann auf eine herausragende Historie von Ämtern zurückblicken. In Erding war sie Kreisvorsitzende und Stellvertretende Kreisvorsitzende der ÖDP. Zugleich war sie 18 Jahre lang im Erdinger Stadtrat und jeweils eine Wahlperiode als Ausländer-, als Umweltreferentin und als Referentin für städtische Liegenschaften tätig. Sie war



Foto: Bundespressestelle

Roswitha Bendl

bereits Stellvertretende Bundesvorsitzende der ÖDP und ist gegenwärtig Vorsitzende des Bundesarbeitskreises Frauen in der ÖDP. Auch war sie von 2003 bis 2014 Kreisrätin. Neuerdings engagiert sich die fast 71-Jährige für Asylbewerber, indem sie diesen Deutschkurse anbietet.

ÖDP sammelt 13.333 Euro für Monsanto-Tribunal

Nach dem erfolgreichen Spendenaufruf an alle ÖDP-Mitglieder vom August konnte die ÖDP-Bundesvorsitzende den Organisatoren des Monsanto-Tribunals die erfreuliche Nachricht über die eingesammelten Spenden in Höhe von 13.333 Euro verkünden. Die ÖDP hatte

die Hälfte der durch den Spendenbrief eingesammelten Spenden an das im Oktober in Den Haag abgehaltene Tribunal weitergegeben. Das Urteil des Prozesses soll im Dezember verkündet werden. Alle Infos unter: <http://www.monsanto-tribunald.org>



Organisatoren des Tribunals freuen sich über die Spenden der ÖDP.

Bruns und Fick-Tiggers ziehen in Kommunalparlamente ein

Am 11. September beteiligte sich die niedersächsische ÖDP erfolgreich an den Kommunalwahlen in der Stadt Wiesmoor (Landkreis Aurich) und der Gemeinde Bad Zwischenahn (Landkreis Ammerland).

Mit 1,6% der Stimmen zieht die Kreisvorsitzende der ÖDP Ostfriesland/Friesland, Marion Fick-Tiggers, in den Stadtrat von Wiesmoor ein. Der Wahlkampf wurde sehr ortsbezogen geführt. Bereits in 2011 trat die ÖDP in Wiesmoor an, konnte damals aber trotz 2,0% Stimmenanteil kein Mandat erreichen. Marion Fick-Tiggers ist von Beruf Technische Agentin in einem Call-Center.

Auch die Kreisgruppe Ammerland-Stadt Oldenburg freut sich über den Erfolg: Aus dem Stand erreichte die ÖDP mit 2,73% einen guten Erfolg bei den Gemeinderatswahlen in Bad Zwischenahn. Gunda Bruns wird das Mandat in der kommenden Wahlperiode wahrnehmen.

Das Team der fünf ÖDP-Kandidaten bedankt sich bei den Wählerinnen und Wählern für das Vertrauen. Besonderer Dank gilt allen Unterstützern und Helfern aus dem Bekanntenkreis sowie dem Landes- und Bundesverband der ÖDP. Unter anderen sind hier unser MdEP Prof. Klaus Buchner und unsere Bundesvorsitzende Gabriela Schimmer-Göresz zu nennen.

Der Sprecher der ÖDP-Kreisgruppe, Martin F. Dreß, sagte der neu gewählten Ratsfrau volle Unterstützung zu. „Sowohl Gunda Bruns als auch wir als Kreisgruppe werden uns schnell in die Materie der Ratsarbeit einarbeiten. Zudem bereiten wir die Gründung eines Kreisverbandes vor.“

Gunda Bruns ist von Beruf Diplom-Gartenbauingenieurin. Sie arbeitet in der Beratung, Planung und Anlage von Privatgärten, bewirtschaftet eine kleine Hofstelle und engagiert sich schon seit vielen Jahren in der Naturschutzgemeinschaft Ammerland. Im Verein ist sie u.a. für die Organisation und Durchführung der umweltpädagogischen Kindergruppen zuständig.

Tagung: Ökologiebewegung steht vor Herausforderungen

Im Rahmen einer Tagung am 23./24. September 2016 in der Frankenakademie Schney/Lichtenfels beschäftigte sich die Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V. mit den Anfängen, Erfolgen und Zukunftsaufgaben der ökologischen Bewegung in Deutschland.

Dr. Jürgen Wüst, Autor des im Jahre 1993 erschienenen Buches „Konservatismus und Ökologiebewegung“, betonte: „Ende der 70er-Jahre war die Zeit reif

*Wenn eine globale ökosoziale
Gemeinwohl-Initiative nicht gelinge,
seien die Konflikte von
heute nur ein leises Vorspiel.*

für grüne und ökologische Parteien.“ Die Ökobilogische Bewegung sei vor allem geprägt gewesen durch Hinwendung zu postmaterialistischen Werten. Dazu gehörten auch emanzipatorische Forderungen, ausgelöst durch die 68er-Bewegung. Daraus habe die ÖDP im Gegensatz zu den Grünen kein Potenzial schöpfen können, weshalb die Entwicklung der ÖDP stagnierte.

Mit seinem Vortrag „Die zentrale Persönlichkeit in der Gründungsphase des BUND, der Grünen, GAZ und ÖDP: Dr. Herbert Gruhl“ traf der Stiftungsvorsitzende Hans-Joachim Ritter auf großes Interesse. Er beschrieb Gruhls Werdegang, seine politische Karriere bei CDU, GAZ, den Grünen und der ÖDP sowie als Gründungsvorsitzender des BUND und erfolgreicher Buchautor („Ein Planet wird geplündert. Die Schreckensbilanz unserer Politik“, 1975 u.a.). Für Ritter war Dr. Gruhl ein bedeutender Umweltpolitiker, Philosoph, Vordenker und Bestseller-Autor. Er habe wesentlich zur Entstehung der Umweltbewegung beigetragen. Deshalb empfahl Ritter der ÖDP, sich zu ihrem prominenten Gründer und ersten Bundesvorsitzenden zu bekennen, auch wenn er Ende 1990 die Partei verlassen und am Ende seines Lebens eine völlig resignierte Haltung eingenommen habe.

Prof. Dr. Niko Paech, Universität Oldenburg, Buchautor („Befreiung vom Überfluss“), sprach über das Thema „Weniger ist mehr – Befreiung vom Überfluss“, indem er für eine Postwachstumsgesellschaft und einen kulturellen Wandel mit einer geringeren bezahlten Arbeitszeit, aber mehr Freizeit für sinnvolle, gemeinwohlorientierte Tätigkeiten plädierte.

Unter dem Thema „Was hat sich durch die ökologische Bewegung in Deutschland verändert und was ist ihr künftiger Auftrag?“ referierten Prof. Dr. Joachim Radkau, Historiker an der Universität Bielefeld und Buchautor, und die ÖDP-Bundesvorsitzende Gabriela Schimmer-Göresz. Prof. Dr. Radkau sieht große Visionen der Öko-Bewegung in den Bereichen Naturschutz, Erneuerbare Energien, Effizienz und Suffizienz, auch mit einem globalen Ansatz.

Laut der ÖDP-Bundesvorsitzenden sei das Ziel, die Ökologie zur Leitidee zu machen, weit verfehlt worden. Über 40 Jahre sei die Plünderung des Planeten mit zunehmender Geschwindigkeit fortgesetzt worden. Ein Ende sei nicht in Sicht. Die Stabilisierung der ökologischen Systeme als Voraussetzung für gutes Leben und



TeilnehmerInnen der Tagung

Gemeinwohl bleibe eine zentrale Aufgabe. Wenn eine globale ökosoziale Gemeinwohl-Initiative nicht gelinge, seien die Konflikte und Völkerwanderungen von heute nur ein leises Vorspiel einer dramatischen und bestimmt nicht friedlichen neuen Epoche der Menschheitsgeschichte, erklärte Gabriela Schimmer-Göresz.

Kreisverband Freiburg reaktiviert!

Ein Blick zurück: Die Freiburger Gemeinderatswahlen 1999 sollten für die Freiburger ÖDP eigentlich ein leichtes Spiel werden. Mit Rolf Asal konnte die ÖDP einen amtierenden Stadtrat vorweisen, der sich mit seinem politischen Engagement über die Fraktionsgrenzen hinweg Respekt erarbeitet hatte. Für die Wahlen hatte man eine eigene ÖDP-Liste mit sage und schreibe 48 Kandidaten aufgestellt, mit der Aussicht auf weitere Stadtratsmandate. Doch es kam anders. Die Freiburger ÖDP kam auf lediglich 1,8% und verpasste deutlich den Wiedereinzug. Diese Wahlniederlage sollte für die Freiburger ÖDP das Jahr einer sehr schmerzvollen Zäsur werden, da sich mit Rolf Asal der führende Kopf der



Der neue Kreisvorstand der ÖDP Freiburg, v. l.: Sebastian Bernauer, Ralf Preuß, Teresa Klein, Stephan Heider

Freiburger ÖDP mehr in Richtung Schweiz orientierte. Seitens der ÖDP Freiburg folgten weitere Kreisvorsitzende, die aber den Niedergang nicht aufhalten konnten. 2010 hatte die Freiburger ÖDP zwar noch etwa 30 Mitglieder, aber keine Aktiven und auch keinen amtierenden Kreisvorstand mehr.

Seitens des baden-württembergischen Landesvorstands wurde in dieser Zeit zumindest eine gewisse Art der Reaktivierung des Kreisverbandes angedacht, die vom damaligen Stellvertretenden Landesvorsitzenden Kilian Kronimus (Waldshut) begleitet werden sollte.

Die weitere Schlüsselfigur in den nächsten Jahren sollte ein Neu-ÖDPLer, Stephan Heider, ein aus Österreich zugereister Hannoveraner, werden. Gemeinsam gelang es mit beharrlicher Arbeit, die ÖDP Freiburg wieder ein wenig zum Leben zu erwecken. Neue Interessenten, neue Mitglieder stellten sich nach und nach ein. Die Zusammenarbeit der südbadischen Kreisverbände Emmendingen, Freiburg und Waldshut schuf eine weitere konstruktive Basis, ebenso wie diverse Vorträge und Veranstaltungen mit den Bundesvorsitzenden Prof. Buchner, Sebastian Frankenberger und Gabi Schimmer-

Die große und positive Presseresonanz zum Volksantrag zeigt, dass der Kampf gegen CETA den Nerv der Zeit trifft.

Göresz. Doch es sollte noch bis zum Jahr 2016 dauern, bis die einstige baden-württembergische ÖDP-Hochburg Vollzug melden konnte: Wir haben wieder einen Kreisvorstand! Auf der Kreishauptversammlung am 02.07.2016 kam es im Beisein von Kilian Kronimus und des Stellvertretenden Landesvorsitzenden Michael Kefer zur Wiederbegründung des Freiburger Kreisverbandes. Als neuer Vorsitzender wurde der langjährige Ansprechpartner der ÖDP Freiburg, Stephan Heider, gewählt, als seine Stellvertreterin Teresa Klein aus dem nahe gelegenen Bollschweil-St. Ulrich. Zudem wählte die Versammlung Ralf Preuß zum Kreisschatzmeister. Sebastian Bernauer ergänzt den Vorstand als Beisitzer. Der neue Kreisvorsitzende Heider bestätigte der Freiburger ÖDP einen gesunden Aufwärtstrend, der sich in den Wahlergebnissen und der Mitgliederentwicklung ablesen lasse. Nachdem das 1. Halbjahr primär im Zeichen der Landtagswahl gestanden hatte, wolle man nun im 2. Halbjahr wieder verstärkt inhaltlich arbeiten. So steht zunächst der von dem ÖDP-Landesverband gestartete „Volksantrag gegen CETA“ im Mittelpunkt, zu dem der Stellvertretende ÖDP-Landesvorsitzende Michael Kefer weiteres berichteten konnte. Die große und positive Presseresonanz zum Volksantrag, so Kefer, zeige, dass der Kampf gegen CETA den Nerv der Zeit treffe.

ÖDP-Infotisch beim Kongress christlicher Führungskräfte vom 23.–25. Februar 2017 in Nürnberg. Sie sind herzlich eingeladen.

Informationen bei: jan.gehrke@oedp.de

Ihr Wissen ist wichtig für uns!



In den Reihen der ÖDP schlummern viele verborgene Talente und Fähigkeiten, die bisher nicht genutzt werden können, weil sie entweder nicht bekannt genug sind oder noch gar nicht entdeckt wurden. Viele Mitglieder und Sympathisanten der ÖDP haben berufliche Kenntnisse in oft ganz speziellen Bereichen und es wäre gewinnbringend für die politische und gesellschaftliche Arbeit der ÖDP, wenn sich diese Kenntnisse auch für die Arbeit in Vorträgen, Seminaren und anderen Formen der Wissensvermittlung nutzen ließen.

Die ÖDP möchte deshalb ihre Liste von Fachleuten neu aufstellen. Wenn Sie Interesse haben, so schreiben Sie bitte eine E-Mail an walter.konrad@oedp.de oder telefonisch unter (061 31) 67 98 20.

Die neue Liste soll möglichst bald erstellt sein, damit sie bereits bei den kommenden Wahlen, insbesondere bei der Bundestagswahl im Herbst 2017, für Veranstaltungen genutzt werden kann. Wir bitten Sie deshalb um möglichst rasche Rückmeldung. Wir danken für Ihre Mithilfe!

Jetzt neu erhältlich: Faltpapier „Jede Stimme wirkt – Ihre auch!“

Eine Stimme für die ÖDP ist weder „verschenkt“ noch „verloren“. Dieses Faltpapier positioniert sich gegen das Argument der „verschenkten Stimme“ bei der Wahl der ÖDP. Optimal für den Einsatz im Wahlkampf. Jetzt bestellen unter <https://www.oedp.de/shop> oder unter Tel.: (09 31) 40 48 60.



IMPRESSUM

ÖkologiePolitik erscheint dreimal im Jahr: 1. März, 1. Juli, 1. November. Die Print- und die Online-Ausgabe sind im Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können das Journal für 12,- Euro im Jahr abonnieren. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der **1. Januar 2017**.

Herausgeber

Ökologisch-Demokratische Partei
Pommeregasse 1, 97070 Würzburg
Tel.: (09 31) 4 04 86-0, Fax: (09 31) 4 04 86-29
www.oedp.de

Verantwortliche Redakteure

Günther Hartmann (gh)
Caroline-Herschel-Straße 23, 81829 München
guenther.hartmann@oedp.de

Pablo Ziller (pz)

Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin
pablo.ziller@oedp.de

Mitarbeiter dieser Ausgabe

Mathias Barkow, Johann Bayer, Roswitha Bendl, Torben Bertram, Ulrich Brehme, Prof. Dr. Klaus Buchner, Matthias Dietrich, Evelyn Farkas, Yasmin Finkbohner, Kevin Fuchs, Günter Grzega, Edgar Guhde, Stephan Heider, Sebastian Högen, Paul Holmes, Jens-Eberhard Jahn, Claude Kohnen, Susann Mai, Urban Mangold, Dr. Claudius Moseler, Dr. Johannes Resch, Hans-Joachim Ritter, Gabriela Schimmer-Göresz, Iko Schneider, Dirk Zimmermann

Externe Autoren

Annette Jensen, Dr. Ulrich Kriese,
Kiran Pereira, Linn Quante, Dr. Anett Richter

Interviewpartner

Alina Bronsky, Kai Schlegelmilch,
Prof. Dr. Friedrich Schmidt-Bleek, Denise Wilk

Satz

Grafikstudio Art und Weise, Heike Brückner
93138 Lappersdorf, heike.brueckner@grafikstudio-auw.de

Anschrift der Redaktion

ÖkologiePolitik –
Ökologisch-Demokratische Partei
Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin
Tel.: (0 30) 49 85 40 50, presse@oedp.de

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft,
BLZ: 700 205 00, Kto.-Nr.: 981 52 00
IBAN: DE95 700 205 00 000 981 52 01
BIC: BFSWDE33MUE

Hinweis der Redaktion

Die Meinung der Autoren und Interviewpartner ist nicht automatisch die Meinung der ÖkologiePolitik oder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Die Veröffentlichung dient der innerparteilichen Information und politischen Willensbildung.

ÖkologiePolitik wird auf 100% Recycling-Papier gedruckt.

Mitglieder werben Mitglieder!

„Die Leute wissen nicht, was sie wollen, bis man es ihnen anbietet.“

(Terence Conran)

Liebe Mitglieder,

ob dieser Satz auch für eine Mitgliedschaft in der ÖDP gelten kann? Finden wir es gemeinsam heraus!

Ab 1. November starten wir die Aktion „Mitglieder werben Mitglieder!“.

Wer, wenn nicht Sie, kann im Familien-, Freundes-, Bekannten- und Verwandtenkreis besser erklären, warum eine ÖDP-Mitgliedschaft Sinn macht? Einen mehrfachen Sinn sogar. Wäre es nicht ein deutliches Signal, entgegen dem allgemeinen Parteientrend neue Mitglieder zu gewinnen? Ein Signal, dass immer mehr Frauen und Männer einen Politikwechsel wünschen, weg von einem zerstörerischen immer Mehr ... hin zu einem Genug für alle, vor allem für unsere Kinder, unsere Enkel? Mensch vor Profit und eine ausschließlich am Gemeinwohl orientierte Politik sind möglich. Um besser wahrgenommen zu werden, um Aufmerksamkeit und Öffentlichkeit für unsere Themen zu erhalten, müssen wir mitgliederstärker werden.

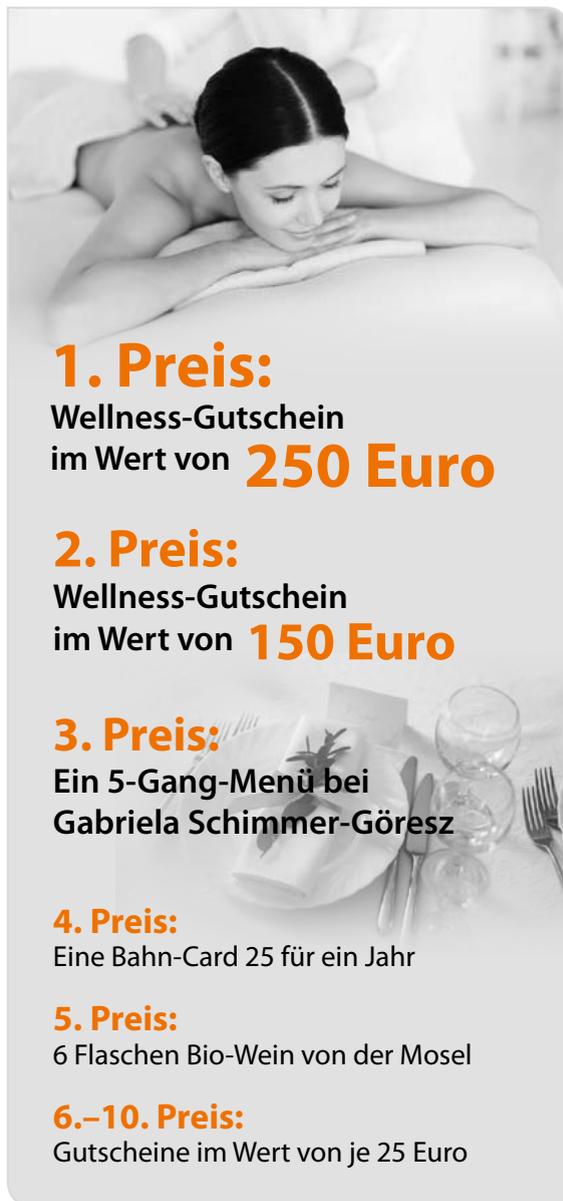
Gemeinsam schaffen wir im Verlauf von 12 Monaten eine deutliche Mitgliedersteigerung. Würde jedes Mitglied nur ein weiteres Mitglied werben, würden wir die magische Grenze von 10.000 Mitgliedern in 2017 – rechtzeitig zur Bundestagswahl – überschreiten.

Es gäbe keine wirkungsvollere Bestätigung unserer Vision von einer gerechten und Frieden sichernden Gesellschaft. Wir haben es in der Hand, unsere Partei bekannt und wählbar zu machen, unseren Aktionsspielraum zu erweitern und unsere Kampagnen-Fähigkeit auszubauen. Machen Sie mit – werben Sie neue Mitglieder und gewinnen Sie einen Preis!

Alles, was Sie für die Werbeaktion benötigen (Grundsatzprogramm, Vorstellungs- oder Themen-Flugblatt und selbstverständlich den Beitrittsantrag), erhalten Sie kostenlos von der Bundesgeschäftsstelle in Würzburg (E-Mail: info@oedp.de Tel.: 0931 404 860). Auf Wunsch stellen wir Ihnen auch eine kleine Argumentationshilfe zur Verfügung.

Für das Gewinnspiel zählen nur Mitglieder, die eine reguläre Mitgliedschaft abschließen. Wer die meisten Mitglieder innerhalb der 12 Monate geworben hat, gewinnt den ersten Preis!

Auf die Plätze ... fertig ... los. Ab jetzt beginnt's!



1. Preis:
Wellness-Gutschein
im Wert von **250 Euro**

2. Preis:
Wellness-Gutschein
im Wert von **150 Euro**

3. Preis:
Ein 5-Gang-Menü bei
Gabriela Schimmer-Göresz

4. Preis:
Eine Bahn-Card 25 für ein Jahr

5. Preis:
6 Flaschen Bio-Wein von der Mosel

6.–10. Preis:
Gutscheine im Wert von je 25 Euro

Foto oben: Syda Productions/shutterstock.com; Foto unten: saulich84/fotolia.com

Beitrittsantrag

... für eine Politik mit Zukunft!

ödp

Ich beantrage die Mitgliedschaft in der **Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP)** und bin mindestens 14 Jahre alt.

Ich beantrage eine
 sofortige reguläre Mitgliedschaft.
 Schnuppermitgliedschaft.

Als Schnuppermitglied sind Sie im ersten Jahr beitragsfrei, danach werden Sie automatisch zahlendes Mitglied, solange Sie nicht kündigen. Kurz vor dem Ende der Schnuppermitgliedschaft erhalten Sie eine schriftliche Benachrichtigung. Eine Schnuppermitgliedschaft ist nur bei Neueintritt möglich und kann nicht verlängert werden.

X Pflichtfeld, bitte ausfüllen!

X
Name

X
Vorname

X
Straße/Hausnr.

.....
Kreis

X
PLZ/Ort

X
Telefon

.....
Mobil

.....
E-Mail

.....
Beruf

X
Geburtsstag

.....
Der Beitritt wurde mir empfohlen von

.....
Frühere Parteimitgliedschaft(en):

..... von bis

..... von bis

.....
Aktuelle Parteimitgliedschaft(en):

X
Name der Partei(en)

Ich zahle (als Schnuppermitglied nach dem ersten Jahr) den satzungsgemäßen

- Regelbeitrag von 7,00 Euro pro Monat
- Familienbeitrag von 7,00 pro Monat (bitte Daten der Familienmitglieder gesondert auflisten und mitschicken)
- ermäßigten Beitrag von 1 Euro pro Monat laut § 2.2 der Finanzordnung der ÖDP.
- Ich zahle freiwillig 12 Euro/Jahr für die Mitgliederzeitschrift „ÖkologiePolitik“.
- Ich zahle außerdem einen zusätzlichen jährlichen Förderbeitrag (Zuwendung) in Höhe von Euro.

SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE17ZZZ0000029054
Mandatsreferenznummer: (wird separat nachgereicht)

- Ich/Wir ermächtige(n) die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP), Zahlungen von meinem/unserem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise(n) ich/wir mein/unser Kreditinstitut an, die von der ÖDP auf mein/unser Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.
- jährliche halbjährliche Abbuchung

Hinweis: Ich/Wir kann/können innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrags verlangen. Es gelten dabei die mit meinem/unserem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

X
Kontoinhaber(in)

X
BIC

X
IBAN

Zuwendungen und Mitgliedsbeiträge an politische Parteien sind steuerlich absetzbar. Mit Ihrem Steuerausgleich bekommen Sie unabhängig von Ihrem persönlichen Steuersatz 50 Prozent des jeweiligen Betrages vom Finanzamt zurückerstattet (§34g EStG).

- Ich verpflichte mich, die Satzung der ÖDP einzuhalten und mich für die Ziele der ÖDP einzusetzen, wie sie im Grundsatzzprogramm festgelegt sind. Unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der ÖDP ist die gleichzeitige Mitgliedschaft bei anderen Parteien und der Organisation Scientology.
- Ich möchte *nicht* automatisch Mitglied der „Bundesvereinigung Junge Ökologen“ sein (nur Personen unter 32 Jahren).

Mit Ihrer Unterschrift erteilen Sie gemäß § 4 Bundesdatenschutzgesetz Ihre Einwilligung zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten. Die Ökologisch-Demokratische Partei verarbeitet und speichert die in diesem Aufnahmeantrag enthaltenen Angaben zur Person ausschließlich für interne Zwecke der Partei und unter strikter Beachtung der Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes. Eine Weitergabe an Dritte außerhalb der Partei findet nicht statt.

X
Datum, Unterschrift

Bitte senden Sie diesen Antrag an:
ÖDP-Bundesgeschäftsstelle, Pommergasse 1, 97070 Würzburg
Tel.: (09 31) 4 04 86 - 0 | Fax: (09 31) 4 04 86 - 29 | info@oedp.de

Zusammengestellt von Pablo Ziller

ÖDP fordert effektives Bekämpfen moderner Sklaverei

(23.08.2016) Jedes Jahr am 23. August erinnern die Vereinten Nationen mit dem internationalen Sklaventag an den Sklavenaufstand von Santo Domingo im Jahre 1791. Obwohl man meinen müsste, die Sklaverei, also Menschen wie Leibeigentum zu behandeln, sei in Deutschland und der restlichen industrialisierten Welt längst Geschichte, arbeiten bis heute Millionen von Menschen unter solchen oder ähnlichen Bedingungen. Man geht gar davon aus, dass es heute weit mehr Sklaven gibt als jemals zuvor in der Geschichte der Menschheit.

Volker Behrendt, 1. Stellvertretender Bundesvorsitzender der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), fordert daher von der deutschen Politik einen entschiedeneren Kampf gegen die Machenschaften von Menschen- bzw. modernen Sklavenhändlern. Die international agierenden Banden, die hinter diesem Geschäft stehen, müssten effektiver bekämpft werden.

Ob auf dem Bau, in der illegalen Prostitution oder bei der Produktion von billigen wie teuren Textilien, überall gibt es sie: die modernen Sklaven. Sie arbeiten zu Hungerlöhnen von wenigen Cent oder höchstens ein paar Euro pro Stunde und sind ihren Peinigern, den modernen Sklavenhändlern, meist schutzlos ausgeliefert. Um die Geschäfte der Hintermänner des modernen Sklavenhandels effektiver zu bekämpfen, fordert Volker Behrendt (ÖDP) einen engagierteren Kampf des Staates gegen Geldwäsche und Menschenhandel in Deutschland. „Die Gesetze sind heute so gestrickt, dass Polizei-, Zoll- und Finanzbehörden häufig das Nachsehen haben. Die der Sklaverei Beschuldigten sollten daher beweisen müssen, ihr Vermögen auf legale Weise erworben zu haben und nicht umgekehrt“, so Behrendt. Darüber hinaus sollten Unternehmen, die mit Menschenhändlern zusammen-



Volker Behrendt

Foto: ÖDP Bundespressestelle

arbeiten, noch stärker als bisher zur Verantwortung gezogen werden.

Es ist davon auszugehen, dass aus dem Geschäft mit der modernen Sklaverei, nach dem Handel mit Drogen, weltweit das meiste Geld in der Schattenwirtschaft generiert wird. Ein effektiveres Bekämpfen dieser Schattenwirtschaft würde nicht nur den von moderner Sklaverei Betroffenen helfen, sondern mittelfristig auch zu geringeren Steuer- und Sozialabgaben führen. „Damit könnten wir die Bürgerinnen und Bürger spürbar entlasten“, so Behrendt.

ÖDP zur Wahl in Mecklenburg-Vorpommern

(05.09.2016) Das Wahlergebnis in Mecklenburg-Vorpommern ist ein Alarmsignal für die Demokratie“, so der Generalsekretär der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), Dr. Claudius Moseler. „Es zeigt sich, dass der Abstand zwischen den regierenden Volksparteien und der Bevölkerung immer größer wird, wenn eine Partei als zweitstärkste Kraft gewählt wird, die nur auf die Ängste der Menschen setzt und wenig konstruktive Lösungsvorschläge vorweisen kann.“

Die Landtagswahl im Nordosten der Republik zeigt ferner, dass die Menschen nicht glauben, dass die „etablierten“ Parteien umfassende Lösungsvorschläge, z.B. in der Flüchtlingspolitik, aufzeigen können. Nach der Ansage „Wir schaffen das“ hätte zeitnah die Ansage „So schaffen wir das“ erfolgen müssen. Dies hat Bundeskanzlerin Angela Merkel versäumt. „Daher darf man sich über den Erfolg der AfD nicht wundern. Aber auch die Medien haben die AfD in den letzten Monaten und Jahren hochgeschrieben und zeigen keine demokratischen Alternativen im politischen System auf, die es vielfältig gibt“, so Moseler weiter.



Dr. Claudius Moseler

Foto: ÖDP Bundespressestelle



Wir brauchen grundsätzlich eine umfassende demokratische Reform unseres parlamentarischen Systems, denn die bisherigen Parteien sind so nicht mehr in der Lage, auf die Sorgen und Nöte der Bevölkerung einzugehen, so Moseler weiter. Dazu zählten beispielsweise bundesweite Volksentscheide, mehr Einfluss der Wählerinnen und Wähler auf die Kandidatenlisten der Parteien (Personenstimmen) oder die Abschaffung der 5%-Sperrklausel.

„Insbesondere die Abschaffung von Sperrklauseln würde neue politische Strömungen schneller in die Parlamente bringen und sozusagen als Frühwarnsystem funktionieren, damit sich die Politik neu auftretender Probleme schneller annimmt“, ist sich der ÖDP-Generalsekretär sicher. Die regierenden Parteien sollten die politischen Entscheidungsprozesse für die Bürgerinnen und Bürger transparenter machen. Zudem sollten sie auch innerparteiliche Entscheidungswege für Außenstehende besser erklären und damit die Bereitschaft vergrößern, dass Menschen sich wieder mehr für die Mitarbeit in den Parteien interessieren.

Darüber hinaus mahnt Moseler die etablierten Parteien deutlich: „Wenn der Staat in ganzen Landstrichen nicht mehr präsent ist, so fühlen sich die Bürgerinnen und Bürger in berechtigter Weise abgehängt und geben ihrem Frust Ausdruck. Wir brauchen eine ökologische und infrastrukturelle Stärkung des ländlichen Raums. Das bedeutet im Endeffekt auch mehr Personal, z.B. in den Kommunalverwaltungen, bei Polizei und Justiz sowie in wohnortnahen Schulen und Kindergärten.“

ÖDP-Chefin kritisiert grünes Licht des SPD-Konvents zu CETA

(20.09.2016) Trotz massiver öffentlicher Kritik an dem geplanten Freihandelsabkommen der EU mit Kanada, geäußert durch Hunderttausende Demonstranten am vergangenen Wochenende, hat der Parteikonvent der SPD gestern für CETA gestimmt. Die Bundesvorsitzende der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), Gabriela Schimmer-Göresz, kritisiert das Ergebnis des SPD-Konvents scharf: „Der Gesichtverlust von Gabriel konnte abgewendet werden, das Risiko, das von CETA ausgeht, hingegen bleibt. Die Sozialdemokraten sind absolut naiv, was die Hoffnung auf Nachbesserungen angeht.“

Die EU-Kommission habe Änderungen am eigentlichen Vertragstext ausgeschlossen. Das Plädoyer des SPD-Konvents, mittels einer rechtsverbindlichen Zusatzserklärung zum Vertrag noch bestimmte Klarstel-

lungen zu erreichen, bleibt, so die ÖDP-Vorsitzende, reines Wunschdenken. Und selbst wenn es gelänge, im parlamentarischen Verfahren noch Änderungen zu erreichen, stehe dem zunächst die vorläufige Anwendung entgegen. Es könnten Jahre ins Land gehen, bis die am stärksten in der Kritik stehenden Punkte des Abkom-



Foto: ÖDP Baden-Württemberg

mens, wie beispielsweise der Investitionsschutz und das Vorsorgeprinzip, aus europäischer und deutscher Sicht zufriedenstellend und annehmbar geregelt wären. SPD-Chef Gabriel, der nur mit Unterstützung durch die kanadische Handelsministerin Freeland den Konvent mehrheitlich überzeugen konnte, wisse ganz genau, dass im EU-Parlament eine neoliberale Mehrheit sitze, die keinerlei Interesse an Nachbesserungen zu dem Abkommen haben werde, so Schimmer-Göresz.

Auch die Gewerkschaften lässt Schimmer-Göresz nicht ungeschoren davonkommen. Sie hätten sich im machtpolitischen Spiel von Gabriel ebenfalls veräppeln lassen. Der SPD-Konvent sei zudem für die Öffentlichkeit ebenso intransparent gewesen wie die bisherigen Verhandlungen über das CETA-Abkommen selbst.

Eine SPD, die ab 2017 mit der Alternative zum neoliberalen Mainstream ernst machen wolle, müsse sich von Sigmar Gabriel als Parteivorsitzenden und Kanzlerkandidat verabschieden. „Alle Sozialdemokraten mit einem global tickenden Herz für die sozial Schwachen und den Erhalt unserer Umwelt sind bei der ÖDP herzlich willkommen! Gabriel opfert sozialdemokratische Ideen weiter den Interessen der Großkonzerne und deren Aktionären“, so Schimmer-Göresz.

Abschließend stellt die ÖDP-Vorsitzende klar: „Wir wollen globalen Handel, aber zu fairen Bedingungen ähnlich dem Alternativen Handelsmandat. CETA, TTIP und TiSA sind das Gegenteil von dem, was sich sozial gerechte und demokratische Gesellschaften wünschen können!“, so Schimmer-Göresz.

Zur Ausgabe ÖP 171

Genug der Maßlosigkeit!

Erneut eine Fundgrube gewesen ist die letzte ÖP-Ausgabe für Anleitungen zum Umbau unserer unhinterfragt-maßlosen Konsumwelt zu einem „achtsamen“ Gemeinwesen mit ökologisch verträglichem Lebensstil – der Redaktion herzlichen Dank dafür! Dank auch Frau Schimmer-Göresz, die „an alle Mitglieder“ die Parole ausgab: genug mit dieser Maßlosigkeit. Ihren Hinweis auf eine „neue Art zu wirtschaften“ habe ich mir selbst lange zu eigen gemacht bei Diskussionen an unseren ÖDP-Ständen; nur wir Ökodemokraten scheinen das ewige „Weiter so“ alltäglichen Wachstumswahns infrage zu stellen, mit Blick auf angebliche Erfordernisse (der Ökonomie) dabei gleichsam eine „Gretchenfrage“ zu formulieren zu unserem Lebensstil.

Auch möchte ich mit einem sozialeren Parteiprofil in die kommenden Wahlen gehen, als es dort in den Zuschriften zum Ausdruck kam, zum Thema Grundeinkommen. Wesentlich wichtiger finde ich, dass wir Ökodemokraten uns mit gut begründeten inhaltlichen Aspekten in den Diskurs um ein zukunftsfähiges Leben für Kinder und Enkel einbringen, auch gegen die weltweite Gefährdung von Lebensräumen (Fluchtursachen!) samt biologischer Artenvielfalt infolge jenes „Weiter so“-Mantras beim Wirtschaften. Kurz gebündelt daher die von mir gesehenen Prioritäten: das Streben nach umfassender Suffizienz zur Abwendung eines bereits galoppierenden Klimadebakels, zur Abwendung weiterer Ausbeutung armer Länder und Nutztiere sowie letztlich gigantischer Müllproduktion – hier sollte sich die ÖDP nicht scheuen, sich an den „Grünen“ zu reiben, denn so nur ist bei Wählern bundesweit Land zu gewinnen! Gleichfalls mit unseren abweichenden Vorstellungen zu Ehe, Familie und zu religiösem Leben.

Wolfgang M. Wettlaufer,
72076 Tübingen

Zum Artikel „6 Thesen zum weiteren Aufbau der ÖDP“, ÖP 171

Gute Basis für die Diskussion

Generalsekretär Moseler hat recht: Wir müssen die ÖDP zukunftsfähig machen. Seine Thesen bieten einen profunden Ansatz zur Diskussion in allen ÖDP-Hierarchie-Ebenen, die nun gestartet werden muss. Die Vorteile liegen klar auf der Hand: Professionalisierung

entlastet die Aktiven, ermöglicht mehr politische Arbeit vor Ort, verbessert und demokratisiert den Informationsfluss innerhalb der Partei.

Es ist ein Geben und Nehmen: Regionalbeauftragte können nur dann effektiv arbeiten, wenn Informationen bidirektional fließen, sie mit Aufträgen, Aufgaben und Problemen „versorgt“ werden. Rechte und Pflichten sind klar zu definieren.

Mit der Schaffung der Funktion Regionalbeauftragter müssen zwangsläufig auch Aufgaben anders verteilt werden. Das kann zu Kritik führen, da Kompetenzen und Befugnisse neu verteilt und festgetretene Pfade verlassen werden müssen. Es bietet sich jetzt die einmalige Chance, sich neuen Herausforderungen stellen zu können. Mit Regionalbeauftragten legen wir den Grundstein zur Umsetzung einer Aufbauorganisation, die ein nachhaltiges Wachstum vor Ort, in den Regionen und damit in den Landesverbänden ermöglicht. Wachstum, um in allen Ländern über die magische Hürde eines Wahlergebnisses jenseits der magischen Wahlkampf-kostenrückerstattungshürde zu kommen.

Egal ob klassisch analog mittels direktem Gespräch, ob modern digital per Facebook, Instagram, Homepage, E-Mail oder Chat. Wahlkampf heißt heutzutage zielgruppen- und altersgerechte Kommunikation auf unterschiedlichsten Kanälen in den unterschiedlichsten Medien. Neue Medien ermöglichen es, relevante Informationen an jedem Ort zu jeder Zeit abzurufen. Doch wer kennt sie nicht, die Homepage, im Wahlkampf letztmalig aktualisiert und bis zur nächsten Vorstandswahl in den Dornröschen-Schlaf gefallen?

Chancen und Risiken neuer Medien liegen eng beieinander, wobei aus meiner Sicht die Chancen überwiegen.

Menschen wählen Menschen – vollkommen richtig! Aktive vor Ort sind unsere Katalysatoren, die unsere Vision (Programm) greif- und erlebbar machen. Das schafft kein Programm allein. Präsenz vor Ort: die ideale Chance, Personen und Inhalte erkennbar zu machen, sich als Wähler mit der ÖDP zu identifizieren und zu verbinden, eine Partei erkennbar und in vielen Fällen, zumindest auf lokaler Ebene, wählbar zu machen.

Und hier schließt sich der Kreis: Mittels Regionalbeauftragter sowie methodischer Schulungen der Aktiven können unsere „Katalysatoren“ effektiver und zielgerichteter zum Erfolg der ÖDP beitragen.

Claudius, vielen Dank. Die Strategie stimmt. Jetzt kommt es auf die Umsetzung an.

Frank Deworetzki,
35745 Herborn

Zum Artikel „Die Antwort auf Markt-Chaos ist nicht Planwirtschaft“, ÖP 171

Ohne feste Regeln und Kontrolle geht es besser!

In der letzten ÖkologiePolitik schrieb der langjährige bayerische Landesvorsitzende Bernhard Suttner einen Text, der für den Ordoliberalismus, eine staatlich regulierte Marktwirtschaft, werben soll. Die Grundaussagen des Textes sind wenig neu und basieren auf der durch stetige Wiederholung nicht richtig werden Behauptung, dass radikale Marktwirtschaft und Planwirtschaft zwei Pole bilden, zwischen denen ein Aus- und dritter Weg gefunden werden sollte. Tatsächlich sind sich die beiden vermeintlichen Pole in vielen Punkten sehr ähnlich. So brauchen beide eine machtvolle Institution wie den Staat, um die Menschen davon abzuhalten, einfach selbst ihre Bedürfnisse zu befriedigen und dafür ihre Belange zu koordinieren, sei es in Abgrenzung oder Kooperation.

Der Text von Bernhard Suttner ist aus einem anderen Grunde interessant – nämlich hinsichtlich der vier Thesen am Anfang. Wie aus der Formulierung „relativ leicht als absurd zu erkennen“ hervorgeht, hält Suttner alle Aussagen der Thesen für unsinnig und glaubt, dass auch die Leser/-innen ihm dort folgen – bei den ersten drei Thesen sofort und bei der vierten spätestens nach seinen Erläuterungen. Doch schauen wir uns die Thesen mal genauer an. Es ist nämlich ganz anders. „These 1: Verkehrsteilnehmer wollen ihre Ziele schnell erreichen. Das geht am besten, wenn die Straßenverkehrsordnung weitgehend abgeschafft wird.“ Suttner will, dass stattdessen ein geregelter Verkehr sinnvoller ist. Aber schon bei dieser These zeigt ein genauerer Blick, dass das nicht stimmt. Regeln und Verkehrsschilderwald tragen wenig zu mehr Verkehrssicherheit und schnellem Vorankommen bei. Im Gegenteil sind die Unfallzahlen niedriger, wenn die Fahrer/-innen mehr aufeinander achten. Verkehrskreisel sind z. B. günstiger als Ampelkreuzungen. Deutlicher wird das bei „These 2: Sportler wollen Wettkämpfe gewinnen und Freude erleben. Deshalb sollte es keine einengenden Vorschriften wie z. B. das Dopingverbot geben.“ Es gibt ein spannendes Experiment, was eigentlich eher aus der Not geboren wurde, nicht genügend Schiedrichter/-innen zu haben. So wurden in einigen Ligen des Jugendfußballs Spiele ohne solche ausgetragen. Das Beeindruckende: Die Spiele verliefen harmonischer – störend waren nur die Eltern am Rande, die für Regelgenauigkeit statt Vereinbarung eintraten und immer wieder die

gute Stimmung versauten. Das ist ein beeindruckender Beleg, dass Regeln und vor allem Kontrolle nicht immer oder vielleicht auch nie die Lage verbessern, sondern dass die Menschen in freien Vereinbarungen besser miteinander klarkommen. Ähnlich zweifelhaft ist auch die „These 3: Menschen wollen angenehm wohnen. Aus diesem Grund sollten alle Hausbewohner ohne Hausordnung tun und lassen können, was ihnen gefällt.“ Hausordnungen werden von jemenschen erlassen, die/der Abweichungen auch sanktionieren kann. Das verlagert Verstöße ins Geheime, fördert falsche Darstellungen und gegenseitiges Misstrauen. In den 70er-Jahren gab es gute Erfahrungen mit regellos gemeinsam gestalteten Innenhöfen. Bleibt „These 4: Die Wirtschaft funktioniert dann am besten, wenn das freie Spiel der Marktkräfte ungehindert ablaufen kann.“ Die ist aus einem ganz anderen Grund falsch, wie auch der nachfolgende Satz: „Einflussreiche Teile der internationalen Wirtschaftswissenschaften plädieren für eine weitgehende De-Regulierung.“ Die behaupten das zwar, aber tatsächlich fordern sie eine Veränderung staatlichen Handelns, nicht dessen Rückzug. Denn der sogenannte freie Markt braucht eine stark und, wenn nötig, brutal agierende Macht. Sie muss das Eigentum sichern gegen die, die es zum Leben brauchen. Sie muss Privilegien sichern, u. a. den Zugang zu Produktionsmitteln (Maschinen, Boden, Wasser, Luft, Energie, Patente usw.). Deshalb ist De-Regulierung kein Weniger an Regulierung, sondern nur eine, die sich mehr gegen die Ausgebeuteten richtet, Sie ist stets verbunden mit mehr Kontrolle, Strafen, Druck auf Arbeitnehmer/-innen und Arbeitslose usw. Der Satz „Ohne Regeln oder ohne Sanktionen bei Regelverletzung würde aber z. B. beim Fußball unweigerlich das Chaos ausbrechen“ ist purer Unsinn – herrschaftstheoretisch nicht haltbar und in der Praxis widerlegt.

Jörg Bergstedt,
35447 Reiskirchen-Saasen

Liebe Leserinnen und Leser,

die Leserbrief-Seiten sind Ihr Forum in ÖkologiePolitik. Wir freuen uns über Ihre Zuschriften! Aber bitte bedenken Sie: In der Kürze liegt die Würze! Abdruck und Kürzungen behält sich die Redaktion vor. Bitte senden Sie Ihre Zuschriften bis zum **1. Januar 2017** an:

ÖkologiePolitik, Erich-Weinert-Str. 134, 10409 Berlin
Fax: (030) 4985 4050, presse@oedp.de

VORSCHAU

ÖkologiePolitik im März 2017

Grundeinkommen

Zunehmende Produktivitätsfortschritte führen nicht nur zum Anstieg des Wohlstands, sondern auch zu Arbeitslosigkeit. Automatisierung lässt Menschen im Produktionsprozess überflüssig werden. Computer übernehmen die geistige, Roboter die körperliche Arbeit. Dabei war die Befreiung von Arbeit eigentlich ein uralter Menschheits Traum, doch der entpuppt sich nun als Albtraum. Denn die durch die Automatisierung erwirtschafteten Gewinne kommen allein den Unternehmen zugute. Die nicht mehr gebrauchten Arbeitnehmer verarmen. Als Ausweg aus diesem Dilemma wird schon seit Langem das Konzept eines leistungslosen Grundeinkommens diskutiert. Eine schwierige Debatte. Welche Pro- und welche Contra-Argumente gibt es?

TERMINE

| | |
|------------------------|---|
| Sa. 05.11.2016 | Landesparteitag der ÖDP Berlin (in Berlin-Friedrichshain) |
| Fr. 18.11.2016 | Vorträge zum Thema „Mensch vor Profit“ (in Bonn) |
| Sa./So. 19.–20.11.2016 | ÖDP-Bundesparteitag (in Bonn) |
| Mo. 21.11.2016 | Stadtparteitag der ÖDP München (in München) |
| Sa. 10.12.2016 | Landesparteirat der ÖDP Baden-Württemberg (n.n.) |
| Sa. 21.01.2017 | ÖDP-Bundeshauptausschuss (in Würzburg) |
| Sa. 18.02.2017 | Landeshauptausschuss der ÖDP Bayern (in Regensburg) |
| So. 26.03.2017 | Landtagswahl im Saarland |
| Sa./So. 06.–07.05.2017 | ÖDP-Bundesparteitag (in Ingolstadt) |
| So. 07.05.2017 | Landtagswahl in Schleswig-Holstein |
| So. 14.05.2017 | Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen |
| September 2017 | Bundestagswahl |

